

Stefan Haase
Magdalena Gast

Politik besser verstehen: Kommunale Politikfeldanalyse

Der Jenaer Kinder- und
Jugendförderplan 2016 im Fokus

Jenaer Schriften zur Sozialwissenschaft Band Nr. 10

Gutachter:

Prof. Dr. Werner Lindner
Prof. Dr. Michael Opielka

Inhaltsverzeichnis

0	Abstract	5
1	Einleitung	5
2	Qualitative Untersuchung	6
2.1	Anlass	6
2.2	Forschungsplan.....	7
2.3	Forschungsdesign	7
2.3.1	Das Leitfadeninterview und die Erstellung des Leitfadens.....	7
2.3.2	Interviewpartner*innen und Rahmenbedingungen	8
2.3.3	Vorgehensweise bei der Auswertung	9
3	Politikfeldanalyse als wissenschaftliche Methode	10
3.1	Theoretische Ansätze	11
3.1.1	Theorie der sozioökonomischen Determination	11
3.1.2	Machtressourcenansatz.....	11
3.1.3	Parteiendifferenzhypothese	12
3.1.4	Politisch-institutionalistische Theorien	12
3.1.5	Theorieansätze des Politikerbes: Pfadabhängigkeit und Erblast.....	12
3.1.6	Institutional Analysis and Development Framework (IAD)	12
3.1.7	Akteurzentrierter Institutionalismus (AZI)	12
3.1.8	Multiple-Streams-Ansatz (MSA)	12
3.1.9	Ansatz eigendynamischer politischer Prozesse (AEP).....	13
3.1.10	Advocacy Coalition Framework (ACF).....	13
3.1.11	Soziale Konstruktion, Policy-Framing und Policy-Design	13
3.1.12	(Politisches) Lernen und Policy-Transfer	13
3.2	Politik-Zyklus.....	13
3.3	Zusammenfassung	15
4	Rechtliche Rahmenbedingungen und institutionalisierte Praxis der Kinder- und Jugendarbeit in Jena	16
4.1	Gesetzliche Grundlagen	16
4.1.1	Jugendarbeit nach § 11 SGB VIII	16
4.1.2	Förderung der Jugendverbände nach § 12 SGB VIII.....	17
4.1.3	Jugendsozialarbeit nach § 13 SGB VIII.....	17
4.1.4	Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz nach § 14 SGB VIII.....	18
4.1.5	Landesrechtsvorbehalt nach § 15 SGB VIII	18
4.1.6	Jugendhilfeplanung nach § 80 SGB VIII	18

4.1.7	Förderung der Jugendarbeit nach § 16 ThürKJHAG	19
4.2	Kinder- und Jugendarbeit in Jena.....	20
5	Finanzsituation der Stadt Jena	21
5.1	Entschuldungskonzept.....	21
5.2	Bürgerhaushalt	22
5.3	Doppelhaushalt 2015/16.....	23
5.4	Kinder- und Jugendarbeit als kommunale Pflichtaufgabe	25
6	Politische Parteien und Gremien in Jena	26
6.1	Stadtrat	26
6.2	Kommunalwahlprogramme.....	27
6.2.1	Regierungsparteien.....	27
6.2.2	Oppositionsparteien.....	27
6.2.3	Wahlprüfsteine	28
6.2.4	Kritischer Umgang mit Wahlprogrammen.....	29
6.3	Jugendhilfeausschuss	29
7	Verlauf und Analyse der Kürzungsdebatte.....	31
7.1	Chronologie.....	31
7.2	Einordnung in den Politik-Zyklus	32
7.3	Fazit.....	34
8	Die Kürzungsdebatte aus der Sicht der Interviewten	34
8.1	Kategorie I: Ursachen der Kürzungsdebatte	34
8.2	Kategorie II: Prozess der Debatte.....	35
8.3	Kategorie III: Maßnahmen gegen die Kürzungen	36
8.4	Kategorie IV: Konsequenzen	37
8.5	Kategorie V: Kritik.....	37
8.6	Kategorie VI: Daten und Bedarfe.....	38
8.7	Kategorie VII: Zukunftsperspektive.....	39
8.8	Kategorie VIII: Potentiale der Kinder- und Jugendarbeit	40
8.9	Kategorie IX: Optimierungsvorschläge	40
8.10	Exkurs: Stadtlogik.....	42
9	Einmischende Politikgestaltung durch Politikberatung – Empfehlungen für die Jenaer Kinder- und Jugendarbeit	43
9.1	Interne und externe Netzwerke aufbauen und pflegen.....	43
9.2	Kompetenzen nutzen	44
9.3	Medien zielgerichtet einsetzen	44

9.4	Kampagne kritisch bewerten	45
9.5	Innovativ sein und bleiben	46
9.6	Regelmäßiger Austausch mit politischen Akteuren	47
9.7	Mit Daten und Fachwissen argumentieren	47
9.8	Kooperationen mit FSU und EAH anstreben	48
9.9	Kooperation mit Schulen ausbauen	49
9.10	Lobbyarbeit/Politikberatung konzeptionieren	50
9.11	Konzepte zur Integration junger Flüchtlinge entwickeln	50
9.12	Entscheider*innen kennen und einschätzen	51
9.13	Rechtslage/Klageweg prüfen	52
9.14	Zusammenfassung	54
10	Abschließende Betrachtung	55
11	Abkürzungsverzeichnis	57
12	Abbildungsverzeichnis.....	58
13	Tabellenverzeichnis.....	58
14	Literatur- und Quellenverzeichnis	59
15	Rechtsquellen und Urteile	67
16	Anhang	68

Impressum

Herausgeber: **Fachbereich Sozialwesen**
Ernst-Abbe-Hochschule Jena
Postfach 100314
07703 Jena
Tel.: +49 3641 205800
Fax: +49 3641 205801
Homepage: <http://www.sw.eah-jena.de/>

ISSN-Nr.: **1864-9270**

Copyright © 2017 Ernst-Abbe-Hochschule Jena

0 Abstract

2016 sollte es in Jena zu einschneidenden finanziellen Kürzungen im Kinder- und Jugendförderplan kommen. Die Akteure der Jenaer Kinder- und Jugendarbeit versuchten dies mit diversen Maßnahmen zu verhindern. Im Ergebnis eines vielschichtigen Entscheidungsprozesses wurde für das Jahr 2016 die gleiche Finanzsumme wie in 2015 zur Verfügung gestellt. Diese Kürzungsdebatte wird in der vorliegenden Arbeit durch das Instrument der Politikfeldanalyse systematisch untersucht. Dazu wurden Dokumentenanalysen vorgenommen und Interviews mit beteiligten Akteuren geführt. Des Weiteren fand eine Auseinandersetzung mit den rechtlichen und institutionalisierten Rahmenbedingungen der Kinder- und Jugendarbeit der Stadt Jena sowie deren Finanzsituation und politischen Landschaft statt. Mittels Analyse des chronologischen Ablaufs der Debatte mit Hilfe des sog. Politik-Zyklus und den Interviewergebnissen konnten letztendlich diverse Handlungsempfehlungen für die Kinder- und Jugendarbeit Jenas erarbeitet werden. Diese zielen vor allem darauf ab, ein Konzept zur Politikberatung zu entwickeln und umzusetzen, um nicht (mehr) nur passiver Empfänger, sondern aktiver Mitgestalter von Kommunalpolitik zu sein.

1 Einleitung

Was bei physikalischen Experimenten durch die Herstellung eines Vakuums möglich ist, bleibt den meisten anderen Forschungsfeldern verwehrt: die Betrachtung und Analyse von Situationen, welche nicht durch äußere Faktoren beeinflusst werden. Diese, in den Sozialwissenschaften meist als Rahmenbedingungen bezeichneten, Faktoren lassen sich in ganz alltäglichen Gegebenheiten, dem Handeln von Personen oder auch Institutionen stets wiederfinden. Auch Soziale Arbeit findet nicht im luftleeren Raum statt, sondern wird von unterschiedlichsten Aspekten gerahmt. Dies können für den*die einzelne*n Sozialarbeiter*in beispielsweise gesetzliche Vorgaben zum Arbeitnehmerschutz oder aber die jeweils zur Verfügung stehenden Finanzmittel für notwendige Arbeitsausstattung und -entgelt sein. Haben die Rahmenbedingungen eine positive oder weitestgehend neutrale Wirkung, werden sie meist so hingenommen, bei negativen Auswirkungen hingegen ist der Unmut darüber umso größer. Wäre es dann nicht ein logischer Schritt, selbst Einfluss auf die beeinflussenden externen Faktoren zu nehmen, um für sich bessere Arbeitsbedingungen und die Klientel qualitativ hochwertige Angebote zu ermöglichen? Ein offensichtliches Rahmenwerk der Sozialen Arbeit ist die (Sozial-)Politik. Für Michael Opielka „[gilt] Sozialpolitik [...] als gestaltende Gesellschaftspolitik, die sich am Leitbild sozialer Gerechtigkeit orientiert“¹. Sie versöhnt Kapitalismus und Demokratie.² Die Sozialarbeit entwickelt sich im Spektrum der Möglichkeiten der Sozialpolitik, die sie aber auch begrenzt.³ Für Sozialarbeiter*innen bedeutet dies, sich nicht nur als Objekt der vorherrschenden politischen Verhältnisse zu sehen, sondern diese als Subjekt zu beeinflussen und mitzugestalten.⁴ Damit dies möglich ist, sind einige Fragen zu klären: *Wo, von wem, wann, nach welchen Kriterien und wodurch/durch wen beeinflusst* werden Entscheidungen getroffen, welche das jeweilige Handlungsfeld der Sozialen Arbeit betreffen und wo werden sie vorbereitet?⁵ Jugendpolitik findet auf allen politischen Ebenen statt. Von der EU-, über die Bundes- und Landes- bis hin zur Kommunalebene. Am konkretesten und ‚spürbarsten‘ wirkt die Jugendpolitik allerdings auf der Kommunalebene, da sie dort von der jeweiligen lokalen Kinder- und Jugendarbeit auch umgesetzt wird. Wir können also festhalten und folgern: „Jugendpolitik findet in erster Linie auf kommunaler Ebene

¹ Opielka 2008, S. 11.

² vgl. ebd., S. 7.

³ Böhnisch 1982, S.1.

⁴ vgl. Stark 2007, S. 70.

⁵ vgl. Lindner 2014, S. 196.

statt. [...] [Um sie zu verstehen] ist es daher unabdingbar, die kommunalpolitischen Rahmenbedingungen, wesentlichen Akteure und Prozesse zu kennen.“⁶ Diese These folgt der Aussage des US-amerikanischen Politikers Tip O’Neill *All politics is local*, welche verdeutlicht, dass auf der lokalen bzw. kommunalen Ebene die Auswirkungen der übergeordneten föderalen Politikebenen unmittelbar greifbar werden. Zudem finden auf dieser Ebene auch die für die Kinder- und Jugendarbeit relevanten Finanzierungsleistungen statt.⁷ Die Ausgaben für die KJA sind deshalb abhängig von den kommunalen Finanzen. Doch da sich in zahlreichen Kommunen ein immer größer werdendes Loch zwischen Ausgaben und Einnahmen bildet, wird in der (Jugend)Politik mehr und mehr zwischen freiwilligen und Pflichtleistungen unterschieden, um die kommunalen Haushalte zu entlasten. In der Konsequenz stellt sich an dieser Stelle die Frage, wo die Kinder- und Jugendarbeit eigentlich einzuordnen ist.⁸

Für diese Arbeit wurde sowohl politikwissenschaftliche als auch sozialwissenschaftliche Literatur sowie Gesetzeskommentare verwendet. Neben genannter Literatur zur theoretischen Fundierung wurden außerdem Zeitungsberichte, Stadtrats- und Jugendhilfeausschussprotokolle und -beschlüsse und Internetdokumente verschiedener Parteien und Interessensvertretungen verwendet, um die konkrete Situation Jenas aufzuzeigen.

Die Kinder- und Jugendarbeit in Jena musste sich 2015/16 mit fiskalischen Kürzungen auseinandersetzen, in dessen Kontext ihre Rahmenbedingungen, also faktisch ihr Finanzbudget, beschnitten werden sollten. Der vorliegende Forschungsbericht einer kommunalen Politikfeldanalyse zur Finanzierung der KJA in Jena beschäftigt sich einerseits im engeren und weiteren Sinne mit eben diesen Rahmenbedingungen und stellt andererseits Möglichkeiten der Politisierung Sozialer Arbeit auf kommunaler Ebene vor. Sie ist in ihren Grundzügen wie folgend dargestellt aufgebaut.

Zunächst wird die qualitative Untersuchung der Thematik sowie deren konkreter Anlass vorgestellt. Im Weiteren werden relevante theoretische Aspekte zur Politikfeldanalyse, zu ausgewählten Erklärungsansätzen und zum Politik-Zyklus, mit dem Ziel das Zustandekommen politischer Entscheidungen zu verstehen, genauer betrachtet. Da es sich bei dem hier untersuchten Politikfeld um die Kinder- und Jugendarbeit handelt, wird diese im Anschluss zunächst generell und später am Beispiel Jenas näher beleuchtet. Wie bereits kurz angerissen, wird Soziale Arbeit durch unterschiedliche Faktoren beeinflusst. Deshalb schließen sich daran Auseinandersetzungen mit der finanziellen Situation der Stadt Jena sowie deren politischer Parteien und Gremien an. Darauf aufbauend wird in konkreter Form auf die Kürzungsdebatte eingegangen, indem eine Darstellung und Analyse deren Ablaufs vorgenommen wird. Es folgen die Ergebniskategorien der Interviews mit politischen und sozialarbeiterischen Akteuren der Debatte. Die daraus folgenden Handlungsempfehlungen an die Kinder- und Jugendarbeit in Jena fußen auf ebendiesen Ergebniskategorien im Abgleich mit einem eingehenden Literaturstudium. Den Abschluss der Arbeit bildet ein sowohl inhaltliches als auch methodisches Fazit sowie die Vorstellung offen gebliebener bzw. sich durch diese Politikfeldanalyse geöffneter Fragestellungen.

2 Qualitative Untersuchung

2.1 Anlass

Manchmal reicht es aus mit offenen Augen durch die Welt zu gehen, um ein Forschungsthema zu finden. So ging es uns im April/Mai 2015. An Laternenpfosten hingen auffällige Plakate, an Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit große Banner mit der Aufforderung *Kürzungen in der Jenaer Jugendarbeit rückgängig machen!*. Was es genau damit auf sich hatte war uns bis dato ebenso wenig bekannt, wie die dahinterstehenden Akteure. Weshalb also nicht analysieren, wer da warum und wogegen genau protes-

⁶ Holtkamp/Grohs 2012, S. 177.

⁷ vgl. Lindner 2012a, S. 249.

⁸ vgl. Holtkamp/Grohs 2012, S. 182.

tiert? Vorannahmen waren schnell zusammengereimt: In der Kinder- und Jugendarbeit lassen sich finanzielle Mittel problemlos streichen, wer soll denn dagegen vorgehen? Die unmittelbaren Folgen spüren in erster Linie die Kinder und Jugendlichen und diese dürfen (noch) nicht wählen, haben also wenig bis kein politisches Gewicht. Doch es reicht natürlich nicht sich in Spekulationen zu verlieren, zumal diese keine belastbaren Ergebnisse zur Folge hätten. Nach einigen Überlegungen, Recherchen im Internet und Gesprächen stand dann fest, dass wir das Politikfeld der Kinder- und Jugendarbeit in Jena genauer analysieren möchten und werden: Welche Akteure gibt es? Aus welchem Grund wurde in der Kinder- und Jugendarbeit gekürzt? Wurde etwas gegen die Kürzungen unternommen und wenn ja, was, durch wen und wann? Und wie kann sich die Kinder- und Jugendarbeit eventuell auch gesellschaftlich positionieren, um zukünftige Entscheidungen gegen sie zu verhindern bzw. bestenfalls schon im Voraus zu beeinflussen?

2.2 Forschungsplan

In diesem Abschnitt werden die zeitliche Forschungsplanung und in der Umsetzung aufgetretene praktische Schwierigkeiten kurz erläutert. Als Orientierung für den Forschungsplan diente der bei Benz und Rieger beschriebene Forschungsprozess mit den Schritten: *Forschungsfrage, Hypothesenbildung, Operationalisierung, Datenerhebung, Datenanalyse, Interpretation* und *Publikation*.⁹ Davon ausgehend, dass die Publikation bzw. die Vorstellung des Forschungsprojektes Ende März 2016 stattfinden würde, haben wir alle vorangehenden Schritte dementsprechend zeitlich getaktet. Für Materialsichtung und Rechercharbeiten waren August und September 2015 vorgesehen. Aus den daraus gewonnen Erkenntnissen sollten dann die ersten Hypothesen und letztlich die Forschungsfrage gewonnen werden. Für Oktober 2015 war die Operationalisierungsphase einschließlich Leitfadenerstellung und Interviewanfragen vorgesehen und konnte auch so durchgeführt werden. Die Datenerhebung durch Interviews war für November und Anfang Dezember 2015 geplant. Hierfür war jedoch etwas mehr Zeit nötig, die Interviews fanden teils erst Mitte/Ende Dezember 2015 statt, eines sogar erst Mitte Februar 2016, hier musste der Termin immer wieder verschoben werden. Ursprünglich hätte die Datenanalyse noch im Dezember 2015 stattfinden sollen, diese verschob sich dann allerdings aufgrund fehlenden Materials und Krankheitsphasen der Forscher*innen auf den Zeitraum Dezember 2015 (erste Transkriptionen) bis März 2016. Darauf aufbauend verzögerte sich auch die für Januar/Februar 2016 terminierte Ausarbeitung der Handlungsempfehlungen und die Erstellung des Forschungsberichts auf die Monate März/April 2016. Doch da wir anfänglich davon ausgingen, dass das Projektende (Präsentation) bereits im März liegen werde, sich im Laufe der Arbeit jedoch herauskristallisierte, dass dieses erst Mitte/Ende April 2016 sein wird, haben sich die Rückstände gegenüber unserem Forschungsplan nicht negativ bemerkbar gemacht.

2.3 Forschungsdesign

2.3.1 Das Leitfadeninterview und die Erstellung des Leitfadens

Um zu analysieren, wie die fiskalische Untersetzung des Kinder- und Jugendförderplans zustande gekommen ist, haben wir uns dazu entschlossen Interviews mit verschiedenen Akteuren der Kinder- und Jugendarbeit in Jena zu führen. Mit dem qualitativen Interview haben wir uns für eine Interviewart entschieden, die den Befragten möglichst viel Raum bietet, „ihre subjektiven Relevanzsysteme, Deutungen und Sichtweisen verbalisieren zu können“¹⁰. Um den gegensätzlichen Anforderungen der Offenheit und Strukturiertheit gerecht zu werden, wurde sich eines Interviewleitfadens bedient. Dieser soll garantieren, dass einerseits alle relevanten Themen behandelt werden um das Forschungsfeld zu erschließen, andererseits den Befragten die Chance geben ihre eigenen Inhalte zur Sprache zu bringen. Der Leitfaden

⁹ vgl. Benz/Rieger 2015, S. 71f.

¹⁰ Kruse 2014, S. 150.

besteht aus zentralen Leitfragen sowie Ergänzungs- und Vertiefungsfragen welche einem denkbaren Gesprächsverlauf nach angeordnet sind. Jedoch gilt es nicht diese Reihenfolge strikt einzuhalten, vielmehr sollte der*die Interviewer*in flexibel auf den*die Befragte*n eingehen und die Fragen so stellen, dass ein möglichst fließender Gesprächsverlauf unterstützt wird.¹¹ Durch den ausformulierten Leitfaden lassen sich Interviews zu einem gewissen Maße standardisieren, wodurch die Vergleichbarkeit von Interviews untereinander ermöglicht wird.¹²

Für die Erstellung des Leitfadens sind wir nach dem SPSS-Prinzip von Helfferich vorgegangen. Die Buchstabenkürzel stehen hierbei für die vier Arbeitsschritte *Sammeln*, *Prüfen*, *Sortieren* und *Subsumieren*. Im ersten Schritt wurden alle Fragen gesammelt, die helfen könnten den Forschungsgegenstand zu erleuchten. In unserem Fall standen demnach alle Aspekte im Kontext der finanziellen Debatte über den Kinder- und Jugendförderplan 2016 im Fokus. Bei diesem Brainstorming ging es noch nicht um konkrete Frageformulierungen. Die so entstandene Frageliste wurde dann im zweiten Schritt geprüft. Faktenfragen und Fragen, welche Vorwissen bestätigen, wurden gestrichen und geschlossene in offene Fragen umgewandelt. Außerdem musste die eigene Denksicht noch einmal reflektiert und dahingehend geprüft werden, ob die Fragen beispielsweise auch überraschende Antworten zulassen und den Interviewten ermöglichen von bisher unbedachten Zusammenhängen zu berichten. Im dritten Schritt wurden die übrigen Fragen nach inhaltlichen Aspekten sortiert, sodass insgesamt vier Fragenblöcke entstanden. Diese Blöcke wurden im letzten Schritt jeweils mit einer Erzählaufforderung, der sogenannten Leitfrage, versehen, unter welche alle Einzelaspekte subsumiert werden konnten.¹³ Der Leitfaden befindet sich im Anhang dieser Arbeit.

2.3.2 Interviewpartner*innen und Rahmenbedingungen

Bei den Interviews war es uns wichtig einen umfassenden Blick auf den Prozess der Erarbeitung des Kinder- und Jugendförderplans zu erhalten und nicht nur im System der Sozialen Arbeit, explizit in der Kinder- und Jugendarbeit, verhaftet zu bleiben. Deswegen haben wir bei der Auswahl der Interviewpartner*innen darauf geachtet, sowohl Sozialarbeiter*innen der Kinder- und Jugendarbeit in Jena als auch politische Vertreter*innen und Rollenträger der unterschiedlichen Parteien des Jenaer Stadtrates und des Jugendhilfeausschusses sowie Mitglieder der Stadtverwaltung anzufragen. Mit Hilfe relevanter Protokolle von Stadtrats- und Jugendhilfeausschusssitzungen, offenen Briefen, Zeitungsartikeln und Online-Veröffentlichungen zur Thematik sowie den Internetauftritten der Parteien und der AG Jugendarbeit wurde nach potentiellen Interviewpartner*innen recherchiert und diese dann per E-Mail im Oktober 2015 angeschrieben. In dieser haben wir knapp das Anliegen und den groben Interviewgegenstand erläutert:

Sehr geehrte/r Herr/Frau,

der Kinder- und Jugendförderplan 2016 der Stadt Jena stand lange Zeit in der Kritik vieler Betroffenen und steht es teilweise immer noch.

Im Rahmen eines Forschungs- und Entwicklungsprojekts des Masterstudiengangs Soziale Arbeit der Ernst-Abbe-Hochschule Jena wird derzeit, unter Begleitung von Herrn Prof. Dr. Werner Lindner, zu dieser Thematik eine Politikfeldanalyse durchgeführt. Hierzu möchten wir Sie gern für ein Interview gewinnen. Weitere politisch und fachlich Beteiligte und Betroffene sollen ebenfalls interviewt werden, um ein annähernd konkretes Abbild der aktuellen Situation in der kommunalen Jugendarbeit in Jena aus unterschiedlichen Perspektiven zu erhalten. Es ist im Sinne unseres Forschungsplans die Interviews zeitnah, möglichst im November 2015, zu führen. Die Interviews dienen neben der Dokumentenanalyse (Protokolle, Medienberichte, Dokumente, Publikationen von Parteien, offene Briefe) dazu, die Ansichten, Entscheidungen und Handlungen der verschiedenen Akteure herauszuarbeiten. Nach qualitativer

¹¹ vgl. Strübing 2013, S. 92f.

¹² vgl. Friebertshäuser et al. 2013, S. 440.

¹³ vgl. Helfferich 2011, S. 182ff.

Analyse der Interviews sollen Entwicklungspotenziale und Optimierungsspielräume im Bereich der Politikberatung erkannt und sichtbar gemacht werden.

Selbstverständlich werden die Interviews/Daten vertraulich behandelt und auf Wunsch anonymisiert. Im April 2016 (genauer Termin steht noch nicht fest) werden die Ergebnisse des Forschungs- und Entwicklungsprojekts an der EAH im Fachbereich Sozialwesen präsentiert. Dazu sind Sie recht herzlich eingeladen.

Für weitere Informationen können Sie uns gern erreichen unter:

(E-Mail)

oder

(Telefon)

Wir verbleiben in Erwartung Ihrer Rückmeldung zur Teilnahme an einem Interview mit den besten Grüßen,

Letztendlich konnten drei Vertreter*innen der Kinder- und Jugendarbeit, fünf politische Vertreter*innen sowie zwei Mitglieder der Verwaltung für ein Interview gewonnen werden.

Den Interviewten wurde freigestellt, wo die Interviews stattfinden. So fanden diese teilweise an den Arbeitsplätzen der Befragten, in der Ernst-Abbe Hochschule Jena oder in Privatwohnungen statt. Die Interviews verliefen in den meisten Fällen ungestört, bzw. hatten vermeintliche Störungen wie ein vorzunehmender Raumwechsel keine (wahrnehmbaren) inhaltlichen Auswirkungen.

Die Befragungen fanden im Zeitraum November bis Dezember 2015 statt. Einzig ein Interview musste aus gesundheitlichen und terminlichen Gründen öfter verschoben werden und konnte wie oben erwähnt erst im Februar 2016 stattfinden.

Bei den Interviews handelte es sich um Tandem-Interviews mit zwei Interviewer*innen, wobei es immer eine*n Hauptinterviewer*in gab, während die andere Person prüfte, ob alle Fragen des Leitfadens angesprochen wurden und eventuell sich ergebende Nachfragen stellte.

Mit dem Einverständnis der*des Befragten wurden alle Interviews mit einem Diktiergerät aufgenommen. Dadurch war es möglich sich voll auf das Gegenüber einzustellen und zu konzentrieren, was auch Voraussetzung war, um den Leitfaden flexibel einzusetzen.¹⁴

Mit den Aussagen der zehn Interviewten können alle wesentlichen Aspekte der Kürzungsdebatte in der Jenaer Jugendarbeit abgedeckt werden. Damit können wir für die Jenaer Politikfeldanalyse von einer *theoretischen Sättigung* sprechen, da davon auszugehen ist, dass weitere Interviews mit beteiligten Akteuren keine essenziellen neuen Erkenntnisse hervorbringen würden.¹⁵

2.3.3 Vorgehensweise bei der Auswertung

Um die aufgenommenen Interviews auswerten zu können, mussten sie zuerst verschriftlicht werden. Bei diesem Prozess entsteht ein unvermeidlicher Informationsverlust. Der Umfang der Verluste ist vom Ziel und Zweck der Analyse und den angewendeten Transkriptionsregeln abhängig.¹⁶ Da für unsere Auswertung die inhaltlich-thematische Ebene der Interviews vordergründig ist, wenden wir die Übertragung in normales Schriftdeutsch an: Dialekt wird weitestgehend bereinigt, grammatikalische Fehler werden verbessert und der Stil geglättet.¹⁷

Für die Auswertung der beiden Interviews wurden diese per Los auf die beiden Autor*innen aufgeteilt. So war jeder zwar für bestimmte Interviews hauptverantwortlich, doch bei unklaren Interviewstellen wurden diese im Team diskutiert, um somit einen höheren Grad der Objektivität zu erreichen.

Wir haben uns bei der Auswertung an der zusammenfassenden qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring orientiert. Ziel hierbei ist es das Material auf die wesentlichen Inhalte zu reduzieren.¹⁸ In einem ersten

¹⁴ vgl. Mayer 2013, S. 47.

¹⁵ vgl. Strübing 2014, S. 32.

¹⁶ vgl. Kuckartz 2014, S. 135.

¹⁷ vgl. Mayring 2002, S. 91.

¹⁸ vgl. Mayring 2015, S. 67.

Schritt wurden die Interviews jeweils für sich ausgewertet, im zweiten Schritt dann die einzelnen Ergebnisse miteinander verknüpft, um Gesamtaussagen zum Forschungsgegenstand treffen zu können. Für die Einzelauswertung wurden zuerst alle relevanten Textstellen paraphrasiert: nichtssagende Passagen wurden fallengelassen, die übrigen Passagen wurden auf ihre Inhalte reduziert und auf einer einheitlichen Sprachebene formuliert. Daraufhin wurden die einzelnen Paraphrasen verallgemeinert und auf das gleiche Abstraktionsniveau gebracht, wodurch teilweise inhaltsgleiche Generalisierungen entstanden. Abschließend wurden diese gestrichen sowie sich aufeinander beziehende Generalisierungen zusammengefasst. So entstanden für die Interviews unterschiedliche Kategoriensysteme mit neu zusammengefassten Aussagen.¹⁹ Hierbei wurde mit unterschiedlicher Farbgebung gearbeitet. Diese erleichterte den Schritt von den Generalisierungen zum Kategoriensystem und dient der Nachvollziehbarkeit. Die Farbgebung innerhalb der einzelnen Interviewauswertungen und der zusammenfassenden Systematisierungen (wird im Folgenden erläutert) ist jeweils stimmig, nicht aber im Vergleich zu den anderen Auswertungen. Die Kategorien der einzelnen Interviewauswertungen wiederholten sich teilweise, manchmal waren allerdings auch Aussagen, die in einem Interview einer bestimmten Kategorie zugeordnet waren, in einem anderen Interview in einer völlig anderen Kategorie wiederzufinden. Um die einzelnen Ergebnisse nun noch weiter zusammenzufassen, haben wir die Kategoriensysteme der Interviews noch einmal als Ausgangsmaterial verwendet. Sich aufeinander beziehende Aussagen aller, aus den Reduktionen der Einzelinterviews entstandenen, Kategorien wurden zusammengefasst und inhaltsgleiche Passagen gestrichen, wodurch letztlich neun Kategorien entstanden sind (siehe Kapitel 8), die die Aussagen aller Interviewpartner*innen systematisieren. Es sind dennoch inhaltliche Überschneidungen möglich, da einige Aussagen nicht trennscharf nur einer Kategorie zuzuordnen sind. Im Übrigen dient die Streichung bestimmter Aussagen lediglich der Strukturierung und ist kein Anhaltspunkt zur Interpretation der Qualität dieser. Unterschiedliche Auffassungen der Interviewten zu einzelnen Themen werden in der abschließenden Zusammenfassung (siehe Kapitel 8 und Anhang) aufgezeigt. Die Auswahl der Interviewpartner*innen berücksichtigt die Meinungsvielfalt, die für den Prozess der Objektivierung der Politikfeldanalyse wesentlich ist. Dennoch ist die Quantifizierung von Aussagen nicht möglich, da die Interviewten zwar wesentliche Akteure im Rahmen der Kürzungsdebatte waren/sind, aber dadurch die unterschiedlichen Interessenvertretungen numerisch nicht gleich repräsentiert sind. Es können ergo keine unmittelbaren Rückschlüsse aus der Anzahl von bestimmten Aussagen getroffen werden. Hierbei ist zunächst immer die Interpretation der Rahmenbedingungen sowie der Abgleich mit relevanten Dokumenten und entsprechender Literatur zu beachten.

3 Politikfeldanalyse als wissenschaftliche Methode

„Policy Analysis is what governments do, why they do it, and what difference it makes“²⁰. Diese Definition von Thomas R. Dye aus dem Jahre 1976 ist in ihrem Grundverständnis noch auf die moderne Politikfeldanalyse anzuwenden. Denn „Politikfeldanalyse fragt danach was politische Akteure tun, warum sie es tun und was sie letztlich bewirken“²¹. Im Zentrum der Politikfeldforschung stehen die drei Politikdimensionen Polity, Politics und Policy. Die Bezugspunkte von Polity sind die strukturellen also verfassungsmäßigen und normativen Aspekte von Politik. Darunter lassen sich politische Ideen und Ideologien sowie die daraus hervorgegangenen formalen Regeln und institutionelle Ordnungen subsumieren. Politics beschreibt den Prozess der Politikgestaltung, der gekennzeichnet ist durch Akteure mit unterschiedlichen Wertvorstellungen und Interessen. Deshalb sind bei dem Versuch der Einflussnahme auf öffentliche Politik Konflikte und Machtbeziehungen unter den Akteuren folglich. Policy hat die politischen Inhalte wie Gesetze, Verordnungen, Entscheidungen, Programme und Maßnahmen, deren konkreten Resultate sich auf Gesellschaft auswirken, zum Gegenstand. Dabei wird das Ergebnis des formalen Entscheidungsprozesses (Policy-Output) von den unmittelbaren Durchführungseffekten (Policy-

¹⁹ vgl. Mayring 2015, S. 70f.

²⁰ Dye 1976, zitiert nach Schubert/Bandelow 2014, S. 4.

²¹ ebd.

Outcome) und dem Eintreten längerfristiger Veränderungen (Policy-Impact) unterschieden.²² Mit einer Politikfeldanalyse soll prinzipiell die Policy als abhängige Variable, unter Heranziehung von Polity und Politics als unabhängige Variablen, erklärt werden. Darauf aufbauend kann die Politikfeldanalyse sowohl als interaktions- als auch problemorientierter Ansatz begriffen werden. Die Interaktionsorientierung ist geboten durch die Analyse konkreter politischer Entscheidungsprozesse und der Erklärung des Zustandekommens der in der Praxis umgesetzten Lösung. Die Problemorientierung ist gegeben, da sie einen Beitrag zur sachadäquaten Lösung politisch-inhaltlicher Fragen leisten möchte und kann.²³ Um einen theoretischen Einstieg in das Feld der Politikfeldanalyse zu bekommen, ist es zunächst empfehlenswert zu fragen welche Untersuchungsebene analysiert werden soll. Es werden dabei Makro-, Meso- und Mikro-Level-Ansätze unterschieden. Makro-Level-Ansätze zeichnen sich durch abgeleitete Theorien mit großer Reichweite aus, die ganze Regierungs- oder Regelsysteme als Bezugspunkt haben. Meso-Level-Ansätze beziehen sich hingegen auf ein bestimmtes Teilsystem von umfassenden Regierungs- oder Regelsystemen. Damit haben die theoretischen Ansätze der Mesoebene eine mittlere Reichweite. Die Mikro-Level-Ansätze haben einen bestimmten, meist konkreten Aspekt von sozialen (Sub-)Systemen als Gegenstand. Damit ist die Reichweite der theoretischen Ansätze und Modelle folglich auch begrenzt.²⁴ Die hier vorliegende kommunale Politikfeldanalyse im Kontext der Kürzungsdebatte um den Jugendförderplan 2016 ist somit zunächst auf der Ebene der Mikro-Level-Ansätze zu verorten.

3.1 Theoretische Ansätze

Es gibt ein großes Repertoire theoretischer Zugänge zu Politikfeldanalysen bzw. zur Erklärung des Zustandekommens bestimmter Policy. Bei den verschiedenen Ansätzen handelt es sich weniger um Theorien als vielmehr um Analyserahmen, die durchaus in der Praxis auch in Kombinationen zu finden sind. Von daher wird im Weiteren des Berichts auf die hier verkürzt dargestellten Ansätze kontextbezogen verwiesen. Sie wurden verschiedenen Aktionen, Settings und Handlungsempfehlungen zugeordnet, um diese so zu erklären bzw. theoretisch zu unterfüttern.

3.1.1 Theorie der sozioökonomischen Determination

Es wird davon ausgegangen, dass Regierungen dazu gezwungen sind mit einem geringen Gestaltungsspielraum auf unterschiedliche wirtschaftliche und soziale Herausforderungen reagieren zu müssen. Die Staatstätigkeit wird ergo auf die Existenz und den Wandel sozialer und ökonomischer Rahmengrößen der Entwicklung einer Gesellschaft und des Regierens im Nationalstaat zurückgeführt.²⁵

3.1.2 Machtressourcenansatz

Politische Entscheidungen sind durch die Machtmittel verschiedener gesellschaftlicher Interessengruppen geprägt. Je höher also der Mobilisierungs- und Organisationsgrad einer Gesellschaftsklasse/Interessengruppe, umso höher ist ihr politischer Einfluss.²⁶

²² vgl. Schneider/Janning 2006, S. 15.

²³ vgl. Schubert/Bandelow 2014, S. 7.

²⁴ vgl. Reiter/Töller 2014, S. 33f.

²⁵ vgl. Obinger 2015, S. 36.

²⁶ vgl. Blum/Schubert 2009, S. 40.

3.1.3 Parteiendifferenzhypothese

Staatstätigkeit erklärt sich hier vor allem über die parteipolitische Zusammensetzung der Regierung. Dieser Ansatz geht davon aus, dass Parteien und politische Entscheidungsträger*innen formulierte Ziele und Programme tatsächlich durch- und umsetzen.²⁷

3.1.4 Politisch-institutionalistische Theorien

Die Bedeutung politischer Strukturen und Institutionen rückt in den Vordergrund. Hervorzuheben ist unter diesen Ansätzen das Vetospieler-Theorem nach Tsebelis. Es geht davon aus, dass regierende Parteien nicht frei die Interessen ihrer Wähler durchsetzen können, sondern vielmehr von der Zustimmung institutioneller (z.B. BVerfG), politischer (z.B. Koalitionspartner) und anderer (u.a. Interessenverbände) Vetospieler abhängig sind.²⁸

3.1.5 Theorieansätze des Politikerbes: Pfadabhängigkeit und Erblast

Öffentliche Politiken haben eine Geschichte und deshalb geht der Ansatz der Pfadabhängigkeit davon aus, dass „Politik, die hier und heute gemacht wird [...] durch vergangene Policy-Entscheidungen und „ererbte“, also von den Vorgängerregierungen übernommene Politikinhalte, -verfahren und –strukturen beeinflusst [wird]“²⁹.

3.1.6 Institutional Analysis and Development Framework (IAD)

Der IAD führt das Zustandekommen konkreter Policies oder auch deren Wandel auf die institutionellen Rahmenbedingungen von Akteurshandeln zurück. Danach befinden sich die Akteure für politischen Entscheidungsprozesse in einer Handlungsarena, wo auf sie die Problemstruktur, die normativen Faktoren und die Existenz bestimmter Regeln einwirken. Dies ergibt „ein situationsspezifisches Interaktionsmuster [...], das letztlich die Ergebnisse der jeweiligen Entscheidung bestimmt“³⁰.

3.1.7 Akteurzentrierter Institutionalismus (AZI)

Der AZI ist in seinem Wesen verwandt mit dem IAD, da auch er das Handeln von Akteuren in bestimmten Interaktionen auf die Wirkung institutioneller Rahmenbedingungen zurückführt. Jedoch wird dabei betont, dass die Wirkung von Institutionen messbar sein muss. So werden Normen, Verhaltenserwartungen und Alltagsroutinen nicht unter den Institutionenbegriff subsumiert.³¹

3.1.8 Multiple-Streams-Ansatz (MSA)

Das zentrale Interesse liegt ebenso wie bei dem IAD und AZI in der Erklärung von Policywandel und –reformen. Der MSA geht davon aus, dass Wandel immer dann erfolgen kann, wenn sich dazu eine gute Gelegenheit infolge bestimmter gesellschaftlicher oder politischer Veränderungen bietet. Somit sind öffentliche Politik und ihre Reformen auch immer dem Zufall unterlegen.³²

²⁷ vgl. Schneider/Janning 2006, S. 81.

²⁸ vgl. Blum/Schubert 2009, S. 41.

²⁹ Reiter/Töller 2014, S. 62.

³⁰ ebd., S. 71.

³¹ vgl. Treib 2015, S. 278f.

³² vgl. Herweg 2015, S. 326.

3.1.9 Ansatz eigendynamischer politischer Prozesse (AEP)

Der politische Prozess ist geprägt von Akteuren und ihren Handlungen, die wiederum unter dem Einfluss von „institutionellen Rahmenbedingungen, verfügbaren Alternativen, den konkreten politischen Problemen zugrundeliegenden Problemstrukturen und situativen Aspekten“³³ stehen. Das Zusammenspiel dieser Einflussgrößen im politischen Prozess hat eine nicht vorhersehbare Eigendynamik zur Folge. Daraus entstehen konkrete Policies, die wiederum auf den Politikprozess rückwirken.³⁴

3.1.10 Advocacy Coalition Framework (ACF)

Der ACF hat drei wesentliche Grundannahmen. Erstens, politische Entscheidungen werden in politischen Subsystemen, genauer gesagt in einem Netzwerk von spezialisierten Akteuren, getroffen. Zweitens, politische Akteure verfügen über ein Set widerspruchsfreier Überzeugungssysteme mit unterschiedlichen Reichweiten. Drittens, die Akteure mit ähnlichen Interessen und Überzeugungen schließen sich in Subsystemen zu Advocacy-Koalitionen zusammen.³⁵

3.1.11 Soziale Konstruktion, Policy-Framing und Policy-Design

Wissen, Ideen und Wirklichkeitsdeutungen haben wesentlichen Einfluss auf den Entwurf von Politikinhalt (Policy Design) und Politikwandel. So stehen Normen, Werte sowie kulturell, sozial und kognitiv vorgeformtes Wissen von Individuen, die als politische Akteure handeln, im Fokus dieser Ansätze.³⁶

3.1.12 (Politisches) Lernen und Policy-Transfer

Politischer Wandel ist die Folge eines Lernprozesses. Immer wenn „die politischen und administrativen Entscheidungsträger*innen, innerhalb des Exekutivapparates der Regierung einen äußeren Lernimpuls, etwa in Form von gesellschaftlichem und/oder medial vermitteltem Druck zur Veränderung bestimmter Politiken, erfahren“³⁷, sind Politikwandel möglich.³⁸

3.2 Politik-Zyklus

Der Politik-Zyklus ist ein heuristischer Ansatz und versteht Politikgestaltung als Abfolge verschiedener Phasen. In der Literatur finden sich diverse Weiterentwicklungen zu dem Grundschema von Lasswell aus dem Jahre 1956. Dabei werden in der Regel fünf bis sieben Phasen unterschieden. Im Folgenden wird sich auf Jann/Wegrich bezogen, welche in ihrem Schema sechs Phasen berücksichtigen: Problem(re)definition, Agenda-Setting, Politikformulierung, Politikumsetzung, Politikevaluation und Politikterminierung.³⁹

In der ersten Phase werden gesellschaftliche Probleme zunächst als solche benannt, konkretisiert und an das politisch-administrative System herangetragen. Jedoch werden nicht alle Probleme, bloß weil sie existieren, von Politik bearbeitet. Dazu muss das Problem Gegenstand gesellschaftlicher Konstruktion sein, die wiederum aus einer entsprechenden Mediatisierung als Folge von bspw. wissenschaftlichen

³³ Reiter/Töller 2014, S. 95.

³⁴ vgl. ebd.

³⁵ vgl. Bandelow 2015, S. 307ff.

³⁶ vgl. Reiter/Töller 2014, S. 80.

³⁷ Reiter/Töller 2014, S. 84.

³⁸ siehe dazu auch ebd., S. 36, 94; Bandelow 2015, S. 305.

³⁹ vgl. Jann/Wegrich 2014, S. 105.

Erkenntnissen, Informationsverbreitung oder Lobbying resultiert.⁴⁰ Die zweite Phase, das Agenda-Setting, greift darauf aufbauend die Frage auf warum einige Themen die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und Politik bekommen und andere nicht. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Agenda durch viele Akteure wie Verbände, Nichtregierungsorganisationen oder die Medien beeinflusst wird.⁴¹ Deshalb kann das Agenda Setting auch als „Problemfilterungsmechanismus der öffentlichen Akteure verstanden werden“⁴². Die Phase der Politikformulierung ist von zwei Schritten geprägt. Zuerst werden verschiedene Handlungsalternativen formuliert, die das gesellschaftliche Problem lösen können und darauf aufbauend wird dann eine bestimmte Alternative festgelegt. Folglich steht die Phase der Politikformulierung unter starken Einflussversuchen auf die konkrete Ausgestaltung der politischen Bearbeitung bspw. durch Interessengruppen. Zudem kann auch in dieser Phase „von einem Filterungs- und Abstimmungsmechanismus ausgegangen werden“⁴³. Im Erfolgsfall kann dieser Prozess mit einer verbindlichen Entscheidung per Gesetz, Verordnung oder politischem Programm enden.⁴⁴

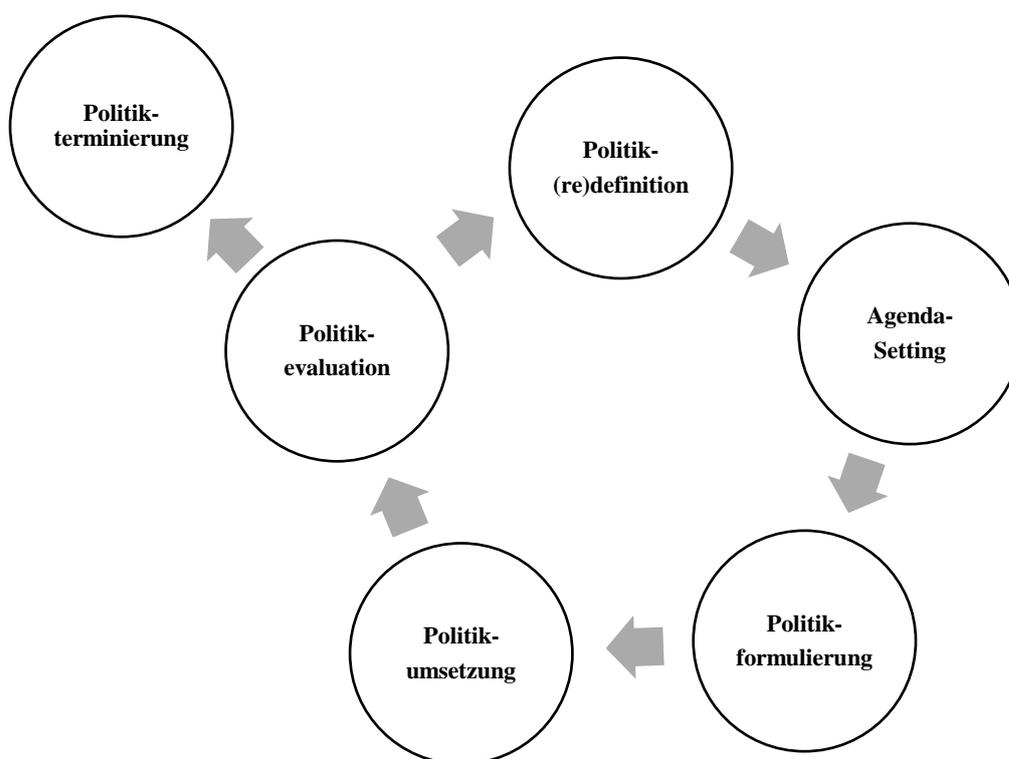


Abb. 1: Politik-Zyklus⁴⁵

In der Phase der Politikumsetzung, oder auch Politikimplementierung genannt, werden die vorher beschlossenen Policies nun durchgesetzt. Tatsächlich können auch hier Filterungsprozesse stattfinden, „z.B. in Form von Nichtvollzug, selektiver Umsetzung oder bürokratischer Umdefinition des Politikprogrammes“⁴⁶. Im Fokus dieser Phase steht ergo insbesondere das Verhältnis von Politik und Verwaltung. Die Phase der Politikevaluation beschäftigt sich abschließend mit der Frage ob eine politische Entsch-

⁴⁰ vgl. Knoepfel et al. 2011, S. 55.

⁴¹ vgl. Knill/Tosun 2015, S. 16f.

⁴² Knoepfel et al. 2011, S. 55.

⁴³ ebd.

⁴⁴ vgl. Knill/Tosun 2015, S. 17.

⁴⁵ in Anlehnung an ebd., S. 106.

⁴⁶ Knoepfel et al. 2011, S. 55.

dung auch die angestrebten Effekte erzielt. Je nach Ergebnis der Evaluation kann eine „Policy fortgesetzt, verändert oder sogar beendet“⁴⁷ werden. In den ersten beiden Fällen kommt es dann zu einer Re-Initiierung des Policy-Prozesses. Die Beendigung oder auch Terminierung einer Policy kann unterschiedliche Ursachen haben. Naheliegend ist die These, dass das entsprechende Problem gelöst ist und keiner Fortsetzung bedarf. Wahrscheinlicher sind jedoch finanzielle Engpässe oder Gelegenheitsfenster bspw. durch einen Regierungswechsel als Auslöser einer Terminierung. Die Profiteure eines konkreten Programms werden dessen Beendigung versuchen zu verhindern. Hierbei spielen die Kräfteverhältnisse im jeweiligen Policy-Netzwerk eine tragende Rolle.⁴⁸

Die verschiedenen Phasen des Politik-Zyklus sind deshalb für die KJA interessant, da sie unterschiedliche Lobbying-Aktivitäten nach sich ziehen können. So ist es wenn ein Problem zwar in der Öffentlichkeit diskutiert wird, aber konkrete Lösungen noch fehlen, in den Phasen Problemdefinition und Agenda-Setting wesentlich das jeweilige „Thema mit eigenen Deutungen und Interpretationen bekannt zu machen“⁴⁹. In der Phase der Politikformulierung muss dann die eigene Sichtweise in Verbindung mit adäquaten Lösungen in den politischen Prozess eingebracht werden. Insofern Politik bereits konkrete Lösungsmaßnahmen präsentiert und sich einzelne Akteure und Fraktionen festgelegt haben, besteht nur noch ein kleiner Spielraum zur Korrektur einzelner Aspekte. Die öffentliche Anhörung eines Programmentwurfes ist quasi die letzte Gelegenheit, um noch einmal Druck aufzubauen. In der Phase der Politikumsetzung bestehen hingegen nur noch geringe Chancen der politischen Einflussnahme, bspw. durch Zuarbeit für Änderungs- oder Entschließungsanträge der Oppositionen. Falls es im Zuge der Politikevaluierung und einer damit verbundenen öffentlichen wie medialen Diskussion über den Sinn der Maßnahme zu einer Wiederaufnahme der Debatte kommen sollte, bietet sich die Gelegenheit mit neuen und besseren Argumenten den politischen Prozess mitzugestalten. Voraussetzung hierfür ist es Kritik zu bündeln, die Öffentlichkeit für die eigenen Interessen zu sensibilisieren und Bündnispartner zu gewinnen.⁵⁰ Es lässt sich zusammenfassend festhalten, dass „die Möglichkeiten der Einflussnahme im Zuge der politischen Entscheidungswege abnehmen [...]. Deshalb sind die eigenen Aktivitäten sinnvollerweise auf die ersten Phasen des Policy Cycle zu konzentrieren.“⁵¹

3.3 Zusammenfassung

Politikfeldanalysen sind im Bereich der Sozialen Arbeit, und damit auch in der Kinder- und Jugendarbeit, bisher nicht bekannt. Das grundsätzliche Interesse einer Politikfeldanalyse richtet sich auf das *Was*, das *Wie* und die *Folgen* einer konkreten Policy. Der Bereich der *kommunalen* Politikfeldanalyse ist als Mikro-Level-Analyse einzuordnen. Die hier vorliegende Analyse versteht sich als ein erster Versuch die Methode *kommunale Politikfeldanalyse* für die Kinder- und Jugendarbeit zu nutzen. In der Politikwissenschaft gibt es eine Vielzahl von theoretischen Ansätzen, die helfen können politische Entscheidungen zu verstehen und zu erklären. Die in diesem Kapitel kurz erläuterten theoretischen Zugänge werden im Weiteren dieser Arbeit mit konkreten Beispielen verknüpft. So kann auch verdeutlicht werden, dass politische Entscheidungen einem vielschichtigen Prozess unterliegen und selten nur einem Erklärungsmuster folgen. Der Politik-Zyklus stellt dar welche Phasen Policies idealtypisch durchlaufen. Dieses prozessanalytische Verständnis hat in der Politikwissenschaft eine große Tradition. Moderne Ansätze verschieben ihren Fokus hingegen von der Prozess- hin zur wissenssoziologischen Diskurs-⁵² und interpretativen Policy-Analyse⁵³. Aufgrund der Tatsache, dass sich der Kontext dieser Politikfeldanalyse an einem konkreten Entscheidungsprozess widerspiegelt, wird in dieser Arbeit jedoch im Wesentlichen die

⁴⁷ Knill/Tosun 2015, S. 18.

⁴⁸ vgl. Jann/Wegrich 2014, S. 120.

⁴⁹ Lindner 2014, S. 202.

⁵⁰ vgl. ebd., S. 202f.

⁵¹ ebd., S. 203f.

⁵² Keller 2011.

⁵³ Münch 2016.

prozessanalytische Linie verfolgt. In Abschnitt 8.10 wird der interpretative Ansatz kurz auf die politikfeldspezifische Situation in Jena umgesetzt.

4 Rechtliche Rahmenbedingungen und institutionalisierte Praxis der Kinder- und Jugendarbeit in Jena

Um ein präziseres Bild von Kinder- und Jugendarbeit zu bekommen, wird im Folgenden auf deren rechtliche Grundlagen sowie der genauen Ausgestaltung in Jena eingegangen. Allgemein lässt sich sagen, dass Kinder- und Jugendarbeit ein öffentliches Bildungsangebot außerhalb von Familie und Schule ist. Es wird von freien und öffentlichen Trägern gestaltet und beinhaltet neben Jugendfreizeiteinrichtungen auch die Jugendverbandarbeit, die Jugendsozialarbeit sowie politische, kulturelle und sportliche Kinder- und Jugendbildungsarbeit.⁵⁴

4.1 Gesetzliche Grundlagen

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Kinder- und Jugendarbeit finden sich in den §§ 11-15 SGB VIII, in § 80 SGB VIII und in § 16 ThürKJHAG für Thüringen. Im Folgenden werden die wichtigsten Aspekte behandelt.

4.1.1 Jugendarbeit nach § 11 SGB VIII

1) **Jungen Menschen** sind die zur **Förderung ihrer Entwicklung** erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Sie sollen an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen **mitbestimmt und mitgestaltet** werden, sie zur **Selbstbestimmung** befähigen und zu **gesellschaftlicher Mitverantwortung** und zu **sozialem Engagement** anregen und hinführen.

(2) Jugendarbeit wird angeboten von **Verbänden, Gruppen und Initiativen der Jugend, von anderen Trägern der Jugendarbeit und den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe**. Sie umfasst für Mitglieder bestimmte Angebote, die offene Jugendarbeit und gemeinwesenorientierte Angebote.

(3) Zu den Schwerpunkten der Jugendarbeit gehören:

1. **außerschulische Jugendbildung** mit allgemeiner, politischer, sozialer, gesundheitlicher, kultureller, naturkundlicher und technischer Bildung,
2. Jugendarbeit in **Sport, Spiel und Geselligkeit**,
3. **arbeitswelt-, schul- und familienbezogene** Jugendarbeit,
4. **internationale** Jugendarbeit,
5. Kinder- und **Jugenderholung**,
6. **Jugendberatung**.

(4) Angebote der Jugendarbeit können auch Personen, die das 27. Lebensjahr vollendet haben, in angemessenem Umfang einbeziehen.

Die Kinder- und Jugendarbeit als Handlungsfeld der Kinder- und Jugendhilfe findet in § 11 SGB VIII seinen bundesgesetzlichen Rahmen. Entsprechende Angebote müssen vor Ort vom öffentlichen Träger bereitgestellt werden. Dies geschieht auch durch die finanzielle Förderung freier Träger.⁵⁵ Allerdings fehlt ein Rechtsanspruch auf finanzielle Förderung durch den örtlichen Träger der Jugendhilfe, da „die zur Förderung verpflichteten öffentlichen Träger befürchten, dass ein solcher Anspruch [...] zu Mehrausgaben führen würde.“⁵⁶ Diese Befürchtung ist sogar wahrscheinlich und gerade deshalb sollten die Träger der Kinder- und Jugendarbeit eine Überprüfung der Förderungsentscheidung der öffentlichen

⁵⁴ vgl. Cloos et al. 2009, S. 11.

⁵⁵ vgl. Schäfer in: Münder et al. 2013, FK-SGB VIII, § 11, Rn. 11.

⁵⁶ Bernzen 2013, S. 627.

Träger, insbesondere der sachgerechten Erwägung, herbeiführen können (genauer in Kapitel 5.4).⁵⁷ Auch für den einzelnen jungen Menschen ergibt sich hier kein subjektiver, einklagbarer Rechtsanspruch. Die Ausgestaltung der Förderung stellt somit eine jugendpolitische Herausforderung dar, wobei der Jugendhilfeplanung (vgl. § 80 SGB VIII) und dem Jugendhilfeausschuss als Gremium, das über die Ausgestaltung der finanziellen Förderung entscheidet, eine hohe Bedeutung zukommt.⁵⁸

Ziel der Kinder- und Jugendarbeit ist es nach § 11 Abs. 1, anknüpfend an den Interessen der Kinder und Jugendlichen, diese in ihrer Persönlichkeit, ihrem demokratischen Bewusstsein und der Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen zu fördern. Hier geht es auch um den Aufbau formaler Strukturen, welche das Einmischen in kommunalpolitische Prozesse und die eigene Interessensvertretung ermöglichen.⁵⁹

In Abs. 2 wird das breite und vielfältige Trägerspektrum der Kinder- und Jugendarbeit verdeutlicht. Hierbei legt der Gesetzgeber weder eine Rangfolge fest, noch stellt er besondere Anforderungen an die Organisationsqualität der freien Träger.⁶⁰

Die in Abs. 3 genannten Schwerpunkte der Kinder- und Jugendarbeit stellen einen offenen Katalog, also einen Mindestbestand dar. Sie müssen nicht getrennt voneinander stehen, sondern können vielmehr untereinander verknüpft sein.⁶¹

4.1.2 Förderung der Jugendverbände nach § 12 SGB VIII

(1) Die eigenverantwortliche Tätigkeit der **Jugendverbände und Jugendgruppen** ist unter Wahrung ihres satzungsgemäßen Eigenlebens nach Maßgabe des § 74 **zu fördern**.

(2) In Jugendverbänden und Jugendgruppen wird Jugendarbeit **von jungen Menschen selbst organisiert, gemeinschaftlich gestaltet und mitverantwortet**. Ihre Arbeit ist auf **Dauer** angelegt und **in der Regel auf die eigenen Mitglieder** ausgerichtet, sie kann sich aber auch an junge Menschen wenden, die nicht Mitglieder sind. Durch Jugendverbände und ihre Zusammenschlüsse werden Anliegen und Interessen junger Menschen zum Ausdruck gebracht und vertreten.

Mit diesem Paragraphen werden Jugendverbände und –gruppen als besondere Organisationsform der Kinder- und Jugendarbeit hervorgehoben.⁶² Betont wird die Eigenverantwortlichkeit und Selbstbestimmung der Verbände und Gruppen. In diese darf seitens des öffentlichen Trägers nicht eingegriffen werden, die finanzielle Förderung darf jedoch an bestimmte Zwecke gebunden sein.⁶³ Auch hier besteht wieder eine generelle Förderungsverpflichtung, jedoch kein subjektiver Rechtsanspruch für einzelne Jugendgruppen- oder verbände.⁶⁴

4.1.3 Jugendsozialarbeit nach § 13 SGB VIII

(1) Jungen Menschen, die zum **Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen** in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind, sollen im Rahmen der Jugendhilfe sozialpädagogische Hilfen angeboten werden, die ihre **schulische und berufliche Ausbildung, Eingliederung in die Arbeitswelt und ihre soziale Integration** fördern.

[...]

⁵⁷ vgl. ebd.

⁵⁸ vgl. Schäfer in: Münder et al. 2013, FK-SGB VIII, § 11, Rn. 13.

⁵⁹ vgl. ebd. Rn. 14f.

⁶⁰ vgl. ebd. Rn. 19ff.

⁶¹ vgl. ebd. Rn. 25.

⁶² vgl. ebd. § 12, Rn. 1.

⁶³ vgl. ebd. Rn. 2f.

⁶⁴ vgl. Münder/Trenczek 2015, S. 105, Rn. 239.

Jugendsozialarbeit richtet sich v.a. an junge, benachteiligte Menschen, die es beim Übergang von Schule in den Arbeitsmarkt zu unterstützen gilt. Sie hat einen präventiven, sozialpädagogischen Charakter.⁶⁵ Bei der Gewährung sozialpädagogischer Hilfen handelt es sich um eine Soll-Leistung, jedoch ist es laut Schäfer unstrittig, dass dem öffentlichen Träger hier eine objektive Leitungsverpflichtung auferliegt.⁶⁶

4.1.4 Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz nach § 14 SGB VIII

(1) Jungen Menschen und Erziehungsberechtigten sollen **Angebote des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes** gemacht werden.

(2) Die Maßnahmen sollen

1. **junge Menschen befähigen, sich vor gefährdenden Einflüssen zu schützen** und sie zu Kritikfähigkeit, Entscheidungsfähigkeit und Eigenverantwortlichkeit sowie zur Verantwortung gegenüber ihren Mitmenschen führen,

2. Eltern und andere **Erziehungsberechtigte besser befähigen, Kinder und Jugendliche vor gefährdenden Einflüssen zu schützen.**

Beim erzieherischen Kinder- und Jugendschutz geht es nicht darum, junge Menschen vor etwas zu schützen, sondern diese und ihre Erziehungsberechtigten zu unterstützen, damit sie sich selbst bzw. ihre Kinder schützen können. Dem öffentlichen Träger obliegt die Verantwortung, dass primärpräventive Angebote wie Aufklärungs- und Informationsveranstaltungen für Kinder, Jugendliche und ihre Erziehungsberechtigten durchgeführt werden.⁶⁷

4.1.5 Landesrechtsvorbehalt nach § 15 SGB VIII

Das Nähere über **Inhalt und Umfang** der in diesem Abschnitt geregelten Aufgaben und Leistungen regelt das **Landesrecht**.

Mit diesem Paragraphen hat der Bundesgesetzgeber den Ländern die Kompetenz eingeräumt, verbindlichere Regelungen zu treffen und den dünn ausgeprägten subjektiven Rechtsanspruch zu stärken. Doch davon haben die Länder keinen Gebrauch gemacht, sodass regelmäßig kein Rechtsanspruch besteht.⁶⁸ Hauptziel der Ausführungsgesetze der Länder ist die verbindlichere Regelung der Förderung der Kinder- und Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit. Für Thüringen bedeutet das eine Gewährleistungspflicht der örtlichen öffentlichen Träger und des Landes zur Förderung auf Grundlage von Jugendförderplänen bzw. des Landesjugendförderplans (siehe Kapitel 4.1.7).⁶⁹

4.1.6 Jugendhilfeplanung nach § 80 SGB VIII

(1) Die **Träger der öffentlichen Jugendhilfe** haben im Rahmen ihrer Planungsverantwortung

1. den **Bestand an Einrichtungen und Diensten** festzustellen,

2. den **Bedarf** unter Berücksichtigung der Wünsche, Bedürfnisse und Interessen der jungen Menschen und der Personensorgeberechtigten für einen mittelfristigen Zeitraum zu ermitteln und

3. die zur Befriedigung des Bedarfs **notwendigen Vorhaben rechtzeitig und ausreichend zu planen**; dabei ist Vorsorge zu treffen, dass auch ein unvorhergesehener Bedarf befriedigt werden kann.

(2) Einrichtungen und Dienste sollen so geplant werden, dass insbesondere

1. Kontakte in der Familie und im sozialen Umfeld erhalten und gepflegt werden können,

⁶⁵ vgl. Schäfer in: Münder et al. 2013, FK-SGB VIII, § 13, Rn. 1.

⁶⁶ vgl. ebd. Rn. 6.

⁶⁷ vgl. Münder/Trenczek 2015, S. 110f, Rn. 252, 254.

⁶⁸ vgl. ebd., S. 112, Rn. 255.

⁶⁹ vgl. Tammen in: Münder et al. 2013, FK-SGB VIII, § 15, Rn. 3f.

2. ein möglichst wirksames, vielfältiges und aufeinander abgestimmtes Angebot von Jugendhilfeleistungen gewährleistet ist,
 3. junge Menschen und Familien in gefährdeten Lebens- und Wohnbereichen besonders gefördert werden,
 4. Mütter und Väter Aufgaben in der Familie und Erwerbstätigkeit besser miteinander vereinbaren können.
- (3) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben **die anerkannten Träger der freien Jugendhilfe** in allen Phasen ihrer Planung **frühzeitig zu beteiligen**. Zu diesem Zwecke sind sie vom Jugendhilfeausschuss, soweit sie überörtlich tätig sind, im Rahmen der Jugendhilfeplanung des überörtlichen Trägers vom Landesjugendhilfeausschuss zu hören. Das Nähere regelt das Landesrecht.
- (4) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen darauf hinwirken, dass die Jugendhilfeplanung und andere örtliche und überörtliche Planungen aufeinander abgestimmt werden und die Planungen insgesamt den Bedürfnissen und Interessen der jungen Menschen und ihrer Familien Rechnung tragen.

In § 80 SGB VIII finden wir die Verpflichtung der Träger der öffentlichen Jugendhilfe eine Jugendhilfeplanung durchzuführen. Diese findet, gekennzeichnet durch Kommunikation und Partizipation, als Aushandlungsprozess statt. Wichtige Schritte sind die Bedarfserhebung, Bedarfsermittlung, wobei die Betroffenen zu beteiligen sind, und Schritte zur Bedarfsdeckung.⁷⁰ Anerkannte Träger der freien Jugendhilfe sind frühzeitig in die Planung miteinzubeziehen. Eine bloße Unterrichtung dieser über Inhalte, Ziele und Planungsverfahren ist nicht ausreichend, ihnen muss Mitsprachemöglichkeit über die Gegenstands- und Umfangsbestimmung, das Planungsvorgehen und bei der Auswahl ggf. zu beauftragender Institutionen gewährleistet sein.⁷¹ Die Jugendhilfeplanung stellt eine fachliche, fachpolitische und jugendpolitische Absichtserklärung dar, nicht jedoch einen Rechtsanspruch auf Förderung. Sie dient als verwaltungsinternes Planungsinstrument, das es bei Ermessensentscheidungen zu berücksichtigen gilt.⁷²

4.1.7 Förderung der Jugendarbeit nach § 16 ThürKJHAG

- (1) Der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe hat zu gewährleisten, dass **geeignete Einrichtungen, Dienste und Veranstaltungen der Jugendarbeit** im Sinne der §§ 11 und 12 SGB VIII rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung stehen. Er fördert die Jugendarbeit nach Maßgabe des **Jugendförderplans**. Das Land gewährt Zuschüsse nach Maßgabe des Haushalts.
- (2) Der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe weist im Rahmen der Jugendhilfeplanung nach § 80 SGB VIII **in einem besonderen Jugendförderplan den Bedarf an Einrichtungen, Diensten und Veranstaltungen für den Bereich der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit** aus. Auf der Grundlage einer Feststellung des Bestandes ist der **Bedarf** festzustellen an
1. **Veranstaltungen**, insbesondere für die in § 11 Abs. 3 SGB VIII genannten Schwerpunkte der Jugendarbeit,
 2. **Einrichtungen**, einschließlich der dazu erforderlichen Gebäude und Räume, insbesondere
 - a) Häusern der offenen Tür,
 - b) Jugendbildungs- und Jugendfreizeitstätten,
 - c) Jugendherbergen und Wanderheimen,
 - d) Räumen für Jugendtreffs und Jugendgruppen, auch an Schulen,
 3. den dafür **erforderlichen Fach- und Hilfskräften**.

In den Jugendförderplan sind auch die **Rangfolge der genannten Maßnahmen und die voraussichtlichen Kosten** aufzunehmen. Der Jugendförderplan ist regelmäßig, aber mindestens einmal in jeder Wahlperiode, zu überprüfen und entsprechend fortzuschreiben. Für einzelne Veranstaltungen, Dienste und Einrichtungen kann eine gemeinsame Bedarfsfeststellung benachbarter örtlicher Träger erfolgen.

⁷⁰ vgl. Münder/Trenczek 2015, S. 337, Rn. 781f.

⁷¹ vgl. Tammen in: Münder et al. 2013, FK-SGB VIII, § 80, Rn. 18.

⁷² vgl. ebd., § 80, Rn. 22f.

(3) Im Jugendförderplan ausgewiesene Einrichtungen, Dienste und Veranstaltungen, die ein hierfür geeigneter anerkannter Träger der freien Jugendhilfe verwirklichen will, sollen von dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe so gefördert werden, dass sie rechtzeitig geschaffen werden können.

Im thüringischen Kinder- und Jugendhilfe Ausführungsgesetz ist in § 16 die Gewährleistungspflicht des örtlichen öffentlichen Trägers zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit auf Grundlage eines Jugendförderplans festgeschrieben. Für diesen ist eine Bedarfsermittlung, eine Prioritätenliste sowie eine Aufstellung der voraussichtlichen Kosten zu erstellen. Die Jugendförderplanung wird im Rahmen der Jugendhilfeplanung nach § 80 SGB VIII vorgenommen.

4.2 Kinder- und Jugendarbeit in Jena

Wer die Kinder- und Jugendarbeit in Jena konkret ist, also mit welchen Handlungsfeldern und Einrichtungen wir es hier zu tun haben, soll im Folgenden dargestellt werden. Es ist allerdings zu beachten, dass es hier nicht um alle Einrichtungen und Projekte geht, sondern lediglich um diejenigen, welche durch den Kinder- und Jugendförderplan 2016 Förderung erfahren haben. Nach diesem ist die Kinder- und Jugendarbeit in die Handlungsfelder Jugendverbandsarbeit, offene Jugendarbeit, offene Arbeit mit Kindern, Schulsozialarbeit, Straßensozialarbeit und themenspezifische Arbeit eingeteilt.⁷³

Der DJR e.V. ist ein Dachverband der Jugendverbände in Jena. Er bürgt für deren Qualität in der Jugendarbeit und vertritt ihre Interessen.⁷⁴ Mitglieder sind beispielsweise die Jugend des Deutschen Alpenvereins Sektion Jena, der Blasmusikverein Carl Zeiss Jena e.V. und die Evangelische Jugend Jena. Die vollständige Mitgliederliste kann auf der Homepage des DJR <http://jugendring-jena.de/ubersicht/mitglieder/> (18.06.2016) eingesehen werden. Im Übrigen wird durch den SSB Jena die sportliche Jugendarbeit verschiedener Vereine vertreten und auch der Rosenkeller und das Kassablanca werden durch den Kinder- und Jugendförderplan finanziell gefördert.⁷⁵ Die offene JA in Jena ist sozialräumlich organisiert, sodass sich in den Planungsräumen Lobeda, Winzerla, Ost, Nord und West/Zentrum jeweils Einrichtungen befinden.⁷⁶ Dabei handelt es sich um die Jugendzentren Eastside, Hugo, Polaris, Treffpunkt und die JG Stadtmitte.⁷⁷ Kinder zwischen zehn und 14 Jahren werden durch Angebote der offenen Arbeit angesprochen. Neben den Kindern selbst zählen auch Eltern und Familien mit zur Zielgruppe.⁷⁸ Als Einrichtungen sind hier das Kinderbüro, der Freizeitladen Winzerla und das Klex zu nennen.⁷⁹ Für die offene Kinder- und Jugendarbeit gibt es eine Rahmenkonzeption. In dieser werden Ausgangssituation, gesetzlicher Auftrag, Selbstverständnis, Ziele, Zielgruppe, Aufgabenfelder, Rahmenbedingungen und Qualitätsentwicklung festgehalten. Ein wichtiger Punkt ist hierbei, dass pro Einrichtung 3,0 VbE vorgesehen werden. Außerdem muss jährlich ein Qualitätsbericht erstellt und eine Evaluation durchgeführt werden.⁸⁰ Die Schulsozialarbeit (schulbezogene Jugendarbeit) findet an allen weiterführenden Schulen Jenas sowohl zur Unterstützung der Lehrenden als auch der Schüler*innen statt.⁸¹ Sie wird getragen durch die unterschiedlichsten Trägerschaften. Einen Überblick hierzu findet man auf Seite 27 des Kinder- und Jugendförderplans 2016.⁸² Diese Trägervielfalt ist gewollt und in der Rahmenkonzeption für Schulsozialarbeit in Jena festgeschrieben.⁸³ Auffällig ist hier außerdem, dass als Mindestanforderung zwei Vollzeitstellen pro Schulstandort empfohlen werden.⁸⁴ Straßensozialarbeit wird in Lobeda

⁷³ vgl. JHA Jena 2015a, S. 1.

⁷⁴ vgl. ebd., S. 22.

⁷⁵ vgl. ebd. S. 27.

⁷⁶ vgl. ebd. S. 23.

⁷⁷ vgl. ebd. S. 27.

⁷⁸ vgl. ebd. S. 23.

⁷⁹ vgl. ebd. S. 17.

⁸⁰ vgl. Fachdienst Jugend & Bildung, Team JA/JSA Jena 2013, S. 5f.

⁸¹ vgl. JHA Jena 2015a, S. 24.

⁸² vgl. ebd. S. 27.

⁸³ vgl. Fachdienst Jugend & Bildung, Team JA/JSA Jena o.J.a, S. 2.

⁸⁴ vgl. ebd., S. 5.

und Winzerla geleistet, aufgrund der Spezifik dieser beiden Sozialräume wird sie dort als besonders notwendig erachtet. Außerdem hat sich in Jena eine jugendlich geprägte Subkultur („Ultras“) in der Fußballfanszene gebildet. Insbesondere an diese richtet sich ein spezielles Fanprojekt mit niedrighschweligen Angeboten, Begleitung und Beratung. Am Skate-BMX-Park auf der Rabenmühleninsel im Volkspark Oberaue findet zudem sozialpädagogische Jugendarbeit statt, welche sich mit der aufsuchenden Arbeit überschneidet.⁸⁵ In der Rahmenkonzeption für Streetwork in Jena werden neben der Ausgangssituation, den Aufgaben und Methoden auch Rahmenbedingungen festgehalten. Für gelingende Projekte in der Straßensozialarbeit sind demnach zwei bestenfalls gemischtgeschlechtliche Mitarbeiter*innen pro Team vorgesehen.⁸⁶ Die themenspezifische Arbeit orientiert sich am Bedarf der Kinder und Jugendlichen. Deshalb können die einzelnen Themenbereiche je nach Bedarfslage variieren. Momentan finden geschlechtersensible Angebote und Angebote der Sucht-/Drogenprävention, Schuldenprävention und Medienpädagogik statt. Die Themen werden in Projekten der Gruppenarbeit durch die Jugendsozialarbeit und Jugendarbeit behandelt.⁸⁷ Neben den genannten Handlungsfeldern stehen auch Angebote für Migrant*innen durch die Kindersprachbrücke und den Jugendmigrationsdienst zur Verfügung.⁸⁸

Jugendverbandsarbeit	Dachverband DJR e.V., 25 Verbände und Vereine
Sportliche Jugendarbeit	organisiert und vertreten durch den SBB
Soziokultur	Finanzielle Unterstützung des Rosenkellers und Kassablanca
Offene Jugendarbeit	in den Jugendzentren der einzelnen Stadtteile (breite Trägerlandschaft)
Offene Arbeit mit Kindern	- Kinderbüro (Initiative Kinderfreundliche Stadt Jena e.V.) - Freizeitladen Winzerla (Hilfe vor Ort e.V. Jena) - Klex (Komme e.V.)
Schulsozialarbeit	an allen weiterführenden Schulen (breite Trägerlandschaft)
Straßensozialarbeit	- in Winzerla und Lobeda (Stadt Jena) - Fanprojekt Jena e.V. („Ultras“)
Themenspezifische Arbeit	bedarfsorientierte Projekte durch bestehende Institutionen der KJA
Für Migrant*innen	Kindersprachbrücke Jena e.V., Jugendmigrationsdienst (AWO)

Tab. 1: Institutionen der Kinder- und Jugendarbeit in Jena

5 Finanzsituation der Stadt Jena

Die KJA wird von politischen Entscheidungen gerahmt und beeinflusst – dies zeigt sich in Finanzdebatten besonders stark. Alle Interviewpartner*innen der vorliegenden Politikfeldanalyse argumentieren, dass die Kürzungen in der KJA fiskalische Ursachen haben (siehe Kapitel 8.1). Um dieser Argumentation auf den Grund zu gehen, beleuchten wir in diesem Kapitel in Umrissen die Finanzsituation Jenas.

5.1 Entschuldungskonzept

Der Jenaer Stadtrat hat am 16.12.2009, auch auf Grundlage der Ergebnisse des damaligen Bürgerhaushalts⁸⁹, die Entschuldung der Stadt bis zum 31.12.2024 beschlossen.⁹⁰ Im Vorfeld wurde die Verwaltung durch den Stadtrat am 18.03.2009 beauftragt ein entsprechendes Konzept zu entwickeln. Darin ist festgeschrieben, dass sowohl der städtische Haushalt als auch die städtischen Unternehmen die Entschuldung gleichermaßen und stetig voranbringen sollen. Als Ziele der Entschuldung sind die Verbesserung

⁸⁵ vgl. JHA Jena 2015a, S. 25.

⁸⁶ vgl. Fachdienst Jugend & Bildung, Team JA/JSA Jena o.J.b, S. 3.

⁸⁷ vgl. ebd. S. 13.

⁸⁸ vgl. JHA Jena 2015a, S. 27.

⁸⁹ vgl. Lautenschläger/Seiffert 2009, S. 7.

⁹⁰ vgl. Stadtrat Jena 2009b, S. 2.

der finanziellen Handlungsfähigkeit und die Umsetzung der Kinder- und Familienfreundlichkeit explizit genannt.⁹¹

Der Schuldenstand Ende 2009 belief sich auf ca. 87 Mio. €. Davon entfielen 69,9 Mio. € auf die Kernverwaltung. Die Jenaer Nahverkehrsgesellschaft wird von diesem Betrag 9,3 Mio. € tragen. Die verbleibenden 60,6 Mio. € sind hälftig durch den städtischen Haushalt und die städtischen Unternehmen (KIJ und Technische Werke Jena) bereitzustellen. Es wurde jedoch im Sinne der höheren Verbindlichkeit und der Flexibilisierung der fiskalischen Belastungen vorgesehen, dass KIJ die Schulden des städtischen Haushalts übernimmt und dafür Ansprüche gegen die Stadt auf jährliche Zahlungen erhält. Mit diesem Konstrukt wird bei außerordentlichen Zahlungen beispielsweise keine Vorfälligkeitsentschädigung nötig.⁹² Der Schuldenstand der Stadt Jena beläuft sich derzeit (20.06.2016) auf noch zirka 45 Mio. €, kann aber auch immer aktuell unter http://www.jena.de/de/stadt_verwaltung/stadtverwaltung/dezernat2/fachbereich_finanzen/schuldenuhr/243236 eingesehen werden. Anhand der geplanten Entschuldung wird deutlich, dass Einsparungen, auch im Jugendförderplan, seit 2009 zumindest nicht völlig überraschend gewesen sein dürften.

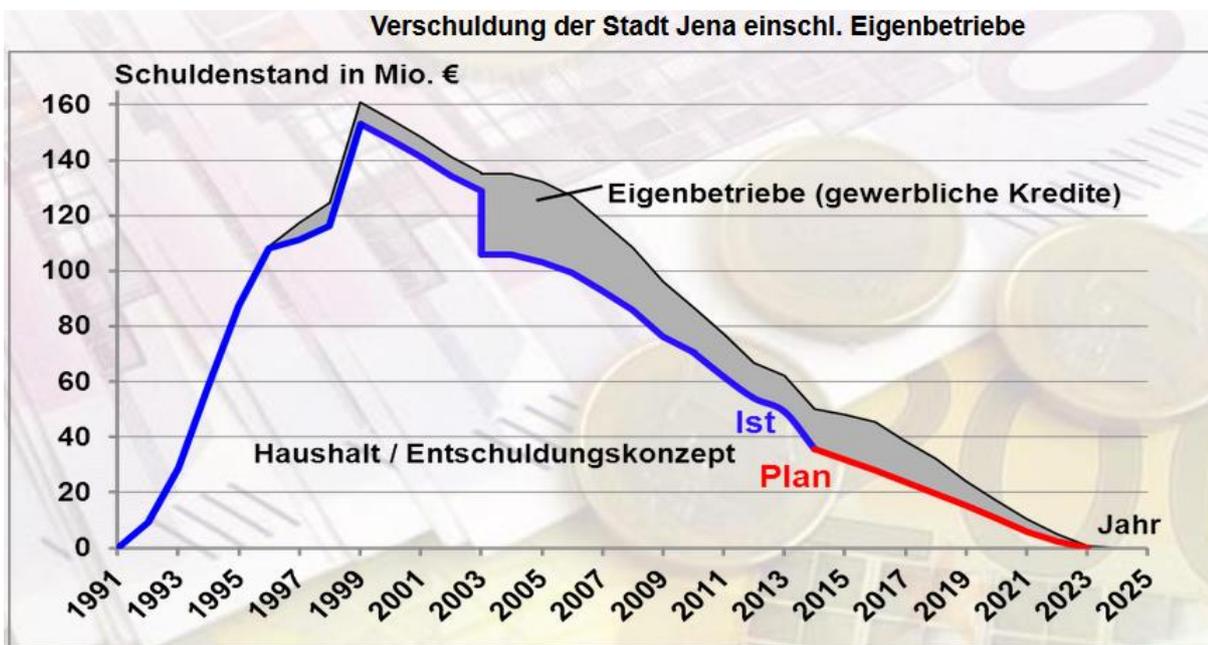


Abb. 2: Ver- und Entschuldungsentwicklung der Stadt Jena seit 1991⁹³

5.2 Bürgerhaushalt

Der für die Kürzungsdebatte relevante Doppelhaushalt 2015/16 der Stadt Jena wurde, flankierend durch die Ergebnisse des Bürgerhaushalts 2014, in der Stadtratssitzung am 17.12.2014 beschlossen.⁹⁴ Laut des Bürgerhaushalts 2014 befürwortet die deutliche Mehrheit (nur 1,4% / 0,9% stimmten für die Aufgabe der Entschuldung) der Bürger*innen Jenas weiterhin die konsequente Entschuldung. In der Ausgestaltung dieser gibt es aber durchaus Differenzen. So stimmten 57,6% / 55,2% der Befragten für eine wie vom Stadtrat beschlossene Entschuldung bis 2025, 33,3% / 27,3% vertreten die Ansicht diese zu beschleunigen und 7,2% / 11,4% sprechen sich für eine Verlangsamung aus.⁹⁵

⁹¹ vgl. Stadtrat Jena 2009a, S. 1.

⁹² vgl. Stadtrat Jena 2009a, S. 4f.

⁹³ Stadt Jena o.J.

⁹⁴ vgl. Stadtrat Jena 2014c, S. 2.

⁹⁵ vgl. Lautenschläger/Haase 2014, S. 8.

Die Entschuldung der Stadt Jena soll...	Postrücksendung			Online-Abstimmung		
	Anzahl	%	% _{gew}	Anzahl	%	% _{gew}
... beschleunigt und bis 2020 erreicht werden.	1.025	33,7	33,3	158	33,0	27,3
... wie vom Stadtrat beschlossen bis 2025 erreicht werden.	1.732	56,9	57,6	243	50,7	55,2
... verlangsamt und erst 2030 bis 2035 erreicht werden.	223	7,3	7,2	52	10,9	11,4
... ganz aufgegeben werden.	44	1,4	1,4	6	1,3	0,9
f. A.	18	0,6	0,5	20	4,2	5,2
Summe	3.042			479		

Abb. 3: Bürgerhaushalt 2014 – Entschuldung der Stadt Jena⁹⁶

Beachtenswert sind auch die Ergebnisse der Frage, ob Investitionen zur Erfüllung kommunaler Pflichtaufgaben durch Kredite finanziert werden dürfen. 61,1% / 60,8% stimmen dieser Aussage zu, 18% / 16,9% sind in dieser Frage unentschieden und vergleichsweise wenig Bürger*innen, nämlich 13,5% / 20,9%, sprechen sich dagegen aus. Unter der Annahme, dass es sich bei der KJA um eine kommunale Pflichtaufgabe handelt, ist dies ein durchaus interessantes Ergebnis.⁹⁷ Es ist darauf hinzuweisen, dass eine solche Regelung aktuell jedoch gegen das Neuverschuldungsverbot des § 6a der Hauptsatzung der Stadt Jena verstoßen würde.⁹⁸

„Aufgrund steigender Einwohner- oder Kinderzahlen nötige Investitionen zur Erfüllung kommunaler Pflichtaufgaben dürfen durch Kredite finanziert werden.“	Postrücksendung			Online-Abstimmung		
	Anzahl	%	% _{gew}	Anzahl	%	% _{gew}
Ich stimme nicht zu. (-1)	419	13,8	13,5	115	24,0	20,9
Ich bin unentschieden. (0)	540	17,8	18,0	80	16,7	16,9
Ich stimme zu. (+1)	1.798	59,1	61,1	273	57,0	60,8
f. A.	285	9,4	7,5	11	2,3	1,5
Summe	3.042			479		
Mittelwert	0,50		0,51	0,34		0,40
SD	0,74		0,74	0,85		0,82

Abb. 4: Bürgerhaushalt 2014 – Kreditaufnahmen für Investitionen⁹⁹

5.3 Doppelhaushalt 2015/16

Zurückkehrend zum Doppelhaushalt 2015/16 ist es bedeutsam die Frage aufzuwerfen, warum eigentlich genau in dieser Haushaltsphase die teils hitzig geführte Kürzungsdebatte um den Jugendförderplan auf-

⁹⁶ ebd.

⁹⁷ vgl. ebd., S. 11f.

⁹⁸ vgl. Stadt Jena 2003, S. 3.

⁹⁹ Lautenschläger/Haase 2014, S. 10.

kam. Dazu lohnt sich ein Blick auf die längerfristigen Tendenzen der Haushaltsentwicklung. Im Vergleich von allgemeinen Deckungsmitteln und zu finanzierenden Aufwendungen zeigt sich, dass der Aufwand mit einer Steigerungsrate von jährlich 4% seit geraumer Zeit wächst. Die allgemeinen Deckungsmittel unterliegen hingegen großen Schwankungen. Zwischen 2004 und 2008 haben sie sich um jährlich 10% erhöht, im Zeitraum um 2014 allerdings nur noch um 2%. Daraus ergab sich die problematische Situation, dass ab 2014 die Erträge geringer wären als die Aufwendungen.

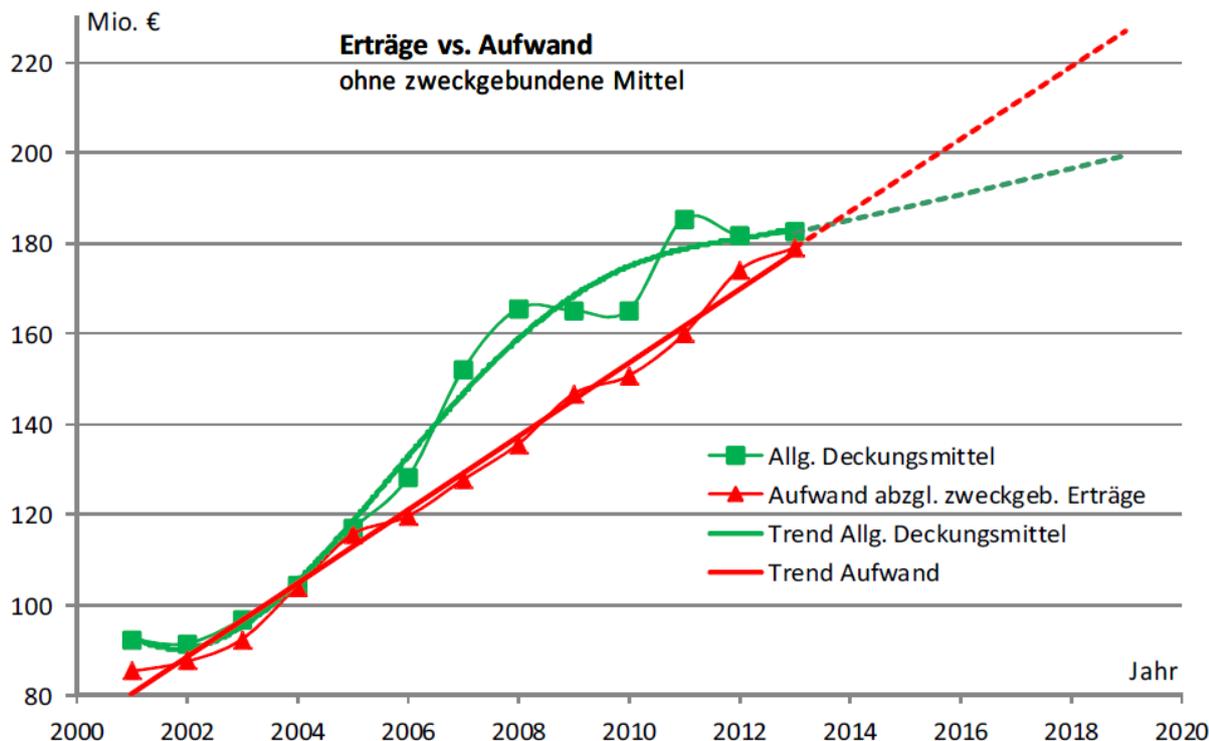


Abb. 5: Entwicklung von Erträgen und Aufwendungen der Stadt Jena seit 2000¹⁰⁰

Ein solcher Haushalt wäre nicht genehmigungsfähig und ist auch nicht durch einmalige Konsolidierungsmaßnahmen aufzufangen. Es war und ist davon auszugehen, dass die allgemeinen Deckungsmittel nicht dauerhaft über der gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate von 2% liegen werden. Folglich mussten die Aufwendungen verringert werden. Dabei wurden kommunale Aufgaben entweder gänzlich infrage gestellt oder eben der Umfang der Aufgabenerfüllung. In den Konsolidierungsgesprächen wurden daher Einsparungen in allen Dezernaten vereinbart.¹⁰¹

	2015	2016
Dezernat I	0,3	0,3
Dezernat II	0,6	0,6
Dezernat III	0,1	0,1
Dezernat IV	3,3	4,6

Angaben in Mio. €

Tab. 2: Einsparungen in den Dezernaten der Stadt Jena¹⁰²

¹⁰⁰ Stadtrat Jena 2014b, S. 4.

¹⁰¹ vgl. ebd., S. 4f.

¹⁰² vgl. ebd., S. 5.

Die meisten und größten Einsparungen betreffen das Dezernat IV und somit auch die Jugendförderplanung. Die Beschlussvorlage des Jenaer Stadtrats zum Haushaltsplan 2015/16 verweist auf Anlage 4 *Liste der freiwilligen Aufgaben/Pflichtaufgaben mit Gestaltungsspielraum*.¹⁰³ Der dort aufgeführte Entscheidungsvorschlag der Verwaltungsspitze sah eine Reduzierung der Aufwendungen des Jugendförderplans um 436.440 € vor. Die Aufwendungen sollten ab 2016 auf 2,5 Mio. € gedeckelt werden. Zudem war vorgesehen, dass veränderte Zuweisungen vom Land nicht zu Mehraufwendungen führen.¹⁰⁴ Dieser Vorschlag der Verwaltung wurde noch geändert (siehe Kapitel 7.1).

5.4 Kinder- und Jugendarbeit als kommunale Pflichtaufgabe

Eine grundlegende Diskrepanz gilt es in diesem Zusammenhang noch zu beleuchten, nämlich warum die Jugendförderplanung als freiwillige Aufgabe bzw. Pflichtaufgabe mit Gestaltungsspielraum eingestuft wird. Wie bereits in Kapitel 4.1 erwähnt, besteht laut § 11 SGB VIII eine objektive Rechtsverpflichtung des öffentlichen Trägers Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen bzw. die freien Träger entsprechend zu fördern. Die unter § 79 Abs. 1 SGB VIII bestimmte Gesamtverantwortung der öffentlichen Träger und der damit verbundenen Gewährleistungsverpflichtung meinen dabei konkret „die Bereitstellung und Sicherung einer angemessenen kinder- und jugendpolitischen Infrastruktur“¹⁰⁵. Es wäre damit „eindeutig rechtswidrig, wenn durch den öffentlichen Träger keine oder nur völlig unzureichende Angebote unterbreitet werden“¹⁰⁶. Daraus können wir schlussfolgern, dass die finanzielle Förderung der KJA grundsätzlich eine kommunale Pflichtaufgabe ist, mit dem Zusatz der Angemessenheit, die sich wiederum aus den zugrundeliegenden Bedarfen ergibt. Die Wahrnehmung der Gesamtverantwortung hat generell, unter Achtung der rechtsstaatlichen Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und des Vertrauensschutzes aus Art. 20 Abs. 1 und 28 Abs. 1 GG, im pflichtgemäßen Ermessen des öffentlichen Jugendhilfeträgers zu erfolgen. Restriktive Maßnahmen aufgrund der finanziellen Situation des öffentlichen Trägers sind dabei aber nicht zulässig. Dies wäre nur in atypischen (schlechte Finanzlage ist nicht atypisch) Ausnahmefällen möglich.¹⁰⁷ Tammen stellt jedoch fest, dass „immer mehr Kommunen [...] aufgrund von Haushaltssicherungskonzepten Schwierigkeiten [haben], ihrer Gesamtverantwortung in der Jugendhilfe nachzukommen“¹⁰⁸. Deshalb kommt Emanuel zu folgender Einschätzung: „Gerade bei Ressourcenknappheit ist Jugendhilfeplanung von besonderer Bedeutung. Die Jugendhilfe muss ihren Finanz- und Personalbedarf mithilfe einer fundierten Analyse von (gewandelten) Problemfeldern und Bedarfslagen begründen können.“¹⁰⁹. Die Besonderheiten der Rechtsnormierung der Finanzierung der KJA schaffen offensichtlich Unklarheiten bei den Entscheidungsträger*innen. So die wohlwollende, aber keineswegs bessere, Bewertung der Situation in Jena. Der 14. Kinder- und Jugendbericht skizziert die zu Unrecht stattfindende Einstufung der KJA als freiwillige Aufgabe als Folge der erstens deutlich steigenden Ausgaben für die Hilfen zur Erziehung und zweitens von den Ausgaben für den Ausbau der Einrichtungen zur Kindertagesbetreuung unter besonderer Berücksichtigung des damit verbundenen Rechtsanspruchs für unter dreijährige Kinder.¹¹⁰ Für die Akteure der KJA kann ein mögliches Credo lauten der Forderung von Emanuel nach fundierten Analysen zu folgen und/oder den Weg der Klage konsequent anzustreben (siehe Kapitel 9.13).

¹⁰³ vgl. Stadtrat Jena 2014c, S. 1.

¹⁰⁴ vgl. Stadtrat Jena 2014a, S. 4.

¹⁰⁵ Schäfer in: Münder et al. 2013, FK-SGB VIII, § 11, Rn. 12.

¹⁰⁶ Wabnitz 2003, S. 40.

¹⁰⁷ vgl. Bisler 2008, S. 56f.

¹⁰⁸ Tammen in: Münder et al. 2013, FK-SGB VIII, § 79, Rn. 8.

¹⁰⁹ Emanuel 2011, S. 211.

¹¹⁰ vgl. BMFSFJ 2013, S. 318.

6 Politische Parteien und Gremien in Jena

Ein Blick auf die unterschiedlichen Gremien, Parteien und deren Wahlprogramme der Kommunalwahl 2014 ist aus zweierlei Gründen lohnenswert: Zum einen geht die Parteiendifferenzthese davon aus, dass die parteipolitische Zusammensetzung der Regierung und das Einhalten vom Programmen und Zielen politisches Handeln bestimmt (siehe Kapitel 3.1.3). Zum anderen kann eine Analyse der aktuellen politischen Situation als Grundlage und Ausgangswissen für politische Einflussnahme genutzt werden.

6.1 Stadtrat

Der Jenaer Stadtrat, mit 46 zu vergebenen Sitzen, wurde zuletzt durch die Kommunalwahlen am 25.05.2014 gewählt. Insgesamt haben von 85.068 Wahlberechtigten 43.781 ihre Stimmen abgegeben. Dies entspricht einer Wahlbeteiligung von 51,5% (2009: 54,3%). 42.694 Stimmabgaben waren gültig, das entspricht insgesamt 126.941 gültigen Stimmen.¹¹¹

Nr.	Wahlvorschlag	2014				2009		Gewinn/Verlust 2014 zu 2009
		Stimmen	Sitze	%	Stimmverteilung	Sitze	%	Prozentpunkte
1	CDU	28 185	10	22,2		9	19,0	+3,2
2	DIE LINKE	30 451	11	24,0		9	20,2	+3,8
3	SPD	26 457	10	20,8		11	25,2	-4,4
4	FDP	6 044	2	4,8		5	11,0	-6,2
5	GRÜNE	14 373	5	11,3		5	10,1	+1,2
6	Bürger für Jena	13 217	5	10,4		5	10,2	+0,2
7	Partei Die Guten	2 356	1	1,9		1	1,8	+0,1
8	PIRATEN	5 858	2	4,6		-	-	+4,6
	sonstige					1	2,4	-2,4

Abb. 6: Ergebnisse der Jenaer Stadtratswahlen 2009 und 2014¹¹²

Aus diesem Ergebnis ging ebenso wie bereits 2009 eine Koalition aus CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen hervor.¹¹³ Seit der Oberbürgermeisterwahl 2006¹¹⁴ (2012¹¹⁵ wiedergewählt) hat Dr. Albrecht Schröter (SPD) jenes Amt inne. Zu ergänzen ist noch, dass Frank Schenker (CDU) Bürgermeister und Dezernent für Familie, Bildung und Soziales, Frank Jauch (SPD) Dezernent für Finanzen, Sicherheit und Bürgerservice und Denis Peisker (Bündnis 90/Die Grünen) Dezernent für Stadtentwicklung und Umwelt sind.¹¹⁶ Ausgehend von obigem Wahlergebnis und der Koalitionsfindung sei an dieser Stelle auf die Koalitionsvereinbarung aus 2014 verwiesen. Unter dem Punkt *Frühkindliche Bildung und Jugend* konkretisieren die Koalitionspartner ihre Vereinbarungen bzgl. des Jugendförderplans. Die Schulsozialarbeit soll als wichtiges Arbeitsfeld entsprechend des Ressourcenschlüssels im Rahmen der Jugendförderplanung weiterentwickelt werden. Die tarifliche Angleichung wird schrittweise bis 2019 angestrebt. Darüber hinaus soll die Angebotsstruktur in Lobeda aufgrund der Neukonzeptionierung des Jugendzentrums, der gestiegenen Zahl an jungen Menschen mit Migrationshintergrund, der Entwicklung soziokultureller Angebote und der Anpassung der Straßensozialarbeit an geänderte Bedarfe überprüft werden. Es soll zudem eine besondere Berücksichtigung und Unterstützung der Jugendverbände und

¹¹¹ vgl. Thüringer Landesamt für Statistik 2015, S. 13.

¹¹² Thüringer Landesamt für Statistik o.J.

¹¹³ vgl. CDU-KV Jena 2014a.

¹¹⁴ vgl. Stadt Jena 2006.

¹¹⁵ vgl. Stadt Jena 2012.

¹¹⁶ vgl. Stadt Jena 2014c.

pädagogischer Ansätze zur Förderung der Akzeptanz sexueller Vielfalt erfolgen. Abschließend wird darauf hingewiesen, dass strukturelle Änderungen des Jugendförderplans durch die Reorganisation der Angebote erreicht werden müssen und eine Steigerung des kommunalen Zuschusses nicht geplant ist.¹¹⁷

6.2 Kommunalwahlprogramme

6.2.1 Regierungsparteien

Im Zusammenhang mit der Koalitionsvereinbarung lohnt sich auch ein Blick in die Kommunalwahlprogramme einiger relevanter Parteien, schließlich kann die Koalitionsvereinbarung als Kompromisslösung der Programme von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen angesehen werden. Im Wahlprogramm des CDU KV Jena wird unter dem Abschnitt *Familie, Soziale Sicherheit und ein Miteinander der Generationen!* kurz erwähnt, dass Jugendzentren unterstützt und gewalt- und kriminalpräventive Projekte sowie die soziale und Bildungsarbeit für Jugendliche besonders gefördert werden sollen.¹¹⁸ Der SPD KV Jena legt hingegen unter dem Punkt *Kinder & Jugend* umfassend und konkret dar, was bereits in der KJA erreicht wurde und in der kommenden Legislaturperiode noch erreicht werden soll. Dabei sind erstens die tarifliche Bezahlung aller Beschäftigten in der Jugendarbeit und zweitens die Sicherung der erreichten Qualität im Jugendförderplan sowie der Ausbau bei neuem Bedarf besonders hervorzuheben.¹¹⁹ Letztgenannter Punkt wird noch unterstrichen durch die Aussage „Einschnitte darf es nicht geben“¹²⁰. Der KV Bündnis 90/Die Grünen Jena stellt unter dem Punkt *Kinder- und Jugendarbeit stärken* klar, dass der Stand der vielfältig und breit aufgestellten KJA aufgrund der steigenden Zahl von Kindern und Jugendlichen zu sichern und qualitativ weiterzuentwickeln ist. Konkret sollen Angebote für Kinder und Jugendliche als Alternative und Ergänzung zu Ganztagschulen, Schulsozialarbeit an (Brennpunkt-) Grundschulen und kreative Projekte, die Bildungsalternativen bieten, besondere Beachtung und Förderung erhalten.¹²¹ Die Wahlprogramme von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen eint, dass der Schuldenabbau und das damit verbundene Neuverschuldungsverbot konsequent fort- und umgesetzt werden soll.¹²² Insgesamt zeigt sich, dass sich der SPD KV Jena mit seinen Programmpunkten in den Koalitionsverhandlungen kaum durchsetzen konnte. Insbesondere die Aussage, dass es Einschnitte im Jugendförderplan nicht geben werde, bleibt gegenwärtig und ist mit der Fördersumme für 2016 (annähernd wie 2015, aufgrund von Mehrausgaben bedeutet dies eine Kürzung) nicht zu vereinbaren.

6.2.2 Oppositionsparteien

Ein Blick in die Kommunalwahlprogramme der Oppositionsparteien zeigt ein kontroverses Bild. DIE LINKE Jena fordert die tarifgerechte Bezahlung von Sozialpädagog*innen innerhalb des Jugendförderplans, den Ausbau der aufsuchenden Jugendarbeit sowie den Erhalt der Schulsozialarbeit und die gleiche Finanzierung jener an freien wie an staatlichen Schulen.¹²³ Bürger für Jena werden auf ihrer Homepage unter dem Reiter Wahlprogramm 2014-2019 konkreter und sprechen sich explizit gegen eine finanzielle Kürzung des Jugendförderplans aus. Weiter soll die qualitativ hochwertige Jugendsozialarbeit erhalten und die Straßensozialarbeit ausgebaut werden. Die Angleichung des Lohns von Mitarbeiter*innen freier Träger und der Stadt sowie die bedarfsgerechte Personalausstattung in der KJA sollen ebenfalls erreicht werden.¹²⁴ Im Kommunalwahlprogramm der Piraten Jena finden sich nur vereinzelt Aspekte, die die

¹¹⁷ vgl. CDU-KV Jena et al. 2014, S. 8.

¹¹⁸ vgl. CDU-KV Jena 2014b, S. 9.

¹¹⁹ vgl. SPD-KV Jena 2014, S. 13f.

¹²⁰ ebd., S: 14.

¹²¹ vgl. Bündnis 90/Die Grünen Jena 2014, S. 15.

¹²² vgl. CDU-KV Jena 2014b, S. 4; SPD-KV Jena 2014, S. 22; Bündnis 90/Die Grünen Jena 2014, S. 3.

¹²³ vgl. DIE LINKE Jena 2014, S. 5.

¹²⁴ vgl. Bürger für Jena 2014.

KJA betreffen. So möchten sie sich erstens für die Entwicklung von Medienkompetenz bei Kindern, Jugendlichen, Pädagogen und Eltern engagieren, zweitens für die kostengünstige Bereitstellung von Räumlichkeiten der Stadt für Jugendarbeit einsetzen und drittens Jugendclubs unterstützen.¹²⁵ Die Partei Die Guten Jena erwähnen eher randläufig, dass eine offene Jugendkultur in verschiedenen Stadtteilen zu fördern und das Verständnis zwischen den Generationen zu unterstützen ist.¹²⁶ Die FDP Jena greift die Aspekte KJA oder die Förderung und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen in ihrem Wahlprogramm nicht auf.¹²⁷

6.2.3 Wahlprüfsteine

Um in Bezug auf konkrete Aspekte, die nicht zwangsläufig in den Kommunalwahlprogrammen expliziert werden, Positionen und Haltungen herauszufiltern haben die AG Jugendarbeit, der DJR Jena und das Jugendparlament im Vorfeld der Kommunalwahl 2014 ausgewählte Parteien u.a. zum Jugendförderplan befragt. Die verkürzte Frage im Wortlaut: „Wie wollen Sie in der kommenden Legislaturperiode dafür sorgen, dass diese Entwicklung fortgesetzt werden kann und die überfällige Tarifbezahlung der auf diesem Gebiet tätigen Mitarbeiter_innen unabhängig vom Träger der jeweiligen Einrichtung oder des jeweiligen Projektes erreicht wird?“¹²⁸ Die ausführliche Anfrage ist online abrufbar unter: http://jugendring-jena.de/wp-content/uploads/2014/04/Wahlpr%C3%BCfsteine2014_Kommunalwahl_Jena1.pdf (18.06.2016). Bis auf Die Guten Jena haben alle Parteien auf die Anfrage geantwortet. Die Statements sind auf den Homepages der AG Jugendarbeit und des DJR Jena unter der Rubrik Wahlprüfsteine 2014 einsehbar: <http://jugendring-jena.de/wahlprufsteine-kommunalwahl-2014-jena/> und <https://jugendarbeitjena.wordpress.com/wahlprufsteine-2014/> (18.06.2016). Einige interessante und noch nicht im Rahmen der Wahlprogramme erwähnte Aspekte sollen an dieser Stelle herausgegriffen werden. Als erstes ist anzumerken, dass die FDP Jena, im Gegensatz zu ihrem Kommunalwahlprogramm, sich hier zum Jugendförderplan äußert. Sie fordern einen zweiten Förder-Ring um den Kern des Jugendförderplans zur Trennung von Angeboten/Projekten im Grenzbereich von Kultur und Jugendarbeit. Des Weiteren setzt die FDP einen Schwerpunkt auf die Bezahlung von Mitarbeiter*innen der KJA, sehen hier aber auch eine Mitverantwortung bei den entsprechenden Trägern.¹²⁹ Die Partei Bürger für Jena erweitert und konkretisiert ihr Wahlprogramm um den Gedanken, dass die Stadt zur Sicherung der Arbeit, die im Rahmen der Jugendförderplanung geleistet wird, in Vorkasse geht, auch wenn der Haushalt noch nicht beschlossen ist.¹³⁰ In der Antwort der CDU Jena wird deutlich, dass der Erhalt und Ausbau der KJA aufgrund einer steigenden Zahl von Kindern und Jugendlichen in Jena sich auch finanziell widerspiegeln muss. Dabei betont die CDU Jena auch, dass die Mittel zur tariflichen Bezahlung der Mitarbeiter*innen von der Stadt zur Verfügung gestellt werden könnten und sie sich dafür einsetzen möchten.¹³¹ Die SPD Jena verspricht gar, dass die tarifgerechte Entlohnung aller im Rahmen des Jugendförderplans beschäftigten in der Legislaturperiode 2014-2019 erreicht wird.¹³² Abschließend das Statement vom KV Bündnis 90/Die Grünen Jena, wo insbesondere der Appell gegen bauliche Großprojekte und für finanzielle Spielräume im Stadthaushalt zur Schließung der mehrfach genannten Lohnlücke zu betonen ist.¹³³ Es wird deutlich an welcher Stelle die Parteien Handlungsbedarf erkennen, nämlich in der tariflichen Bezahlung aller Mitarbeiter*innen der KJA. Kritisch ist jedoch anzumerken, dass die Fragestellung kaum eine andere Antwort zulässt und eher als rhetorische Frage angesehen werden kann.

¹²⁵ vgl. Piratenpartei Deutschland KV Jena 2014, S. 11, 22, 24.

¹²⁶ vgl. Die Guten Jena 2014.

¹²⁷ vgl. FDP-KV Jena 2014.

¹²⁸ AG Jugendarbeit Jena et al. 2014f, S. 2.

¹²⁹ vgl. AG Jugendarbeit Jena et al. 2014a, S. 2.

¹³⁰ vgl. AG Jugendarbeit Jena et al. 2014b.

¹³¹ vgl. AG Jugendarbeit Jena et al. 2014c, S. 2.

¹³² vgl. AG Jugendarbeit Jena et al. 2014e, S. 2.

¹³³ vgl. AG Jugendarbeit Jena et al. 2014d, S. 1.

6.2.4 Kritischer Umgang mit Wahlprogrammen

Letztlich zeigt sich aber auch, dass sich eine vehemente Berufung auf die Wahlprogramme der Parteien kaum lohnt. Zum einen müssen in Koalitionsvereinbarungen stets Kompromisslösungen gefunden werden, sodass Einzelpositionen von Parteien vermutlich keine Chance auf Implementierung haben. Dies konnte anhand der Wahlprogramme der Regierungskoalition in Jena eindrucksvoll aufgezeigt werden. Dabei zeigt sich, dass das Gros der Parteien eher vage Formulierungen in ihren Programmen wählt. Umso konkreter die Forderungen, desto größer scheint der Erklärungsbedarf gegenüber der eigenen Wählerschaft bei Nichtumsetzung. Es wird für die Akteure der KJA elementar sein eine Interaktionsbereitschaft gegenüber allen Parteivertreter*innen zu erhalten. Das ausschließliche öffentliche (auch mediale) Sympathisieren mit (Oppositions-)Parteien, deren Interesse am Thema zwar groß ist, die aber in der Regel über eher geringen politischen Einfluss verfügen, wird die Situation der KJA langfristig nicht verbessern können. Der Gesprächs- und Überzeugungsbedarf ist bei Parteien, die der KJA von Natur aus oder personell bedingt weniger nah stehen, mindestens genauso groß einzuschätzen wie mit allen anderen Parteien, insbesondere wenn diese in der Regierungsverantwortung stehen.

6.3 Jugendhilfeausschuss

Der Jugendhilfeausschuss ist nach § 70 Abs. 1 SGB VIII neben der Verwaltung ein Teil des Jugendamtes. Diese Zweigliedrigkeit ist ein wesentlicher Unterschied zu anderen Ämtern. Obendrein ist der JHA nicht nur ein fachpolitischer Ausschuss, sondern hat aufgrund seiner besonderen Zusammensetzung eine eigenständigere Funktion als andere Ausschüsse, die auch in einer besonderen Anwaltschaft für Kinder und Jugendliche ihren Ausdruck findet.¹³⁴ Diese spezielle Konstellation des JHA ergibt sich aus § 71 Abs. 1 Nr. 1 und 2 SGB VIII. Demnach setzt sich der JHA zu zwei Fünftel aus stimmberechtigten Männern und Frauen aus den Reihen der anerkannten ortsansässigen Träger der freien Jugendhilfe sowie zu drei Fünftel aus Mitglieder*innen der örtlichen Vertretungskörperschaft (im vorliegenden Fall: Stadtrat) des Trägers der öffentlichen Jugendhilfe oder von ihr gewählte Frauen und Männer, die in der Jugendhilfe erfahren sind, zusammen. Letztgenannter Personenkreis wird von den Fraktionen nominiert. Es darf dabei angezweifelt werden, ob sich die sachkundigen Bürger*innen unabhängig von parteipolitischen Interessen bewegen.¹³⁵ Neben den stimmberechtigten Mitglieder*innen sind auch beratende Mitglieder*innen Teil des JHA. In Jena sind dies aktuell u.a. Vertreter*innen der Polizeidirektion, des Schulamtes, der AG Jugendarbeit, der Kirchengemeinde, der Agentur für Arbeit, des Amtsgerichts und des Stadtelternbeirats. Die derzeitige Zusammensetzung des Jenaer JHA kann vollständig unter der Web-Adresse https://sessionnet.jena.de/sessionnet/buergerinfo/kp0040.php?_kggrnr=9 (18.06.2016) eingesehen werden. An dieser Stelle können wir auch einen Zusammenhang zu den politischen Erklärungsansätzen Institutional Analysis and Development Framework (IAD) und dem akteurszentrierten Institutionalismus (AZI) konstatieren (siehe Kapitel 3.1.6 und 3.1.7). Zu den expliziten Aufgaben des JHA zählen nach § 71 Abs. 2 Nr. 1, 2 und 3 SGB VIII erstens die Erörterung aktueller Problemlagen junger Menschen und ihrer Familien, zweitens die Jugendhilfeplanung und drittens die Förderung der freien Jugendhilfe. Wie bereits in Kapitel 4.1.7 erwähnt, ist die Jugendförderplanung nach § 16 ThürKJHAG ein Teil der Jugendhilfeplanung nach § 80 SGB VIII und somit Aufgabe des JHA. Darüber hinaus hat der JHA ein Beschlussrecht in Angelegenheiten der Kinder- und Jugendhilfe. Dies ist jedoch begrenzt durch die von der Vertretungskörperschaft bereitgestellten Mittel. Es besteht ergo ein Vorrang der Vertretungskörperschaft, da sie im Verhältnis zum JHA das übergeordnete Organ darstellt.¹³⁶ Festhalten können wir, dass im JHA sehr unterschiedliche Akteursgruppen mit differierenden Interessen sitzen. Dennoch ist die Planung, Koordinierung und Steuerung der Jugendhilfe grundsätzliche Aufgabe des Ausschusses. Von daher kann und sollte er nicht nur den partei- und fachpolitischen Diskurs prägen,

¹³⁴ vgl. Schäfer in: Münder et al. 2013, FK-SGB VIII, § 70, Rn. 3.

¹³⁵ vgl. Beckmann 2014, S. 65.

¹³⁶ vgl. Schäfer in: Münder et al. 2013, FK-SGB VIII, § 71, Rn. 11.

sondern vielmehr relevante kommunale Entscheidungen wesentlich beeinflussen. Der JHA kann ausgehend von seinen Rechten (und seinen verantwortungsvollen Pflichten) als ein potentiell mächtiger Akteur bezeichnet werden.¹³⁷

Diese These spiegelt sich allerdings nicht in der JHA-Studie aus 2010 und der Vorstudie aus 2009 wider. Einige Aspekte der Studie sollen kurz dargestellt werden. Ein Ergebnis deckt auf, dass ein Großteil der JHA-Mitglieder (70%) nur per Informationsmaterialien, ergo unzureichend, über die Funktionen und Aufgaben des Ausschusses vorbereitet wird. Inwieweit sie ihren Auftrag als Ausschussmitglied dann erfüllen können ist fraglich. Eine weitere Schlussfolgerung der Studie zeigt, dass die Planungsverantwortung des JHA teilweise nicht erkannt und umgesetzt wird. Bedarfsanalysen werden deshalb entweder gar nicht oder ausschließlich durch die Verwaltung vorgenommen. Daraus ergibt sich eine starke Orientierung der Bedarfe an den Finanzen und nicht umgekehrt. Als drittes Ergebnis ist der unzureichende Einfluss des JHA in Finanzfragen zu erwähnen. Die JHA-Mitglieder*innen sehen kaum Chancen das Jugendamts-Budget spürbar zu erhöhen. Ein abschließendes Ergebnis bezieht sich auf die Wahrnehmung struktureller Schwierigkeiten. So werden Einengungen und Grenzen der Arbeit des JHA als Ergebnis lokaler Probleme, meist in Verbindung mit kommunalen Finanzen, gesehen. Strukturelle Schwächen der KJA werden hingegen nicht oder als unüberwindbar wahrgenommen.¹³⁸

Auch in Jena war und ist der JHA ein wichtiger politischer Akteur im Kontext der Jugendförderplanung. Inwiefern und ob die angeführten Ergebnisse der JHA-Studie auf die Situation in Jena konkret übertragbar sind, würde jedoch eine gesonderte Untersuchung erfordern und kann in diesem Rahmen nur marginal beleuchtet werden. Positiv zu erwähnen ist, dass die Bedarfe in der KJA in Jena durch unterschiedliche Methoden erhoben wurden (siehe Kapitel 8.6). Die politische Belastbarkeit dieser Bedarfsanalysen wird allerdings immer wieder angezweifelt. Einige im Rahmen dieser Untersuchung getätigten Interviewaussagen beziehen sich indes auch in negativer Weise auf den JHA. So konnten wir in Ansätzen feststellen, dass insbesondere die politische Anerkennung des JHA im Stadtrat bzw. bei einzelnen Entscheidungsträger*innen nicht oder kaum vorhanden ist:

„Also für mich ist der Jugendhilfeausschuss keine natürliche Autorität. Es gibt Autoritäten die akzeptiere ich, aber das muss aber dann intellektuell gut begründet sein. Und das sind mir zu subjektive Entscheidungssituationen.“¹³⁹

Dies wird vor allem durch eine starke Interessenverschiebung (auch durch Vertreter*innen politischer Parteien) hin zu den freien Trägern begründet. Systemisch gesprochen entsteht der Eindruck einer unverhältnismäßigen Selbstreferenz, also nur der Erhalt der eigenen Einrichtung/Maßnahme ist von Interesse. Wie perspektivisch die freien Träger weiterhin ihre Interessen vertreten können und gleichzeitig die politische Anerkennung des JHA steigt ist eine der großen Herausforderungen in Jena. Auffallend ist auch, dass die Vertreter*innen des JHA und der KJA sich stets mit der kommunalen Finanzsituation als Ursache für die Kürzungen rechtfertigen. Hier zeigt sich mit Blick auf die JHA-Studie, dass die Grenzen der eigenen Arbeit mehr oder weniger als festgeschrieben angesehen werden. Die im Kontext dieser Politikfeldanalyse abgeleiteten Empfehlungen richten ihren Fokus deshalb auf erste Ansätze einer strukturierten und langfristigen Lobbyarbeit mit dem Ziel des steigenden politischen Einflusses. Beckmann konstatiert als Folge der JHA-Studie, dass „die anspruchsvolle Aufgabe der Jugendhilfeplanung [...] nicht von einem ehrenamtlich agierenden Gremium, das zudem von konkurrierenden Trägerinteressen durchdrungen ist, professionell umgesetzt werden [kann]“¹⁴⁰ und verweist, dass es „zukünftig darum gehen muss, die vorhandenen Widersprüchlichkeiten in diesem Gremium aufzulösen“¹⁴¹. Dieses Fazit ist unter Berücksichtigung auf bspw. oben aufgeführte Interviewaussage durchaus auch auf den Jenaer JHA übertragbar.

¹³⁷ vgl. Beckmann 2014, S. 65.

¹³⁸ vgl. Schneider et al. 2011, S. 83f.

¹³⁹ Verw. A.

¹⁴⁰ Beckmann 2014, S. 71.

¹⁴¹ ebd., S. 72.

7 Verlauf und Analyse der Kürzungsdebatte

Wie in Kapitel 3.2 beschrieben, zeigt der Politik-Zyklus verschiedene Phasen der Politikgestaltung auf, welche jeweils Anknüpfungspunkte für mehr oder weniger gelingende Lobbyarbeit bieten. Im Folgenden soll dargestellt werden, wie die Kürzungsdebatte aus zeitlichen Gesichtspunkten gesehen abgelaufen ist, um sie anschließend mit dem Politik-Zyklus zu verknüpfen und die Lobbyarbeit im Kontext der Kürzungsdebatte der KJA zu beurteilen. Um diese Chronologie zu erarbeiten, wurden die unterschiedlichsten Dokumente gesichtet und verwertet: Vor allem die Protokolle der Stadtrats- und Jugendhilfeausschusssitzungen von November 2014 bis Juli 2015 sowie die dazugehörigen Beschlussvorlagen standen hierbei im Mittelpunkt des Interesses. Doch auch Zeitungsartikel waren Teil dieser Analyse und verschafften einen groben medienperspektivischen Überblick. Auf die Arbeit und Sitzungen des Unterausschusses Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden, da es keine veröffentlichten Sitzungsprotokolle oder –niederschriften gibt. Die Interviews wurden zur Erstellung der Chronologie ergänzend und abgleichend herangezogen.

7.1 Chronologie

Am **05.11.2014** wurde im Stadtrat von der **Verwaltungsspitze ein Kürzungsvorschlag** in der Kinder- und Jugendarbeit vorgestellt. Danach soll das Budget für den Kinder- und Jugendförderplan auf 2,5 Mio. € gedeckelt werden und Erhöhungen der Landesmittel nicht in die Kinder- und Jugendarbeit, sondern in den städtischen Haushalt fließen.¹⁴² Im Protokoll der **Jugendhilfeausschusssitzung des 20.11.2014** finden sich die ersten Hinweise auf die Erarbeitung der fiskalischen Untersetzung des Kinder- und Jugendförderplans 2016 in eben diesem Gremium: Aufgrund der Haushaltsplanung für 2015/16 werden für die nächsten Jahre Fehlbeträge erwartet¹⁴³, außerdem wird einstimmig beschlossen, eine Stellungnahme zur Haushaltsplanung 2015/16 an den Stadtrat zu geben, welche sich mit den Kürzungen auseinandersetzt.¹⁴⁴ Eine Woche später kommt der **Jugendhilfeausschuss am 26.11.2014** erneut zusammen, nachdem die drei Unterausschüsse getagt haben. Es wurde einstimmig ein eigener Kürzungsvorschlag zur Empfehlung an den Stadtrat beschlossen.¹⁴⁵ Am **16.12.2014** erscheint in Jenapolis ein **offener Brief der AG Jugendarbeit an die Jenaer Stadträte**. Diese werden aufgefordert sich dem Kürzungsvorschlag des Jugendhilfeausschusses anzuschließen.¹⁴⁶ In der **Stadtratssitzung am 17.12.2014** wird die Deckelung der Aufwendungen für den Jugendförderplan auf 2,65 Mio. € jährlich bis 2019 beschlossen. Außerdem können zweckgebundene Landesmittel zusätzlich in den Jugendförderplan fließen.¹⁴⁷ Damit wurde der Kürzungsvorschlag des Jugendhilfeausschusses übergangen. In der **Jugendhilfeausschusssitzung des 18.02.2015** fordert Herr König die AG Jugendarbeit aufgrund der einschneidenden Kürzungssumme des Jugendförderplans zum Handeln auf.¹⁴⁸ Ab dem 23.04.2015 macht die AG Jugendarbeit im gesamten Stadtgebiet mit Plakaten auf die Kürzungsthematik aufmerksam. Außerdem können Postkarten an das Stadtratsbüro geschickt werden, als Zeichen des persönlichen Protests.¹⁴⁹ An der **Jugendversammlung am 24.04.2015** beteiligen sich über 100 Schüler*innen im Alter zwischen zehn und 26 Jahren. Die dort erarbeiteten Thesen werden dem Jugendhilfeausschuss zur Bearbeitung des Jugendförderplans überreicht.¹⁵⁰ Am **18.05.2015** findet eine **Podiumsdiskussion**, organisiert von der AG Jugendarbeit, statt. Themen sind die Konsequenzen der Kürzungen und die zukünftige Jugendarbeit in Jena. Das Podium ist besetzt durch Lothar König (Bürger für Jena), Dr. Heidrun Jänchen (Piraten Jena), Tilo Schieck

¹⁴² vgl. AG Jugendarbeit Jena o.J.

¹⁴³ vgl. Baum. JHA Jena 2014a, S. 2f.

¹⁴⁴ vgl. JHA Jena 2014a, S. 4.

¹⁴⁵ vgl. JHA Jena 2014b, S.2.

¹⁴⁶ vgl. AG Jugendarbeit Jena 2014.

¹⁴⁷ vgl. Stadt Jena 2014a, S.1; Stadt Jena 2014b, S.4.

¹⁴⁸ vgl. König L. JHA Jena 2015d, S. 5.

¹⁴⁹ vgl. Knipping 2015.

¹⁵⁰ vgl. JHA Jena 2015a, S.8.

(Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Jörg Vogel (SPD), Katharina König (Die Linke) und einen Vertreter des Jugendparlamentes.¹⁵¹ Der **DJR** äußert in seinem **offenen Brief vom 20.05.2015** an die Vertreter und Vertreterinnen der Regierungskoalition der Stadt Jena Kritik an der Podiumsdiskussion: es gab keine fachlich und/oder inhaltlich fundierte Stellungnahme, zudem blieben viele Fragen unbeantwortet.¹⁵² **Tilo Schieck**, Vorsitzender des KV Bündnis 90/Die Grünen Jena und somit Mitangesprochener, veröffentlicht am **23.05.2015 eine offene Antwort** auf diesen Brief, in welchem er auf alle Kritikpunkte eingeht.¹⁵³ In der **Stadtratssitzung am 27.05.2015** wird eine Liste mit über 1.000 Unterschriften von Berufsschüler*innen aus Jena an die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses Katharina König im Stadtrat übergeben.¹⁵⁴ Außerdem wurde eine Mittelerhöhung um 213.000 € für den Jugendförderplan im Jahr 2016 beschlossen. Sollten allerdings die Mittel des Freistaates Thüringen steigen, so werden diese zur Deckung der Erhöhung herangezogen. Des Weiteren soll im September erneut über eine Mittelerhöhung entschieden werden.¹⁵⁵ Nach der ersten Lesung am **10.06.2015 wird am 01.07.2015 im Jugendhilfeausschuss** die finanzielle Untersetzung des Kinder- und Jugendförderplans 2016 mit 2.863.000 € beschlossen.¹⁵⁶ An dieser Stelle sollen kurz die größten Veränderungen zu 2015 aufgezeigt werden. Durch Umverteilungen und Sparmaßnahmen konnten Mehrbedarfe (Miet- und Betriebskosten, Abenteuerspielplatz, Gesamtschule UniverSaale Jena) gedeckt werden¹⁵⁷: Die Jugendinformation wurde geschlossen, die Schulsozialarbeit am Carl-Zeiss-Gymnasium von 1,0 VbE auf 0,8 VbE gekürzt und in der schulbezogenen Jugendarbeit wurden die Gelder von 109.000 € auf 77.300 € gekürzt.¹⁵⁸

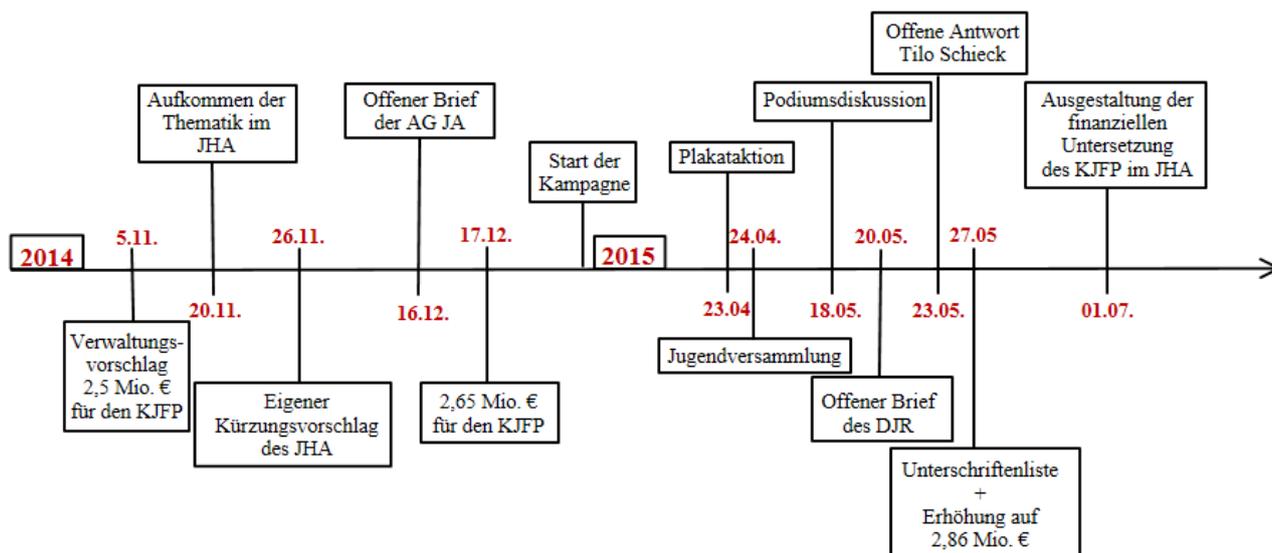


Abb. 7: Chronologie der Kürzungsdebatte

7.2 Einordnung in den Politik-Zyklus

Die relevantesten Begebenheiten der Kürzungsdebatte werden im Folgenden den verschiedenen Phasen des Politik-Zyklus zugeordnet, um so den Ablauf der Geschehnisse aus einer politikwissenschaftlichen Perspektive beurteilen zu können. Als Phase der *Politik(re)definition* können mehrere Ereignisse angesehen werden: Zum einen der Beschluss der Stadt Jena zur Entschuldung am 16.12.2009 (siehe Kapitel 5.1). Ab diesem frühen Zeitpunkt konnte man zumindest ahnen, dass in der Stadt gespart werden muss

¹⁵¹ vgl. AG Jugendarbeit Jena 2015c.

¹⁵² vgl. Vorstand des DJR Jena 2015.

¹⁵³ vgl. Schieck 2015.

¹⁵⁴ vgl. Stridde 2015.

¹⁵⁵ vgl. Stadt Jena 2015, S. 3.

¹⁵⁶ vgl. JHA Jena 2015c.

¹⁵⁷ vgl. JHA Jena 2015b, S. 1.

¹⁵⁸ vgl. JHA Jena 2015e.

und somit Aufstockungen im Kinder- und Jugendförderplan eher unwahrscheinlich sind. Konkreter wurde dies zum einen mit der Koalitionsvereinbarung von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Jahr 2014, in welcher festgehalten wurde, dass es keine Steigerung der kommunalen Zuschüsse für den Jugendförderplan geben wird (siehe Kapitel 6.1) sowie zum anderen durch den Verwaltungsvorschlag vom 05.11.2014. Spätestens die Sitzung am 20.11.2014 muss als Startschuss für die Kürzungsthematik im JHA angesehen werden. Mit der Verfassung eines eigenen Kürzungsvorschlages im JHA und dessen Thematisierung im offenen Brief an den Stadtrat hat die AG Jugendarbeit die Phase des *Agenda Settings* vermeintlich gewinnversprechend genutzt, doch zum einen unzureichend kommuniziert (siehe Kapitel 8.5) und zum anderen – und viel grundlegender - ist es, bei aller propagierten fiskalischen Notwendigkeit von oben, fachlich durchaus prekär als JHA einen eigenen Kürzungsvorschlag zu unterbreiten. Statt auf den vorhandenen Daten und der Rechtsposition zu beharren und den demzufolge eher ausstehenden Ausbau der Jenaer Kinder- und Jugendarbeit zu fordern, knickt der JHA vorausschauend ein und bestätigt damit nur noch die Kürzungsfähigkeit des Kinder- und Jugendförderplans.

In der Phase der *Politikformulierung* ist der Kürzungsvorschlag der Verwaltung vorerst erhalten geblieben und der Stadtrat beschloss dann in der Sitzung am 17.12.2014 eine Deckelung des Jugendförderplans auf 2,65 Mio. € und setzte sich somit über den Kürzungsvorschlag des JHA hinweg. In dieser Phase der *Politikumsetzung* bestand dann nur noch sehr wenig Spielraum für die KJA. Die im April/Mai 2015 stattfindende Plakatkampagne mit Podiumsdiskussion während der *Politikevaluierung* könnte mitverantwortlich gewesen sein für eine Korrektur der finanziellen Untersetzung des Jugendförderplans, allerdings fehlt an dieser Stelle eine wissenschaftlich fundierte Evaluation der Kampagne (siehe Kapitel 9.4).

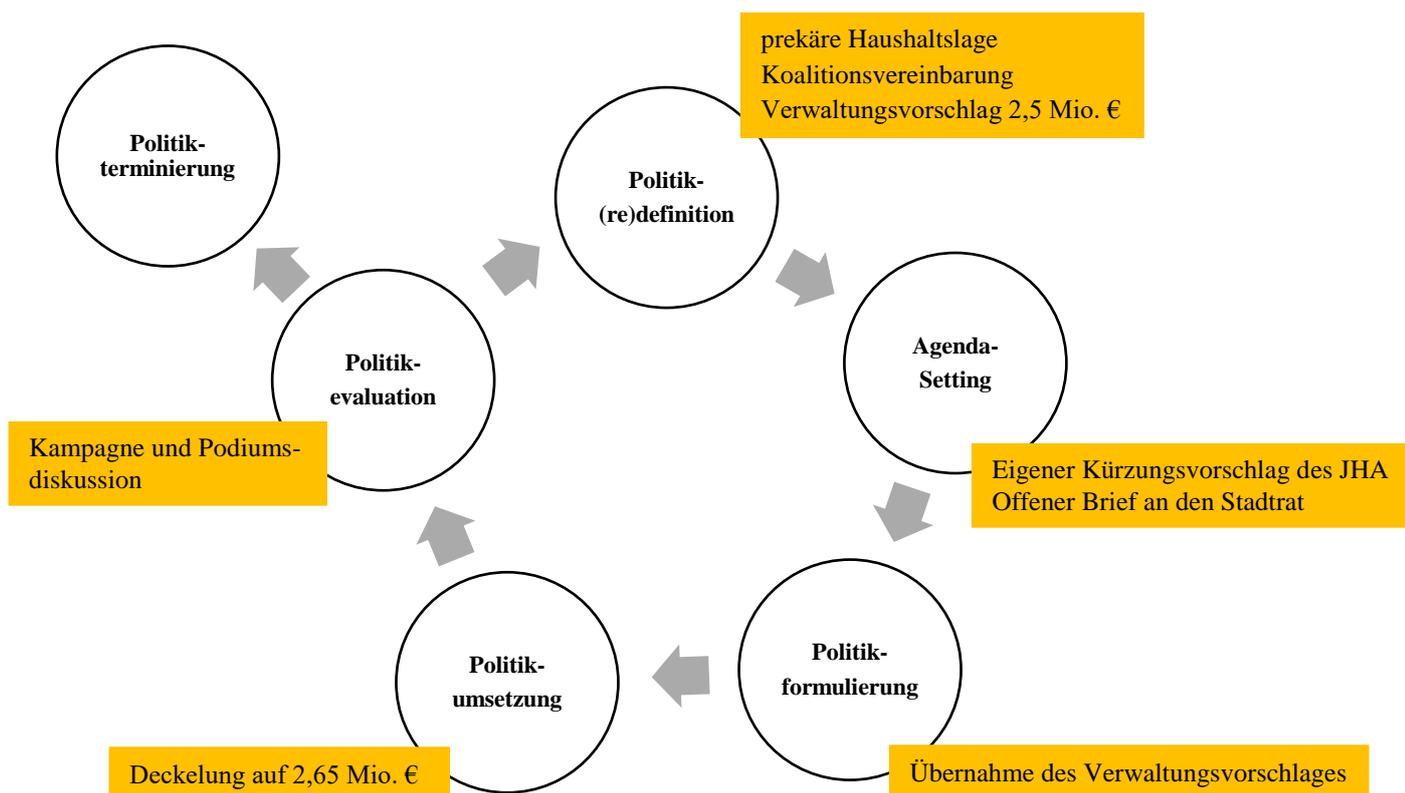


Abb. 8: Die Kürzungsdebatte im Politik-Zyklus

Insgesamt zeigt sich, dass einige Phasen des Politik-Zyklus von der Jenaer Kinder- und Jugendarbeit durchaus besetzt wurden, um die politische Debatte über die finanzielle Untersetzung des Kinder- und

Jugendförderplans 2016 zu beeinflussen.¹⁵⁹ Doch durch die vergebene Chance des eigenen Kürzungsvorschlages im Dezember 2014 mussten im Jahr 2015 noch einmal immense finanzielle, zeitliche und personelle Ressourcen der KJA für die Kampagne eingesetzt werden, welche in der alltäglichen Arbeit daraufhin fehlten und deren Effekte bisher nicht evaluiert wurden. Betrachtet man den Zeitpunkt ab dem die drohenden Kürzungen im JHA realisiert und gegen sie gearbeitet wurden, muss man festhalten, dass ein früheres Agieren seitens der KJA sicherlich erhöhte Erfolgchancen versprochen hätte. An dieser Stelle kann auch darauf verwiesen werden, dass gelingende Lobbyarbeit sich nicht an einem konkreten Ereignis ausrichten, sondern kontinuierlich stattfinden sollte (siehe Kapitel 9.10).

7.3 Fazit

Die Kürzungsdebatte kann anhand von diversen Dokumenten und ergänzend durch die Interviews chronologisch nachgezeichnet werden. Die konkreten Ereignisse wurden in einem weiterführenden Schritt mit dem Politik-Zyklus verknüpft. Dadurch erhält das theoretische Phasenmodell eine praktische Relevanz, da nun deutlich wird, dass die Maßnahmen zur Verhinderung der Kürzungen im Wesentlichen zu spät initiiert wurden. Die Kenntnis und Umsetzung dieser theoretischen Grundlegung (Politik-Zyklus) hätte die Lobbyaktivitäten der Jenaer Kinder- und Jugendarbeit zielgerichteter und terminierter gestalten können.

8 Die Kürzungsdebatte aus der Sicht der Interviewten

Bei der Auswertung der Interviews nach Mayring entstanden neun Kategorien, welche im Folgenden dargestellt werden. Näheres zur Vorgehensweise findet sich im Kapitel 2.3.3. Um der Anonymisierung der Interviewpartner*innen Rechnung zu tragen, werden keine Klarnamen verwendet. Stattdessen wird mit den Rollenbezeichnungen „Sozialarbeiter*in“ (SozArb.), „Politiker*in“ (Polit.) und „Verwaltungsmitglied“ (Verw.) in Verbindung mit Buchstaben gearbeitet. Die Interviewergebnisse zeigen einen internen Blick auf die Geschehnisse sowie eine Beurteilung dieser durch die Interviewten.

8.1 Kategorie I: Ursachen der Kürzungsdebatte

Alle Interviewpartner*innen geben an, dass die Kürzungsdebatte um das Budget des Jugendförderplans 2016 ihren Ursprung in der Vorgabe der Entschuldung des Jenaer Haushalts hat. Diese Annahme kann durch die Theorie der sozioökonomischen Determination, welche u.a. wirtschaftliche Rahmenbedingungen als Ursache für Regierungshandeln sieht (siehe Kapitel 3.1.1), oder auch die Theorieansätze des Politikerbes, welche vergangene Entscheidungen als Ausgangspunkt für aktuelle Politik benennt, unterstützt werden (siehe Kapitel 3.1.5). Das Entschuldungsvorhaben Jenas wurde und wird von allen Fraktionen getragen und hat eine umfassende Sparpolitik zur Folge. Dadurch kam es, berichten mehrere interviewte Politiker*innen, zu Kürzungen von freiwilligen Aufgaben in allen Politikfeldern der Stadt. Insbesondere unter den politischen Vertreter*innen in Jena besteht die Annahme, dass die Jugendförderplanung eine freiwillige bzw. eine Mischform aus freiwilliger und Pflichtaufgabe der Kommune ist. Somit steht die Jugendförderplanung in Konkurrenz zu anderen Trägern freiwilliger Leistungen um begrenzte finanzielle Mittel. Für Polit. B besteht aber auch innerhalb der Jugendförderplanung eine finanzielle Konkurrenz zwischen diversen, kaum miteinander vernetzten, Arbeitsbereichen der KJA.

Ein weiterer wesentlicher Faktor der zu der Kürzungsdebatte führte ist, dass vom Fachbereich Finanzen anfänglich, aus Sicht mehrerer Vertreter*innen der KJA und Politiker*innen, falsche und unangemessene Planzahlen vorgelegt wurden. Hinzu kam eine Umstellung in der Buchhaltung der Stadt Jena, die

¹⁵⁹ Die Jenaer Kinder- und Jugendarbeit hatte zum Zeitpunkt ihrer Lobbyaktivitäten in der Kürzungsdebatte keine Kenntnisse (bzw. hat sie nicht genutzt) über das theoretische Modell des Politik-Zyklus. Dass die Phasen des Politik-Zyklus teils dennoch besetzt und genutzt wurden war zufällig und nicht theoretisch fundiert.

es zusätzlich erschwerte den Vorschlag des Finanzdezernats vollends nachzuvollziehen. Dieser Aspekt wird in Kategorie II weiter vertieft. Darüber hinaus merkt SozArb. A an, dass die KJA eine vergleichsweise schlechte Lobby hat, weil nicht alle Kinder und Jugendlichen die Leistungen der KJA in Anspruch nehmen und jene, die sie nutzen, haben kaum politischen Einfluss, da nur ein geringer Teil von ihnen wahlberechtigt ist. Auch die Eltern treten kaum als Interessenvertretung oder Sprachrohr ihrer betroffenen Kinder auf, sodass die Auswirkungen von Kürzungen in der KJA auf die politischen Machtverhältnisse überschaubar bleiben. Abschließend ist noch anzuführen, dass die Argumentation gegen die Kürzungen bzw. für den Erhalt und Ausbau der KJA von den politischen Akteuren hauptsächlich als moralisch geprägt wahrgenommen wurde.

8.2 Kategorie II: Prozess der Debatte

Normalerweise wird bei der Erstellung des Jugendförderplans nach der Bedarfserhebung erst die inhaltliche und dann die finanzielle Untersetzung erarbeitet. In der Debatte um den Jugendförderplan 2016 war das Gegenteil der Fall, mit der Konsequenz, dass die finanzielle Auseinandersetzung einen großen Raum eingenommen hat. Dies bedingte sich durch die Tatsache, dass der Beschluss über den Doppelhaushalt 2015/16 mit der Beendigung des Jugendförderplans zusammenfiel. Der Doppelhaushalt musste laut Polit. A zudem innerhalb weniger Wochen beschlossen werden, da die Koalitionsverhandlungen bis weit in den Herbst 2014 andauerten. Dies führte teilweise zu pauschalen Entscheidungen.

Wie bereits unter Kategorie I angemerkt, war die Planzahl des Finanzdezernats um 500.000 € geringer im Vergleich zum letzten Jugendförderplan, weil, so berichtet Polit. D, bestimmte Landesfinanzmittel in der Kalkulierung keine Berücksichtigung fanden. Ausgehend von dieser Planzahl sah der Kürzungsvorschlag des Sozialdezernats für den Jugendförderplan 2016 eine Reduzierung des Budgets von 2,9 auf 2,6 Mio. € vor. SozArb. C schildert, dass dieser Vorschlag für die Akteure der KJA in seiner Dimension durchaus überraschend war und die dahingehende Planung der Kürzung ihnen erst spät aufgefallen sei. Auf Basis des Planungsvorschlags der Verwaltung konnte in der Debatte zwischen Politik und Trägern der KJA aufgrund der angespannten Haushaltssituation und der Umstellung in der Buchhaltung keine Einigung erzielt werden. Zwar wird von Polit. A argumentiert, dass der Jugendförderplan bisher politisch stets vorsichtig behandelt wurde, Kürzungen vergleichsweise gering ausfielen und Haushaltsaufstockungen auch immer Aufstockungen im Jugendförderplan bedeuteten, die zu einem hohen Standard in der Jenaer Jugendarbeit führten, aber der erste Kürzungsvorschlag hätte dennoch umfassende inhaltliche Einschnitte zur Folge gehabt. Das vorgeschlagene Budget hätte die Bedarfe nicht gedeckt, sodass diese Entscheidung nachträglich erstens durch den (kalkulierten) Anstieg der Landesfinanzmittel, zweitens die Umverteilung von 150.000 € vom Kulturbereich hin zum Jugendförderplan und drittens auf Kosten anderer sozialer Projekte korrigiert wurde. Für Polit. A waren die Hinweise der Fachpolitiker*innen und der Stadtverwaltung, nicht aber die Kampagne gegen die Kürzungen ausschlaggebend für diese Nachbesserung. Hierzu gibt es unter den Interviewpartner*innen durchaus kontroverse Auffassungen (siehe Kapitel 8.3). Das Budget des Jugendförderplans 2016 umfasst annähernd dieselbe Summe wie im Vorjahr, jedoch, sind sich mehrere Interviewpartner*innen einig, hätten steigende Personal-, Miet- und Betriebskosten sowie Mehrbedarfe einer Erweiterung der Finanzmittel des Jugendförderplans bedurft, sodass derselbe Betrag wie 2015 bei gleichem Leistungsspektrum eine Kürzung der Mittel darstellt.

Prinzipiell ist der Stadtrat für die finanzielle Untersetzung des Jugendförderplans zuständig. Polit. E moniert aber, dass es bei Stadtratssitzungen kaum zu inhaltlichen Debatten kommt und von daher der JHA ein wichtiges Gremium für die KJA darstellt. Dort wird sie durch Vertreter*innen der freien Träger, der AG Jugendarbeit und durch das Abstimmungsverhalten von mindestens zwei Politiker*innen (gemeint sind Lothar und Katharina König) gut vertreten. Die Jugendförderplanung wird im JHA vorberaten, berichtet Polit. A. Die Stadträte erhalten entsprechende Vorlagen wenige Wochen vor den Sitzungen. Fraktionsinterne Gespräche sind dann optional aber wahrscheinlich. Insbesondere die Fachpolitiker*innen sind dann in ihren Fraktionen in Bezug auf die KJA meinungsstiftend. So haben sie und der

Dezernent auch die möglichen Konsequenzen einer Kürzung in der KJA in ihre Fraktionen kommuniziert. Im Übrigen wurde auch ein Personalabbau in der Verwaltung im Zuge der Einsparungspotentiale diskutiert, aber letztlich nicht umgesetzt. Polit. B berichtet, dass alle Kürzungen im Haushalt den sozialen Bereich betreffen, allerdings auch die Gewerbesteuer erhöht wurde. Die Schließung eines Jugendzentrums sollte vermieden werden, da sich daraus ein Politikum hätte entwickeln können.

Infolge des ersten Kürzungsvorschlags der Verwaltung hat der JHA auch einen eigenen Kürzungsvorschlag einstimmig beschlossen, der allerdings im Stadtrat abgelehnt wurde. Auch das Abstimmungsverhalten von Vertreter*innen der KJA mit politischem Mandat (Doppelrolle) wurde dabei falsch eingeschätzt. Es herrscht unter mehreren Interviewpartner*innen Empörung darüber, dass der eigene Fachausschuss vom Stadtrat derart übergangen wurde. Verw. A bemängelt zudem, dass mögliche Alternativen weder im Stadtrat noch in der Verwaltung tatsächlich zu Ende gedacht wurden, die finanzielle Situation letztendlich aber entspannter war als zuvor angenommen. Verw. B ergänzt, dass der JHA zwischenzeitlich auch versuchte die Kürzungen auf die Bereiche KJA, Hilfen zur Erziehung und KiTa zu verteilen.

Die inhaltliche Bearbeitung des Jugendförderplans baut auf den verschiedenen kommunalen Studien auf und hat im Frühjahr/Sommer 2015 im Unterausschuss Jugendarbeit und der AG Jugendarbeit begonnen und wurde im JHA fortgesetzt.

8.3 Kategorie III: Maßnahmen gegen die Kürzungen



Abb. 9: Plakat -Ferien- der AG Jugendarbeit Jena¹⁶⁰

Als wesentliche Maßnahme gegen die Kürzungen in der KJA ist die Kampagne der AG Jugendarbeit zu nennen. Sie startete Ende 2014 und hatte einen aufklärenden Charakter, indem sie mögliche Folgen einer Kürzung öffentlich aufzeigte. Dadurch sollte auch Druck auf die Politik aufgebaut werden. Zudem sollten Eltern und Kinder ebenso wie Politiker*innen und die Öffentlichkeit, auch und vor allem über die Medien, für die Interessen der KJA sensibilisiert werden. Die gesamte AG Jugendarbeit war an der zeitintensiven wie auch kräftezehrenden Kampagne beteiligt und hat sich geschlossen gegen die Kürzungen ausgesprochen. Die Zusammenarbeit aller Träger trotz teilweise abweichender Interessen, persönlicher und situationeller Betroffenheit oder Doppelrollen hebt SozArb. A positiv hervor. Den Medien kam im Rahmen der Kampagne eine besondere Bedeutung zu. So berichtet SozArb. C., dass insbesondere die Nutzung selbstgesteuerter Medien einen positiven Einfluss auf die Debatte hatte. Presseartikel stehen hingegen in der Abhängigkeit von den jeweiligen Medienvertreter*innen und haben die Realität oft verzerrt dargestellt, sodass letztlich die Glaubwürdigkeit der KJA in der Öffentlichkeit litt. Es zeigen sich bei der Bewertung der Kampagne durch die Interviewpartner*innen drei unterschiedliche Schlussfolgerungen. Erstens, die Kampagne wird in Bezug auf ihren politischen Einfluss positiv bewertet und führte letztlich zur Reduzierung der Kürzungssumme. Zweitens, die Kampagne wird zwar grundsätzlich positiv bewertet, nicht aber deren Inhalt und Finanzierung. Drittens, die Kam-



Abb. 10: Plakat -Jugendzentrum- der AG Jugendarbeit Jena¹⁶¹

¹⁶⁰ AG Jugendarbeit Jena 2015a.

¹⁶¹ AG Jugendarbeit Jena 2015b.

pagne war überspitzt und realitätsfern und löste so eher eine Gegenreaktion bei den politischen Akteuren aus, die zur Frontenbildung beitrug. In diesem Zusammenhang werden auch medial präsentierten Übertreibungen kein politischer Einfluss zugeschrieben.

Im nichtöffentlichen Teil der Kampagne führten Vertreter*innen der AG Jugendarbeit zudem aufklärende und beratende Gespräche mit Entscheidungsträgern verschiedener Fraktionen. Darüber hinaus berichtet Polit. C, dass interne Beratungen durch Fachpolitiker*innen stattfanden und Studien als theoretische Fundierung der Interessen der KJA genutzt wurden.

Der Kürzungsvorschlag des JHA, der eine prozentuale Kürzung von 7% vorsah und sich damit an anderen Bereichen orientierte, ist ebenfalls als Maßnahme gegen den ersten Kürzungsvorschlag der Verwaltung aufzuzeigen. Er signalisierte zum einen ein Entgegenkommen gegenüber der Stadt und zum anderen das ein gut finanziertes Jugendförderplan möglich ist. Außerdem beinhaltete er die Einhaltung der Rahmenkonzeption der Stadt Jena mit 3,0 VbE pro Jugendeinrichtung.

Den Maßnahmen des Jugendparlaments schreibt Verw. A weder positive noch negative Aspekte zu.

8.4 Kategorie IV: Konsequenzen

Wie bereits unter Kategorie II festgestellt bedeutet das gleiche Budget wie im letzten Jugendförderplan aufgrund von Mehrkosten eine Kürzung der Finanzmittel. SozArb. B merkt an, dass mit den Kürzungen des Jugendförderplans 2016 ein Minimum der Finanzierung erreicht ist und auch das Personal auf keinen Fall mehr reduziert werden dürfe. Die Ausgestaltung der Kürzungen wurde unter allen Trägern gemeinsam beschlossen. Konkret bedeutet dies, dass die Jugendinformation gestrichen wurde, neue Projekte nicht in die Jugendförderplanung aufgenommen werden und es keine tarifgerechte, gleiche und grundsätzlich adäquate Bezahlung der Sozialarbeiter*innen gibt. Damit erhöht sich die Fluktuation der Mitarbeiter*innen in andere Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit, womit ein Verlust an Fachlichkeit einhergeht. Aktuelle Mehrbedarfe, auch durch junge Flüchtlinge, können durch den Jugendförderplan nicht gedeckt werden. Es besteht unter den Akteuren der KJA und einigen Politiker*innen die Befürchtung, dass die Differenz von Angebot und Nachfrage unentgeltlich geleistet wird.

Weitere negative Konsequenzen der Kürzungen sind die Reduzierung der schulbezogenen Jugendsozialarbeit und die Minderung auf 0,8 VbE in der Schulsozialarbeit an Gymnasien. Polit. C betont, dass die Schulsozialarbeit allerdings immer noch breit aufgestellt ist und hebt die tarifliche Angleichung in diesem Bereich positiv hervor.

Die Organisation der Kampagne bedeutet(e) einen weiteren unbezahlten Mehraufwand. Die zeitlichen Ressourcen fehlen folglich in der inhaltlichen Arbeit. Ferner berichtet SozArb. C, führt die Kürzungsdebatte zu Planungsunsicherheit. Die unterschiedlichen Vorschläge zur inhaltlichen Ausgestaltung des Jugendförderplans erhöhen zudem auch die Konkurrenz zwischen den Einrichtungen der KJA.

Als weitere negative Konsequenz sieht Polit. E einen Vertrauensverlust in den JHA und die Parteien sowie die problematische Annahme, dass es in der KJA nie zu einer Qualitätsentwicklung kommen wird, da man jährlich damit beschäftigt ist für mehr Geld zu kämpfen.

Polit. B konstatiert abschließend, dass die Nutzerzahlen der Einrichtungen der KJA zeigen, dass deren Angebote gut angenommen werden und die Kürzungen somit die Leistungsvielfalt der KJA in Jena mindern.

8.5 Kategorie V: Kritik

Die Soziale Arbeit im Allgemeinen und die KJA im Speziellen genießen derzeit keine allzu hohe öffentliche Anerkennung und haben demzufolge auch keine große Lobby. Die Lobby der KiTa ist hingegen deutlich stärker, was auch dazu geführt hat, dass die Kitagebühren nur um 7 statt 14% gestiegen sind und somit an einer anderen Stelle im Dezernat für Familie, Bildung und Soziales mehr gekürzt werden musste. In der KJA hat das betroffene Klientel, also die Kinder und Jugendlichen, kaum politischen Einfluss(-möglichkeiten).

Polit. E stellt fest, dass es in der KJA zu einem Paradigmenwechsel hin zur Verschulung kam, da Bildung hohes Ansehen genießt. Dies zeigt sich auch am hohen gesellschaftlichen Standing der Schule im Vergleich zum niedrigen Stellenwert der KJA. Die KJA sollte Kindern Freiraum zum Wachsen und Entwickeln geben, Schule macht genau das Gegenteil, indem sie die natürliche Neugierde von Kindern und Jugendlichen eindämmt. Die momentane KJA steht kurz davor, sich selbst abzuschaffen. Die geringe Auslastung der Jugendzentren sei ein Indiz dafür. Deshalb ist es auch nachvollziehbar, dass gekürzt wurde. Der daraus entstehende Druck hemmt evtl. die Sozialarbeiter*innen, führt aber auch zu Innovationen. Polit. E kritisiert auch, dass die Straßensozialarbeit vor einigen Jahren ohne Debatten aufgelöst wurde und nur aufgrund von Verzicht anderer Träger auf finanzielle Mittel zum Teil fortbesteht.

Weitere Kritikpunkte knüpfen an den Prozess der Debatte (Kategorie II) an. So moniert Polit. A, dass die KJA nicht versucht hat die Politiker*innen mit sachlichen Argumenten zu überzeugen. Zudem entscheide der JHA stets im Interesse der beteiligten Träger, da sie selbst von ihren Beschlüssen profitieren. Verw. A wirft dem JHA ebenfalls mangelnde Neutralität vor. Darunter leidet die Glaubwürdigkeit in politischen Prozessen. Polit. E setzt entgegen, dass fachfremde politische Vertreter*innen teilweise mit den Thematiken des JHA überfordert sind und insgesamt ihre Entscheidungen zu wenig durchdenken und dann auch zu ihnen stehen.

Unabhängig davon wurden die Diskussionen im JHA und die allgemeine Finanzdebatte für Polit. A nicht ausreichend kommuniziert. So ist auch der Finanzvorschlag des JHA im Stadtrat und den Fraktionen nicht beachtet worden. Grundsätzlich sei die Kommunikation zwischen der AG Jugendarbeit und der Politik nicht zielführend. Für SozArb. B war die Zusammenarbeit von Verwaltung und AG Jugendarbeit eher durch Konflikte als Kooperation und von einem asymmetrischen Machtverhältnis geprägt. In diesem Zusammenhang wird auch der Umgang mit den Qualitätsberichten kritisiert. Für Verw. A ist dies auch in unterschiedlichen Denkweisen in Verwaltung und der AG Jugendarbeit begründet. So würden positive Entscheidungen zu Gunsten der KJA, wie die Tatsache, dass die Stadt Jena für den Freistaat Thüringen in Vorleistung ging, häufig übersehen.

Der AG Jugendarbeit wirft Polit. A vor nicht umfänglich die Interessen der KJA in Jena zu vertreten, da nur die Fortschreibung bereits geförderter Strukturen umgesetzt wird. Grundsätzlich ist aber für Verw. B zu bedenken, dass Beratung durch Träger immer durch deren Interessen bestimmt und stets auf den eigenen Vorteil bedacht ist.

Polit. C merkt darüber hinaus an, dass es sich schwierig darstellt sich auf Wahlprogramme zu verlassen, da man durch Koalitionen immer Kompromisse eingehen müsse.

Nach Polit. B sollte die Stadt aber prinzipiell mehr kontinuierliche als einmalige Aktionen fördern und auf umfangreiche und kostenintensive Prestigeprojekte verzichten. Die Vertreter*innen der KJA merken dazu grundsätzlich an, dass in der KJA im Vergleich zu anderen Politikfeldern geringe Summen verhandelt werden. Polit. E. sieht in den Finanzdebatten jedoch ein grundlegendes Problem, denn momentan ist es so, dass auf vielen Wegen Gelder akquiriert werden können. Ist dies geglückt, dann wird nach den Adressaten für die nun finanzierten Projekte gesucht. Allerdings sollte genau das Gegenteil der Fall sein: zuerst muss Interesse geweckt und Adressaten gefunden, danach die Finanzierung aufgestellt werden. Dabei fügt er noch einen weiteren kritischen Zustand an, da zum Ende eines Jahres häufig noch unnötig Geld ausgegeben wird, das bis dahin nicht verwendet wurde aus Angst, im nächsten Jahr sonst geringere finanzielle Mittel zugesprochen zu bekommen. Beim Thema Finanzierung merkt Polit. A obendrein noch an, dass die Grenzen zwischen Kultur- und Jugendarbeit teilweise unscharf und so Auswirkungen auf die Finanzierung von Projekten möglich sind.

8.6 Kategorie VI: Daten und Bedarfe

Grundsätzlich sollten und sind die Bedarfe in der KJA die Basis der finanziellen und inhaltlichen Unter-
setzung des Jugendförderplans (sein). Die Bedarfe der Einrichtungen der KJA werden durch jährliche
Qualitätsgespräche und –berichte mit und durch die Verwaltung festgestellt und angepasst. Ergänzend
wurden die Bedarfe durch die Anmeldungen der Träger, Stadtteilkonferenzen, Rücksprachen mit Ver-

einen, Einrichtungen und Gruppen, der Kinder- und Jugendstudie, Selbstevaluationen, die Jugendkonferenz und die Einschätzung der Fachkräfte ermittelt. In Zusammenarbeit mehrerer Gremien wird im Ergebnis von der Verwaltung eine Planzahl vorgegeben, welche die Bedarfe widerspiegeln sollte.

Die KJA arbeitet und argumentiert verstärkt mit Nutzerdaten, deren Erhebung zum einen zeitintensiv und zum anderen die politische Belastbarkeit von eigens erhobenen quantitativen Daten gering ist. So berichtet Polit. B sei die Bereitschaft aus Nutzerzahlen Handlungsbedarfe abzuleiten bei politischen Akteuren gering. SozArb. C argumentiert deshalb, dass es zur Bedarfsfeststellung mehr qualitativer Daten in der KJA bedürfe. Dazu führt Polit. A fort, dass die Bedarfe in der KJA grundsätzlich zu wenig berücksichtigt werden und eine fachliche Fundierung wie eine kritische Auseinandersetzung mit den eigenen Interessen weder in der Argumentation der KJA noch der Politik vorhanden sind. Insbesondere die Kinder- und Jugendstudie könne dazu und zur Ableitung von Handlungsstrategien genutzt werden. Ebenso ist für ihn die bedarfsorientierte Zusammenarbeit der Träger wünschenswert. In puncto Bedarfsfeststellung sieht SozArb. B ein anderes Problem. Zwar werden u.a. die Jugendstudie und eine Jugendversammlung verwendet, allerdings werden diese, ebenso wie die ganze Bedarfserhebung, methodisch angezweifelt. Auch interne Evaluationen der Einrichtungen dienen eher der Qualitätssicherung als der Bedarfsfeststellung. Polit. D spricht sich von daher für alternative Dokumentationsformen aus. Verw. A spricht sich für die Bedarfserhebung aufgrund empirischer Daten wie die Wirkungsforschung aus. Verw. B hingegen schätzt tatsächliche Wirkungsforschung für zu teuer und schwierig ein. Grundsätzlich sei Politik aber an aussagekräftigen Daten und Forschungen interessiert, berichtet Polit. C, auch wenn sich in der KJA immer das Problem der Messbarkeit stellt.

Im Übrigen hat die Annahme, dass die KJA eine Mischform aus freiwilliger und Pflichtaufgabe der Kommune ist, ihren Ursprung in der Bedarfsorientierung. Polit. B berichtet zudem, dass es mindestens einen konkreten Anlass gab den Jugendförderplan inhaltlich wie finanziell auszubauen.

8.7 Kategorie VII: Zukunftsperspektive

Die Verhandlungen für den neuen Jugendförderplan (2017) werden für SozArb. B von der Evaluation der Jugendzentren und dem Landeshaushalt abhängig sein. Die KJA stellt sich auf harte Debatten ein, in der die Kampagne gegen die Kürzungen ausgeweitet werden soll. SozArb. C berichtet, dass allein die konsequente Umsetzung der Rahmenkonzeption der KJA und die Deckung von Mehrbedarfen eine finanzielle und personelle Aufstockung bedeuten würde. Sicher scheint, dass ein weiterer Nicht-Anstieg der Finanzmittel des Jugendförderplans weitere einschneidende Konsequenzen haben würde. Polit. A deutet an, dass perspektivisch Aufstockungen aufgrund von Mehrbedarfen aber wahrscheinlich seien.

Mögliche Mehrbedarfe durch junge Flüchtlinge werden unter den Interviewpartner*innen kontrovers betrachtet. Polit. E sieht in der Flüchtlingsthematik momentan eher einen Legitimationsgrund für neue Kürzungen und weniger eine Chance mehr Gelder für neue Aufgaben/Bedarfe zu bekommen. Zudem gibt er*sie zu bedenken, dass diese Herausforderung mit den momentanen personellen Ressourcen nicht gestemmt werden könne. Polit. C benennt die Notwendigkeit, dass sich die KJA aufgrund junger Flüchtlinge konzeptionell neu aufstellen muss. Auch dazu bedarf es einer angebrachten Bezahlung der Sozialarbeiter*innen, um Fachlichkeit zu garantieren. Perspektivisch werden in der Flüchtlingsthematik allerdings nicht nur in der KJA, sondern in allen sozialen Bereichen fiskalische Lösungen nötig sein. Für die Bearbeitung der Flüchtlingsthematik stehen laut Verw. B derzeit keine Gelder bereit. Verw. A hingegen hat dazu für Frühjahr 2016 bereits Korrekturen im Haushalt in Aussicht gestellt.

Polit. D verweist in Bezug auf die nächsten Verhandlungen zum Jugendförderplan, dass für das Jahr 2017 die Planzahl im Unterausschuss Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit mitbeschlossen werden soll. Ebenso möchte die KJA einen eigenen Finanzierungsvorschlag vor dem der Verwaltung präsentieren und grundsätzlich soll die (rechtliche) Position des JHA im Stadtrat gestärkt werden. Aufgrund von Kritik an der inhaltlichen Ausgestaltung der Kürzungen gibt es laut Verw. A die Überlegung die Schuljugendarbeit aus dem Jugendförderplan zu nehmen.

8.8 Kategorie VIII: Potentiale der Kinder- und Jugendarbeit

Häufig Erwähnung findet die Aussage, dass die KJA in Jena im Vergleich zu anderen Kommunen in Thüringen gut ausgebaut ist. Verw. A betont darüber hinaus, dass der Kinder- und Jugendförderplan in Jena finanziell sehr gut untersetzt ist. So gibt es eine flächendeckende Schulsozialarbeit und auch den Spielraum Gelder für neue Herausforderungen zu akquirieren.

Die KJA hat ein vielseitiges Netzwerk. Es dient dem Meinungs austausch und stellt einen Anknüpfungspunkt für Politiker*innen dar. Durch die Vertreter*innen der AG Jugendarbeit und freien Träger im Jugendhilfeausschuss und im Unterausschuss sowie die Vertretungen im Stadtrat kann die KJA politischen Einfluss nehmen. Die Verwebung der politischen Ebene mit den Trägern in Jena ist in diesem Zusammenhang hilfreich, auch dadurch, dass in allen Fraktionen Vertreter*innen der KJA sitzen, die dort als Multiplikatoren fungieren können. Zudem besteht für SozArb. C generell ein positives und belastbares Verhältnis zwischen Politik, Verwaltung und KJA. Inwieweit einzelne Gruppierungen und Einrichtungen von der politischen Ebene Beachtung finden und welcher Bewertung sie unterliegen wird laut Verw. B durch subjektive Einstellungen der politischen Akteure bestimmt. Gremiensitzungen bieten aber generell Anlaufpunkte, um Aufmerksamkeit zu generieren.

Die Lobbyarbeit der AG Jugendarbeit wird von einigen Interviewpartner*innen besonders positiv erwähnt. Polit. C konkretisiert, vor allem immer dann, wenn sie zukunfts- und lösungsorientiert und gemeinsam (nicht von einer Einrichtung allein) stattfindet.

Im Zuge der Kürzungen in der KJA sieht Polit. E durchaus eine Chance, denn durch den so entstehenden Spardruck wird wirtschaftlicher und nachhaltiger gearbeitet, außerdem entstehen Innovationen. Allerdings kann der Druck auch negativ auf die Sozialarbeiter*innen wirken und in Hilflosigkeit und mangelnder Flexibilität enden (ähnlich bereits in Kategorie V).

Verw. A schreibt der KJA positive Effekte zu und lobt dabei insbesondere die enge Verbindung von Schule und KJA. Aktuell sei diese aber konfliktreich. Da Bildung nicht nur an Schulen vermittelt wird, bedarf es einer heterogenen Professionalität. Bildungsprozesse sollten sich an elterlichen Vorstellungen orientieren und partizipativ und unterstützend gestaltet werden. Da KJA Integrationseffekte hat und dies in Jena von hoher Bedeutung ist, kann sie zu einem gelingenden Zusammenleben und sozialer Gerechtigkeit, in der keine Gruppen bevorteilt werden, in der Gesellschaft beitragen. SozArb. B ergänzt und kommt zu einer in Teilen anderen Einschätzung über die gesellschaftliche Funktion der KJA. Sie ist demnach dazu da, um Kindern und Jugendlichen einen geschützten Raum zu bieten, sich auszuprobieren. Hierbei sollte nicht zwischen geflüchteten Jugendlichen und Jugendlichen aus Deutschland unterschieden werden, denn sie alle sind Einzelpersonen mit ihren eigenen Ressourcen. Sie hat das Ziel der Mündigkeit aller ihrer Adressaten, weshalb die Sozialarbeiter*innen sowohl die jeweiligen gesetzlichen Grundlagen kennen, als auch ein Allgemeinwissen über Menschenrechte, Werte und politisches Alltagsgeschehen besitzen müssen. Wertevermittlung als Aufgabengebiet der KJA betrachtet SozArb. B als kritisch, da in der heutigen Gesellschaft ein zu heterogenes Wertesystem herrsche.

Die Kampagne gegen die Kürzungen wurde von einigen Interviewpartner*innen explizit gelobt. Polit. D erweitert dazu, dass insbesondere bereichsübergreifende Aktionen eine größere Wirkung erzielen. Online-Aktionen sind dabei sinnvoll und klar in Gesamtkampagnen einzubetten. Die Schulen sollten dabei prinzipiell als Bündnispartner erkannt und genutzt werden. Polit. D schreibt der KJA darüber hinaus langfristige Effekte zu, die Kosten sparen. Zudem vermittelt die KJA den Kindern und Jugendlichen partizipative und demokratische Kompetenzen.

8.9 Kategorie IX: Optimierungsvorschläge

Wie unter Kategorie II bereits angemerkt, sind sich mehrere Interviewpartner*innen einig, dass prinzipiell zuerst die inhaltliche und dann die fiskalische Auseinandersetzung des Jugendförderplans stattfinden sollte. In diesem Zusammenhang ist es für SozArb. C auch erstrebenswert, dass die Standards der Rahmenkonzeption der KJA in allen Einrichtungen und Projekten umgesetzt und regelmäßig überprüft

werden. Grundsätzlich ist ein Interessensausgleich zwischen KJA und Politik weit vor relevanten Entscheidungen zu initiieren. Politischen Akteuren könnte auf diesem Weg auch die gesellschaftliche Funktion professioneller KJA verdeutlicht werden. Elementar für die Vertreter*innen der KJA ist darüber hinaus, dass Politiker*innen dafür sensibilisiert werden, dass die Deckung der Bedarfe der KJA eine Pflichtaufgabe einer Kommune ist.

Für Polit. A ist es wünschenswert, dass die Debatten zwischen KJA und Politik in sachlicher Form und fachlich fundiert gestaltet werden. Als good practice Beispiel in Bezug auf die Diskussions- und inhaltliche Auseinandersetzungsform bringt er*sie den Kulturbereich der Stadt Jena an. Datengestützte Erkenntnisse, Informationen und Bedarfe der KJA sollten rechtzeitig, effektiv und effizient in einem nicht-öffentlichen Rahmen den politischen Entscheidungsträgern präsentiert werden. Darauf aufbauend könne die KJA auch gesellschaftliche Fragen aufgreifen und im politischen und öffentlichen Raum thematisieren. Polit. B ergänzt, dass die Interessen der KJA mit unabhängigen, verlässlichen und transparenten Daten zu fundieren sind. Die Daten sollten dabei aufbereitet und zusammengefasst werden, denn Politiker*innen nutzen zum Verständnis von Fachthemen und Daten so oder so Expert*innen oder andere Quellen. Es ist dabei wichtig, dass aus Datenmaterial nachvollziehbare Schlussfolgerungen getroffen werden. Neben Daten sollten Fachkenntnisse, die, falls möglich, finanzielle Aspekte berücksichtigen, politischen Akteuren bereitgestellt werden. Grundsätzlich stellt Polit. B aber fest, ist es schwierig die KJA zu quantifizieren, da sie langfristige Effekte hat. Polit. E und SozArb. A schlagen deshalb vor den Weg der Forschung und datengestützten Politikberatung über die Wissenschaft und die Professor*innen zu wählen. Dennoch hält Polit. E es für wichtig, dass die KJA das Verhalten Jugendlicher beobachtet und analysiert und die daraus gewonnen Erkenntnisse den Politiker*innen, die sich daran interessiert zeigen sollten, offeriert. Nichtsdestotrotz bedürfe es auch Widerstand der KJA und Aufklärung der politischen Vertreter*innen über die alltägliche Arbeit. Dazu fügt Polit. B an könne es hilfreich sein, dass die KJA ihre Themen zum Stadtgespräch (Skandal) macht und sie politisch langfristig und regelmäßig platziert. Hierbei betont er*sie das gezielte Timing als eine wichtige Komponente. Auch den Medien könne in diesem Prozess eine besondere Rolle zukommen, da sie die öffentliche Meinung prägen. Die Auswirkungen von politischen Entscheidungen sollte die KJA deshalb medial über mehrere Jahre kommunizieren. Interesse und Zielgruppe der Aktionen entscheiden über die Wahl des Mediums. Zudem sind die Medien auch außerhalb konkreter Anlässe zur Etablierung der eigenen Themen zu nutzen. Polit. A unterstreicht, dass Medien politische Akteure immer dann beeinflussen können, wenn sie Fakten darstellen und verbreiten.

Netzwerke sind für alle Interviewpartner*innen eine wichtige Einflussgröße bei politischen Entscheidungen. Sie sollten systemintern und –extern langfristig aufgebaut werden. Systeminterne Netzwerke haben den Vorteil Interessen zu bündeln und dienen so als Ansprechpartner für Politiker*innen. Es ist zu beachten, dass sie offen für neue Träger und Projekte sind. Darüber hinaus empfiehlt Polit. B Eltern als Netzwerkpartner zu erkennen und zu aktivieren, denn mit steigendem formuliertem Bürgerwillen, steigt auch der Druck auf die politischen Akteure.

SozArb. B hält eine bessere Zeitplanung für die Erstellung eines Jugendförderplans für förderlich. Erweitert wird dieser Gedanke durch Polit. D, indem eine längerfristige fiskalische Jugendförderplanung vorgeschlagen wird, da so mehr Raum für inhaltliche Auseinandersetzungen geschaffen werden könne. Dazu und zur Erhaltung der Strukturen der KJA in Jena bedarf es ihrer Ansicht nach einer flexiblen Gestaltung der Entschuldung des Haushalts.

Generell können Politiker*innen für Polit. B an den Wahlversprechen der vergangenen Legislaturperiode gemessen werden. Politische Einflussnahme kann deshalb auch durch neue politische Impulse bei Wahlen stattfinden. SozArb. B sieht hingegen eher einen Ansatz Einfluss zu nehmen in der Anstrengung der Sozialarbeiter*innen, welche die politische Arbeit, insofern diese als Aufgabengebiet der Sozialen Arbeit definiert wird, neben ihrer alltäglichen Arbeit in den Einrichtungen als Mischung aus Ehrenamt, beruflicher Ausführung und Unterausschussstelle verrichten müssen. Für sie*ihn kommt es dabei auf eine latente Sensibilisierung der Öffentlichkeit, Politik und Presse an, um ein positives Bild der KJA zu vermitteln und deren Auftrag darzustellen. Fraktionsgespräche und inoffizieller Austausch, auch und insbesondere mit Fachpolitiker*innen der einzelnen Fraktionen, stellen hier mögliche Kommunikationswege dar. Polit. C hält es ebenfalls für elementar mit Politiker*innen im Austausch zu stehen und ihnen

auch die Möglichkeit zu bieten sich ein Bild von der Arbeit vor Ort zu machen. Als mögliche Austauschplattformen werden Stadtteilkonferenzen, Podiumsdiskussionen und Workshops genannt. SozArb. A sieht neben den genannten noch weitere Möglichkeiten politischer Einflussnahme durch Kooperationspartner, Fachkreise und Fachtagungen. Für die Zukunft sei es zudem wichtig weitere Befürworter der KJA zu finden und das Thema nicht zu überreizen, um keine Abwehrhaltung zu produzieren. Die Lobby muss ausgebaut werden, allerdings gibt es hierzu noch keine Ansätze. Es besteht im Übrigen unter den Sozialarbeiter*innen grundsätzlich der Wunsch nach einem klaren Bekenntnis für oder gegen die KJA in Jena, ebenso wie nach einem Bekenntnis zu Jugendlichen als Teil der Gesellschaft, berichtet SozArb. A weiter. Außerdem ist es zu vermeiden, dass verschiedene Bereiche des sozialen Sektors gegeneinander ausgespielt werden. KJA sollte sich um ihre eigentliche Arbeit, ihre Adressaten kümmern, sie sollte sich nicht gegenüber der Politik rechtfertigen müssen.

Zu der unter Kategorie V formulierten Kritik von Polit. E zur Verschulung der KJA merkt SozArb. B an, dass es, um Soziale Arbeit und Schule wieder mehr zu trennen und die Verschulung der Jugendlichen rückgängig zu machen, einer Neukonzeptionierung der Straßensozialarbeit bedürfe, auch die Öffnungszeiten von Jugendzentren seien zu überdenken. Doch bestehende Strukturen zu durchbrechen sei allgemein schwierig. Hierzu ist ein offener, ehrlicher und fachlicher Austausch zwischen allen betroffenen Akteuren der KJA nötig, denn nur das Ansprechen und Klären von Problemen und Schief lagen kann auch zu Verbesserungen führen.

8.10 Exkurs: Stadtlogik

Im Forschungsverlauf ergab es sich, dass die unter Punkt 3.3 dargelegte Verschiebung hin zu interpretativen Ansätze in der Policy-Forschung auch für die Politikfeldanalyse in Jena relevant wurde. Da hier jedoch nicht der eigentliche Schwerpunkt der Arbeit liegt, kann die Eigenlogik Jenas im Folgenden nur knapp umrissen werden.

Betrachtet man Städte als ganzheitliche Sinnzusammenhänge¹⁶², so sind auch deren Lokalmentalitäten als grundlegende symbolische Wissensbestände mit in eine Politikfeldanalyse einzubeziehen. Der Forschungsgegenstand muss vor dem Hintergrund der Stadtlogik bearbeitet werden, da „der Sinnhorizont einer Stadt (...) den Möglichkeitsraum anschlussfähiger Themen (formt)“¹⁶³ und somit eine bestimmte Thematik nicht losgelöst davon betrachtet werden kann. Auch die Kürzungen in der lokalen KJA müssen deshalb im städtischen Kontext gesehen werden. Um die spezielle Stadtlogik allgemein, aber auch in Bezug auf die Jenaer KJA herauszuarbeiten, wurden sowohl die Interviews, als auch die Homepage und weitere Dokumente (siehe Kapitel 1) herangezogen. Nach außen präsentiert sich Jena durch ihren Internetauftritt als innovative und progressive Stadt, die großen Wert auf Wissenschaft und (schulische) Bildung legt; letzteres findet sich auch in einigen Interviews wieder:

„Wir haben in der Bildungspolitik eine wunderbare Qualität hier in Jena (...)“¹⁶⁴ oder
„Wenn es irgendwie anders ginge, würden wir eigentlich nie an Bildung kürzen.“¹⁶⁵

Allgemein wird durch die Interviewten folgendes Bild für Jena gezeichnet: Man ist politikfeldübergreifend stolz auf das Erreichte, insbesondere dann, wenn man sich mit anderen Städten Thüringens vergleicht. Alleinstellungsmerkmale und Prestigeprojekte werden daher überaus positiv betrachtet und entsprechend gefördert. Die KJA selbst scheint – ungeachtet ihres eigenständigen, fachlich-sozialpädagogischen Bildungsauftrages – hingegen keinen besonderen Stellenwert einzunehmen. Die aktuelle Finanzausstattung wird von politischer Seite weitestgehend als hoch eingestuft; geht es um zukünftige Investitionen, ist man deshalb auch der Meinung, dass der Status quo nun erstmal ausreichend sein muss:

¹⁶² vgl. Barbehön et al. 2015, S. 12.

¹⁶³ Barbehön 2013, S. 282.

¹⁶⁴ Polit. A.

¹⁶⁵ Polit. B.

„(...) die finanzielle Ausstattung im Jugendbereich (ist) im Vergleich zu anderen Kommunen des Freistaats (...) traditionell schon sehr hoch“ und „(...) das viele Gute (...) fällt völlig runter. Das ist wie bei den Kindern. Wenn du sie gut verwöhnst, aber (...) den letzten Schnuller wegnimmst dann gibt es den großen Ärger.“¹⁶⁶

Beleuchtet man zudem das lokalpolitische Gremium der Jenaer KJA, den JHA, so scheint dieser nicht die vom Gesetzgeber vorgesehene Anerkennung im politischen Gefüge der Stadt innezuhaben – andernfalls wäre er nicht derart mehrheitlich vom Stadtrat überstimmt worden¹⁶⁷. Diese Ergebnisse lassen sich nur so erklären, dass dieselben Ratsmitglieder (!) einmal im JHA *für* den alternativen Kürzungsvorschlag stimmten – und anschließend im Stadtrat *dagegen*.

9 Einmischende Politikgestaltung durch Politikberatung – Empfehlungen für die Jenaer Kinder- und Jugendarbeit

Aus den zusammengefassten und systematisierten Interviewaussagen lassen sich Thesen und Handlungsempfehlungen ableiten. Wir haben als Forschungsteam den Anspruch möglichst umfassend Ableitungen aus dem Datenmaterial zu generieren, verweisen aber darauf, dass bei der Analyse und Interpretation von Daten subjektive Einflüsse nicht zu vermeiden sind. Da alle Interviewpartner*innen unvermeidlich ihre eigenen Interessen und Meinungen verfolgen und vertreten, wurde zudem noch relevante Literatur herangezogen, um auf diesem Weg die Interviewaussagen abgleichen und eine fachliche Grundlage der Handlungsableitungen gewährleisten zu können. Einleitend finden sich zur Veranschaulichung zu jedem Punkt prägnante Aussagen der Interviewpartner*innen.

9.1 Interne und externe Netzwerke aufbauen und pflegen

„Und auch, was den politischen Aspekt [der Netzwerke] betrifft: dich eben so breit aufstellen, dass sie dich eben nicht gleich wie ein Ein-Bein-Stativ umwerfen können, indem sie das mal kurz ansägen.“¹⁶⁸

„Es hilft noch mehr, wenn man Freunde in anderen Zusammenhängen hat und dann andere Leute mit aktivieren kann. Wenn man nicht bloß das eigene Feld sieht, sondern auch versucht das nach außen mit einzuordnen und Verbündete zu suchen, die es mit Sicherheit auch gibt.“¹⁶⁹

Eine erste und von den Interviewpartner*innen mehrfach genannte Schlussfolgerung bezieht sich auf Netzwerke. Die Arbeit mit Netzwerken ist den Sozialarbeiter*innen von Berufs wegen in der Regel vertraut. In § 78 SGB VIII wird explizit darauf verwiesen, dass die Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Bildung von Arbeitsgemeinschaften anstreben sollen, in welchen neben ihnen die anerkannten Träger der freien Jugendhilfe sowie die Träger geförderter Maßnahmen vertreten sind. In den Arbeitsgemeinschaften soll darauf hingewirkt werden, dass die geplanten Maßnahmen aufeinander abgestimmt werden und sich gegenseitig ergänzen. In Jena stellt die AG Jugendarbeit eine eben solche Arbeitsgemeinschaft oder eben ein Netzwerk verschiedener Träger der KJA dar. Solche systeminternen Netzwerke können Interessen bündeln und gegenüber der Politik als Ansprechpartner fungieren. Neben den systeminternen Netzwerken sind auch externe Netzwerke als potentielle Unterstützerkoalitionen eine bedeutende Einflussgröße auf politische Entscheidungen. Es ist essentiell interne wie externe Netzwerke langfristig aufzubauen und zu pflegen, denn „als Voraussetzung für den Erfolg von Netzwerken gilt vor allem die Fähigkeit der am Netzwerk beteiligten Organisationen, mit anderen Organisationen in Austausch zu treten, bestehende Verbindungen zu nutzen und vor allem die Kapazität zur Aufnahme neuer

¹⁶⁶ Verw. A.

¹⁶⁷ Ja: 24; Nein: 14; Enthaltungen: 4.

¹⁶⁸ SozArb. B.

¹⁶⁹ Polit. B.

Informationen aufzubauen“¹⁷⁰ Dazu benötigt die KJA in Jena starke und schwache Beziehungen in Netzwerken. Starke Beziehungen sind geprägt von Vertrauen und können Solidarität und politische Unterstützung zur Folge haben. Schwache Beziehungen werden hingegen benötigt, um ein größtmögliches Netzwerk aufzubauen und bestmögliche und vielfältige Informationen zu erhalten.¹⁷¹ Im Weiteren lohnt auch ein Blick in die Rahmenkonzeption zur offenen Kinder- und Jugendarbeit in Jena. Unter dem Punkt *Aufgaben* wird die Gemeinwesenarbeit ausdrücklich erwähnt. Da heißt es „Die Fachkräfte bringen sich dabei [bei der Vernetzungsarbeit] in einer Gemeinde, in einem Stadtteil oder in einer Region in das bestehende Gefüge sozialer und sozialpolitischer Zuständigkeiten ein, um eine Beteiligung der Zielgruppe an für sie wichtigen Entscheidungen zu erreichen. Mit dem Aufbau, der Pflege und Koordination von Netzwerken werden regionale Ressourcen aktiviert und möglichst viele Menschen und Institutionen für die Anliegen der Jugendarbeit sensibilisiert.“¹⁷². Die konsequente und geplante Umsetzung dieses Anspruchs sollte weiterverfolgt werden, was auch durch den Ansatz des Advocacy Coalition Frameworks unterstrichen wird. Denn dieser geht davon aus, dass politische Entscheidungen in Netzwerken von spezialisierten Akteuren getroffen werden (siehe Kapitel 3.1.10).

9.2 Kompetenzen nutzen

Das Studium der Sozialen Arbeit vermittelt unter anderem auch Fähigkeiten zur positiven Beziehungsgestaltung, Konfliktbewältigung und Kommunikation. Dabei haben die Absolvent*innen Begriffe wie Empathie, Kongruenz und Akzeptanz vollends verinnerlicht und können sie in den praktischen Arbeitsfeldern anwenden. Diese gilt es auch im Kontext zielgerichteter Politikberatung auf mehreren Ebenen zu nutzen. So können sie beispielsweise zum Aufbau einer kommunalen Advocacy Coalition¹⁷³, im Kontakt mit Medienvertreter*innen, Politiker*innen und anderen relevanten Akteuren als Basis langfristiger und gelingender Politikberatung dienen. In Anbetracht der Tatsache, dass Sozialarbeiter*innen zu den bereits genannten Kompetenzen auch in sozialwissenschaftlicher Forschung geschult sind, kann sich die KJA im Kontext von Politikberatung an zwei Leitkategorien orientieren. Zum einen die *epistemische* und zum anderen die *politische Robustheit*. Die epistemische Robustheit meint dabei die Stabilität der empirischen Grundlagen und Ergebnisse, die von unterschiedlichen Akteuren und Expert*innen als valide eingeschätzt werden und möglichst keinen Interpretationsspielraum bieten und so gegen konkurrierende Belege immun sind.¹⁷⁴ Die politische Robustheit zeichnet sich hingegen dadurch aus, „dass die Expertise der Kinder- und Jugendarbeit sich im politischen Kontext vor einer größeren Gruppe als nur der (eigenen) fachlichen zu bewähren hat, für unterschiedliche (politische) Werthaltungen annehmbar und ohne gravierende Umdeutungen und Instrumentalisierungen anschlussfähig ist für den (kommunal- oder landes-)politischen Prozess“¹⁷⁵.

9.3 Medien zielgerichtet einsetzen

„Aber natürlich brauche ich die Presse. Ich brauche sie um auf mein Problem aufmerksam zu machen, denn sie wird natürlich im lokalen Bereich von einer breiten Bevölkerung wahrgenommen.“¹⁷⁶

„Also ich lasse mich dann beeindrucken, wenn ich in der Zeitung Fakten lese. Aber ich lass mich wenig beeindrucken, wenn ich in der Zeitung Meinungen lese.“¹⁷⁷

¹⁷⁰ Cohen und Levinthal 1990 in: Powell et al. 1996 zitiert nach Straßheim 2013, S. 128.

¹⁷¹ vgl. Granovetter 1973, S. 1364ff.

¹⁷² Fachdienst Jugend & Bildung, Team JA/JSA Jena 2013.

¹⁷³ vgl. Bandelow 2015, S. 311.

¹⁷⁴ vgl. Lindner 2010, S. 351f.

¹⁷⁵ ebd., S. 352.

¹⁷⁶ SozArb. A.

¹⁷⁷ Polit. A.

Die Medien sind ein wichtiges Instrument zur Verbreitung der Interessen der KJA. Darüber hinaus beeinflussen die Medien auch Politikpräferenzen, denn sie können Lernanstöße bei den politischen Akteuren in Gang setzen und zu einem Politikwandel führen (siehe Kapitel 3.1.12). Von daher ist es unerlässlich „ein adäquates Aufmerksamkeits-Management inklusive zielgenauer Themen-Platzierung zu betreiben“¹⁷⁸. Voraussetzung hierfür werden Ressourcen und Kompetenzen sein, die eine Medienresonanzanalyse ermöglichen, um möglichst früh zu erkennen wie sich eine bestimmte Berichterstattung entwickelt, denn die Problemwahrnehmung ist mit Blick auf den Politik-Zyklus die erste Phase politischer Prozesse.¹⁷⁹ Grundsätzlich sind selbstgesteuerte Medien, wie soziale Netzwerke oder eigene Homepages und Blogs, von fremdgesteuerten Medien, wie Presseartikel, lokales Fernsehen oder die meisten Seiten des Internets, zu unterscheiden. Die selbstgesteuerten Medien haben den Vorteil, dass über Inhalt, Form und Umfang frei entschieden werden kann. Allerdings haben sie für gewöhnlich auch einen kleineren oder weniger relevanten Wirkungskreis. Dennoch sollten selbstgesteuerte (neue) Medien als Chance angesehen werden, um Sympathisant*innen und Unterstützer*innen der KJA zu gewinnen oder zu halten. Insbesondere E-Petitionen werden in Zukunft von immer größer Bedeutung sein.¹⁸⁰ Grundlegend für selbstgesteuerte Medien sind aktuelle und aussagekräftige Inhalte, denn nicht nur potentielle Adressat*innen nutzen sie, sondern auch Politiker*innen, um sich ein Bild von bestimmten Einrichtungen oder Projekten zu machen. Die mediale Präsenz kann also durchaus als Spiegel von Professionalität wahrgenommen werden. Eine ebenso bedeutende Komponente kommt allerdings auch den fremdgesteuerten Medien zu. Sie haben informatives und je nach Medium auch überspitzendes Potential. Pressetermine sollten stets vorbereitet werden, um Aussagen mit Faktenwissen untersetzen zu können. Um Medien sinnvoll und zielgerichtet einzusetzen, ist auch die jeweilige Zielgruppe des Mediums zu beachten (siehe dazu auch Kapitel 9.4). Es ist zudem von Vorteil regelmäßig und nicht nur durch einmalige Aktionen in den lokalen Medien vertreten zu sein. Dabei kann es durchaus hilfreich sein, Kontakte zu Medienvertreter*innen aufzubauen und zu pflegen. Abschließend kann nochmals hervorgehoben werden, dass Medien „die notwendige öffentliche Aufmerksamkeit sichern [können]“¹⁸¹ und mit guter Pressearbeit, die den Journalist*innen Informationen liefert, kann das eigene Thema schnell und sicher forciert werden.

9.4 Kampagne kritisch bewerten

„Das [die Kampagne] muss man machen und so weiter. Noch so ein Lebenszeichen zu geben 'Hallo wir sind auch noch da'. Aber frag mich nicht zur praktischen Umsetzung. Hilflös.“¹⁸²

„Sicher [wurde die Kampagne] an einigen Stellen sehr emotional geführt und sicher an der ein oder anderen Stelle so emotional geführt, dass der ein oder andere Befürworter sich eher verschlossen statt geöffnet hat.“¹⁸³

„Ich glaube, dass die Kampagne sowie die Podiumsdiskussion auf jeden Fall ein Erfolg waren und ich würde das auch genauso wieder machen.“¹⁸⁴

Wie die Zitate zeigen, lässt sich über die Wirkung der Kampagne gegen die Kürzungen streiten. Fakt ist, die Kampagne nimmt finanzielle wie zeitliche Ressourcen in Anspruch, die an anderen Stellen folglich fehlen. Auch wenn die Kampagne eine Vielzahl unterschiedlicher Maßnahmen beinhaltete, so ist doch vor allem zu bedenken ob Aktionen wie die Demonstration vor dem Rathaus am 29.05.2015 mit einem in den Sitzungssaal getragenen Pappsarg¹⁸⁵ nicht vielmehr kontraproduktiv sind. Denn die Wahrscheinlichkeit, dass emotionalisierte Maßnahmen zielführend sind, ist im politischen Kontext zumindest

¹⁷⁸ Lindner 2012b, S. 254.

¹⁷⁹ vgl. ebd.

¹⁸⁰ vgl. Voss 2010, S. 32.

¹⁸¹ Prenzel 2007, S. 107.

¹⁸² Polit. E.

¹⁸³ Polit. C.

¹⁸⁴ SozArb. C.

¹⁸⁵ vgl. Döbert.

fraglich.¹⁸⁶ Viel eher ist die demonstrierende „Masse“ ein wesentlicher Faktor. Ob sich allerdings eine authentische und breite Öffentlichkeit findet, die für die Interessen der KJA einsteht, bleibt (skeptisch) abzuwarten. Ein möglicher Ansatz könnte hier im *Grassrootscampaigning* liegen, denn der Vorteil gegenüber anderen Lobbyaktivitäten besteht „in der Legitimität, die durch die Mobilisierung gewonnen wird“¹⁸⁷. Trotz aller (berechtigter) Skepsis sollte Kampagnenarbeit grundsätzlich nicht vernachlässigt werden, ganz im Gegenteil. Sie kann, wenn sie zielgruppenspezifisch den Mix verschiedener Dimensionen von Öffentlichkeitsarbeit wie Außenwerbung (Plakate, Banner etc.), mediale Präsenz (Tages-/Wochenzeitungen, (Fach-)Zeitschriften, Stadtmagazine, TV, Radio, Internet), Veranstaltungen sowie Informations- und Werbematerialien (Postkarten, Flyer, Broschüren) beachtet und nutzt, ein Baustein gelingender Lobbyarbeit sein.¹⁸⁸ Dazu ist jedoch bewusstzumachen, dass Öffentlichkeitsarbeit erstens ein langfristiger Prozess ist, zweitens rausgeschmissenes Geld bedeutet, wenn Idee und Wirklichkeit zu stark voneinander abweichen und drittens nicht nur nach außen, sondern auch nach innen wirkt und von daher stets der Abstimmung mehrerer Ebenen bedarf. Schlussfolgernd ist deshalb festzuhalten, dass Kampagnenarbeit eine (konzeptionelle) Strategie braucht.¹⁸⁹ Im Kontext der Kampagne ist noch anzumerken, dass der offene Brief der AG Jugendarbeit vom 16.12.2014¹⁹⁰ inhaltlich, aufgrund klarer und nachvollziehbarer Faktendarstellung, sehr positiv einzuschätzen ist, lediglich das Timing, einen Tag vor dem Haushaltsbeschluss des Stadtrats, erscheint doch eher zu knapp. Insgesamt sollte eine grundsätzlich gelungene Maßnahme wie diese zukünftig klarer und nachdrücklicher kommuniziert werden, damit sich ihre (mögliche) Wirkung nicht im Sande verläuft. Der eigene Kürzungsvorschlag des JHA nimmt eine ambivalente Rolle in der Kampagne ein. Er zeigt zwar durchaus das Bemühen der KJA einen Beitrag zur Entschuldung Jena zu liefern, ist aus fachlicher Sicht aber äußerst bedenklich (siehe Kapitel 7.2). Hier bewahrheitet sich der Spruch „Das Gegenteil von gut ist gut gemeint“.

9.5 Innovativ sein und bleiben

„Eine Konsequenz im Kinder- und Jugendförderplan ist ja auch, wie wir Konzepte vielleicht anders angehen müssen, wenn das Jugendzentrum z.B. auch ein Ort wird, an dem Sprachkurse stattfinden oder in den Eltern mitkommen zum Kochen. Das sind ja alles neue Überlegungen, für die Jugendarbeit, wie sie sich inhaltlich aufstellt.“¹⁹¹

„[...] so eine Kürzungsvariante oder so eine Streichvariante immer einen nötigen Druck ausübt, wie in der freien Wirtschaft auch, dass ich innovativ bleiben muss und Neues probieren und so weiter und nicht einfach was ich vor 20 Jahren auch schon gemacht habe.“¹⁹²

Innovationen sind die geplante und kontrollierte Veränderung eines Systems durch die Anwendung neuer Ideen. Deinet und Müller verweisen darauf, dass „der Innovationsbedarf in der Kinder- und Jugendarbeit extrem groß [ist], z.B. in Bezug auf die Entwicklung neuer Angebote in Bezug auf Medien, Kultur, Sport/Bewegung, Mobilität etc.“¹⁹³. Es ist von daher in der KJA, wie in anderen Bereichen auch, unverzichtbar kreativ und erfinderisch ergo innovativ zu sein und zu bleiben, denn so lassen sich auch effektive Argumente für Mehrförderungen generieren. Der Erhalt bestehender Strukturen rechtfertigt stets nur den Anstieg von Mitteln im Kontext der Inflationsrate. Politik hat zudem ein besonderes Interesse an Innovationen, da sie das Potential für positives Marketing und Alleinstellungsmerkmale der Kommune bieten.

¹⁸⁶ Polit. C.

¹⁸⁷ Voss 2010, S. 28.

¹⁸⁸ vgl. Rieksmeier 2007, S. 140f.

¹⁸⁹ vgl. Prenzel 2007, S. 81f.

¹⁹⁰ vgl. AG Jugendarbeit Jena 2014.

¹⁹¹ Polit. C.

¹⁹² Polit. E.

¹⁹³ Deinet/Müller 2013, S. 21.

9.6 Regelmäßiger Austausch mit politischen Akteuren

„Wir wissen doch alle, dass der nächste Jugendförderplan wieder ansteht und eigentlich müssten wir jetzt anfangen Leute zu sensibilisieren und auch mit Presseleuten Hintergrundgespräche führen, Leute aus politischen Parteien sensibilisieren und gucken, müsst ihr da dran?“¹⁹⁴

„Langer Atem und immer wieder versuchen dieses Thema zu besetzen und nicht nur fünf Minuten vor der Abstimmung den Druck aufbauen [...]“¹⁹⁵

Die Möglichkeiten, um auf Entscheidungsträger*innen Einfluss zu nehmen, sollten genutzt und auch initiiert werden. Die entsprechenden Plattformen sind je nach Inhalt variabel zu gestalten. So ist von nichtöffentlichen Interessensaususchen über Redebeiträge in politischen Gremien bis hin zu Veranstaltungseinladungen alles denkbar. Dabei ist jedoch unbedingt das Timing, die sogenannten *windows of opportunity*, zu beachten.¹⁹⁶ Dazu bedarf es vor allem auch aktueller Informationen über das lokalpolitische Geschehen. Im Kern wird es entscheidend sein, vor allem finanzpolitische Entwicklungen rechtzeitig erkennen zu können, um entscheidende Phasen der Einwirkungsmöglichkeiten nicht zu verpassen.

9.7 Mit Daten und Fachwissen argumentieren

„Naja, Politik hat immer an Zahlen, Fakten, Ergebnissen usw. Interesse und oftmals beruft sich Politik ja auch auf Statistiken, die Grundlagen für Entscheidungen bieten.“¹⁹⁷

„Fachliches Fundament, also das Einfordern und Nutzen von Instrumenten wie Kinder- und Jugendstudie, Sozialdaten, Wirkungsanalysen. Also sich damit auseinandersetzen und diese auch für die eigene Argumentation nutzen.“¹⁹⁸

Die Wirkung der KJA wird von Politiker*innen meist im Zusammenhang mit anstehenden Umverteilungen von Finanzmitteln hinterfragt. Evaluationen werden dabei sicherlich keine ausreichende Begründung gegen Einsparungen liefern, aber sie sind dennoch „unentbehrlich für die fachliche Selbstvergewisserung, für Vorhaben der Qualitätsentwicklung wie auch für die Legitimation nach außen“¹⁹⁹. Nach dem Ansatz der sozialen Konstruktion, Policy-Framing und Policy-Design hat Wissen, worunter auch Daten und Fachwissen gezählt werden können, Einfluss auf die Entscheidungen der politischen Akteure (siehe Kapitel 3.1.11). Mit Daten wird also Politik gemacht, ob man will oder nicht. Lindner ist sicher, dass „Daten, Kennzahlen und empirische Befunde dazu beitragen, das Rationalitätspotenzial der Jugendarbeit zu erhöhen“²⁰⁰. Wie die Interviews zeigen, ist das Interesse an Daten und Erkenntnissen aus der KJA unter den interviewten Politiker*innen in Jena durchaus vorhanden, wenn bestimmte Voraussetzungen geschaffen sind (siehe dazu Kapitel 8.9). Grundsätzlich steht die KJA vor der Herausforderung, „auf breiter Front Anschluss zu gewinnen an die Etablierung einer evidenzbasierten Praxis in der Sozialen Arbeit“²⁰¹. Die Zweifel an der Messbarkeit der KJA beleuchten dabei nur eine Seite der Medaille, denn irgendwo zwischen den Extremen der absoluten Verneinung der Evaluierbarkeit zum einen und der Annahme der präzisen Nachweisbarkeit von Wirkungseffekten zum anderen liegt die Wahrheit. Den Zwischenraum dieser beiden Pole gilt es, mit Blick und Ziel auf beweisgestützte Erkenntnisse, zu erforschen.²⁰² Dass die KJA mit produzierten Daten keine Interessen verfolge, wäre leichtgläubig. Dies entbindet sie allerdings nicht von dem Anspruch der Repräsentativität, Transparenz und Einhaltung von

¹⁹⁴ SozArb. B.

¹⁹⁵ Polit. B.

¹⁹⁶ vgl. Lindner 2016, S. 73.

¹⁹⁷ Polit. D.

¹⁹⁸ Polit. C.

¹⁹⁹ vgl. Lindner 2008, S. 10.

²⁰⁰ Lindner 2016, S. 67.

²⁰¹ vgl. Lindner 2008, S. 13.

²⁰² vgl. ebd., S. 13f.

Gütekriterien der sozialwissenschaftlichen Forschung.²⁰³ Ob sich in der KJA eher qualitative als quantitative Erhebungs- und Analyseformen eignen, lässt sich pauschal nicht sagen. Hierzu muss immer der jeweilige Forschungskontext beachtet werden, allerdings bieten quantitative Methoden aufgrund standardisierter Verfahren die grundsätzlichen Vorteile der besseren Vergleichbarkeit und der Feststellung von (langfristigen) Tendenzen.²⁰⁴ Es wird ergo entscheidend mit Daten aktive und reflexive Politikberatung zu gestalten und dabei stets politikwissenschaftlich informiert zu sein. Um nicht in einer Spirale der folgenlosen Datenproduktion zu verkommen, wird es darüber hinaus noch wesentlich sein die erzeugten Daten geplant und zielgerichtet in das politische Geschehen einzubringen.²⁰⁵

Bei der Erstellung des Kinder- und Jugendförderplans wird zur Bedarfserhebung unter anderem mit Sozialstrukturdaten und der Kinder- und Jugendstudie gearbeitet.²⁰⁶ Dies sollte auf jeden Fall beibehalten werden. Allerdings gilt es zu bedenken, inwieweit die Kinder- und Jugendstudie in ihrer momentanen Ausrichtung belassen oder weiterentwickelt wird. So kritisierten einige Interviewpartner*innen, dass die Studie nicht die tatsächliche Jugend Jenas repräsentiert (siehe Kapitel 8.6). Dieser Punkt wäre zu verbessern, um nachhaltiger argumentieren und die epistemische Robustheit stärken zu können. Die Kinder- und Jugendstudie kann von der KJA, abgesehen von den methodischen Mängeln, als Argumentationsgrundlage gegenüber der Politik und als Instrument zur eigenen Qualitäts- und Angebotsentwicklung genutzt werden. In ihr werden viele für die KJA interessante Aspekte erhoben und aufbereitet. So gibt sie Auskunft über die Lebenslagen, Freizeitgestaltung, Engagement und Partizipation, die familiäre Situation, berufliche Zukunft, das Politik- und Demokratieverständnis und unterschiedliche Problemlagen der Kinder und Jugendlichen in Jena.²⁰⁷ Auch die Frequentierung der Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie die Bewertung derer anhand von Qualitätsmerkmalen durch die Schüler*innen werden erfragt.²⁰⁸

Weitere bereits erhobene Daten, welche von der KJA genutzt werden können, stellen die Bevölkerungsstatistiken der Stadt Jena dar. Über die Website der Stadt (<http://statistik.jena.de/statistik/abruf/otdf.php>) lassen sich diverse statistische Messgrößen und Konstellationen abrufen: es kann beispielsweise zwischen verschiedenen Altersstrukturen, Geschlecht und Religion unterschieden werden. Dadurch wird ersichtlich, wie viele Kinder und Jugendliche in welchen Planungsräumen wohnen, was zur gezielten Angebotsplanung und dementsprechender Akquirierung finanzieller Mittel genutzt werden kann. Um besser auf zukünftige Entwicklungen vorbereitet zu sein, können auch die Bevölkerungsprognosen der Stadt hilfreich sein, welche online über die Internetseite http://www.jena.de/de/stadt_verwaltung/stadtverwaltung/dezernat2/fachbereich_finanzen/fachdienst_haushalt_controlling/team_statistik/einsichtnahme_statistische_daten/266261 als Downloads zur Verfügung stehen. Auch vom Thüringer Landesamt für Statistik gibt es hierzu unterschiedlichste Statistiken und Prognosen: <http://www.statistik.thueringen.de/datenbank/oertlich1.asp?auswahl=krs&nr=53> (alle 20.06.2016).

9.8 Kooperationen mit FSU und EAH anstreben

„Insofern habe ich es immer ganz gern, wenn es dann doch die Uni oder die Fachhochschule ist [die Studien durchführt], die sind dann weitgehend unabhängig, die werden nicht von der Stadt gezahlt, die können sich dann vielleicht eher mal aus dem Fenster lehnen.“²⁰⁹

²⁰³ vgl. Lindner 2016, S. 68.

²⁰⁴ vgl. Krause/Laux 2014, S. 72.

²⁰⁵ vgl. Lindner 2016, S. 74.

²⁰⁶ vgl. JHA Jena 2015a, S. 3.

²⁰⁷ vgl. ORBIT e.V. 2015, S. 3f.

²⁰⁸ vgl. ebd. S. 57ff.

²⁰⁹ Polit. B.

„Klar wird das übertragen, da geht es hier von Professoren und so weiter also Werner [Lindner] und andere die sind ja auch wieder Träger, die etwas weitergeben und wo Politiker vielleicht drauf hören und und und.“²¹⁰

Jena ist Standort zweier Hochschulen. Zum einen die Friedrich-Schiller-Universität mit aktuell 18.403 Studierenden²¹¹ und zum anderen die Ernst-Abbe-Hochschule mit derzeit 4.682 Studierenden²¹². Hinzu kommt noch eine Vielzahl an Professor*innen und wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen. Wir können in Jena also durchaus davon sprechen einen erheblichen Fundus an akademischen Wissen und Wissbegierde vorzufinden. Zugegebenermaßen werden sich nicht alle der zirka 23.000 Studierenden für die theoretische und empirische Grundlegung der KJA interessieren, aber das Potential vor allem durch (angehende) Sozialarbeiter*innen, Erziehungswissenschaftler*innen oder Politikwissenschaftler*innen ist vorhanden und sollte genutzt werden. So können beispielsweise Bachelor- oder Masterarbeiten, Praxis- oder Forschungs- und Entwicklungsprojekte als mögliche Kooperationsformen sinnvoll sein. Der Kontakt mit den Hochschulen und insbesondere den relevanten Professor*innen sollte erstens aufgebaut und zweitens langfristig etabliert werden. Als Ausgangspunkt einer Kooperation kann es nützlich sein, konkrete Probleme und Fragestellungen aus der Praxis zu formulieren und an die Hochschulen weiterzuleiten.

9.9 Kooperation mit Schulen ausbauen

„Und da ist es vom Jugendhilfeausschuss und der AG Jugendarbeit versäumt worden, den Schulen auch im Vorfeld klarzumachen, dass sie auch betroffen sind, dass es auch sie mit den Kürzungen treffen kann. Das wäre glaube ich schon ganz gut gewesen. Alleine, um einen weiteren möglichen Partner an der Seite zu haben, der für mehr mitkämpft.“²¹³

Es gibt verschiedene Gründe für die KJA mit Schulen, genauer gesagt mit der Schulsozialarbeit und der JAS, enger zu kooperieren. Erstens, um die Bildungsorte und Kompetenzen zu vernetzen. Denn über Schulen können Kinder und Jugendliche neu und anders erreicht werden. Im Kontext von Kompetenzvernetzung ist es zudem noch sinnvoll Angebote abzustimmen, denn thematisch ergänzende und durchdachte Bildungswelten vermeiden Frust durch Doppelthemen. Die Kooperation von Schule und KJA ist grundsätzlich in Formen von Einzelveranstaltungen, Projektarbeit, regelmäßige Gruppenangebote, Beteiligung am Unterricht, Hausaufgabenbetreuung, gegenseitige Raumnutzung, Praktika, Beratung, Arbeitskreise, Seminare und Oberstufencafés denkbar.²¹⁴ Der zweite Beweggrund für eine stärkere Kooperation liegt darin Wissen zu vernetzen und kooperativ zu erzeugen. Sowohl in den Einrichtungen der KJA als auch in der Schule kumuliert sich Wissen über Lebensstile, Lebenslagen, Lebensweisen und Lebensprobleme von Kindern und Jugendlichen. Dieses Wissen gilt es in einen systematischen Austausch zu bringen und damit zum einen fachlich fundierte Angebote zu entwickeln und zum anderen ggf. als Fachexpertise für eigene Interessen zu nutzen. Darüber hinaus können durch intensiviertere Kooperationen Möglichkeiten geschaffen werden, um Wissen zu generieren, da die personellen und dadurch in der Regel auch zeitlichen Ressourcen steigen. So könnte die Überschneidung in der Zielgruppe beispielsweise für gemeinsame Sozialraumanalysen genutzt werden. Als dritter und in unserem Fall relevantester Grund kann die Möglichkeit der gemeinsamen Lobbyarbeit angeführt werden. Um übereinstimmende Positionen und Interessen Nachdruck zu verleihen und umfassender begründen zu können, ist eine Kooperation aus KJA, Schulsozialarbeit und JAS unvermeidbar.²¹⁵ Auch hier ist ein

²¹⁰ Polit. E.

²¹¹ vgl. FSU Jena 2016.

²¹² vgl. EAH Jena 2016.

²¹³ Polit. D.

²¹⁴ vgl. Deinet et al. 2010, S. 36.

²¹⁵ vgl. Baier 2013, S. 403f.

Verweis auf die Rahmenkonzeption zur offenen Kinder- und Jugendarbeit in Jena sinnvoll, denn die Kooperation von Schule und offener Jugendarbeit wird auch hier klar empfohlen.²¹⁶

9.10 Lobbyarbeit/Politikberatung konzeptionieren

„Ich glaube eine Lobby für Kinder- und Jugendarbeit sollte allgemein besser beschaffen sein und die Sensibilisierung überhaupt, mit wem wir arbeiten.“²¹⁷

„Nämlich dass es eine sehr aktive AG Jugendarbeit gibt, die eine starke fachliche Arbeit aber auch eine starke Lobbyarbeit betreibt und wenn wir das hinbekommen, dass die zukunftsgerichtet und lösungsorientiert ist, dann ist das eine wunderbare Möglichkeit, um auch für Jugendarbeit eine Lobby darzustellen.“²¹⁸

Dem Machtressourcenansatz nach ist gesellschaftlichen Interessensgruppen je nach Mobilisierungs- und Organisationsgrad politischer Einfluss zuzuschreiben (siehe Kapitel 3.1.2). Die Konzeptionierung der Lobbyarbeit dient an dieser Stelle dem Ausbau eben dieses Organisationsgrades. Albert Scherr bezeichnete bereits 1998, aber immer noch gültig, Konzepte als Strukturorte professioneller Fachlichkeit²¹⁹ und für Klug sind sie Ausgangs- und Reflexionspunkt sozialarbeiterischer Praxis.²²⁰ Der DBSH statuiert unter dem Punkt Grundstandards der Sozialen Arbeit, dass „die Arbeit (...) grundsätzlich in einem Konzept beschrieben [ist]“²²¹. Im Sinne einer Politisierung der KJA ist es von daher unausweichlich die Aspekte Lobbyarbeit/Politikberatung als festen Bestandteil von Konzepten (sowohl der einzelnen Einrichtungen bzw. Träger, als auch der AG Jugendarbeit) aufzunehmen und zu entwickeln. Dazu bedarf es unter anderem grundlegendem Wissen über den Politik-Zyklus (siehe hierzu Kapitel 3.2). Auf dieser Grundlage wird dann schnell ersichtlich, dass „Lobbying/Politikberatung keine punktuelle und isolierte Aktivität ist, sondern mit je spezifischen Maßnahmen an möglichst vielen (idealtypisch allen) Stellen der politischen Entscheidungsfindung andockt.“²²². Eine konzeptualisierte Lobbyarbeit stellt zudem einen stärkeren Vetospieler (Interessenverband) dar, welcher nach den politisch-institutionalistischen Theorien neben den Wählerinteressen einen großen Einfluss auf regierende Parteien geltend machen kann (siehe Kapitel 3.1.4).

9.11 Konzepte zur Integration junger Flüchtlinge entwickeln

„Also diese Unterstützung...Harmonisierung...ja doch...untereinander oder auch in der ganzen Flüchtlingsthematik. Dass da positive, ich sag mal, Integrationsimpulse gesetzt werden, auch über die Sportjugendarbeit, die Sportvereine.“²²³

„Ich sehe das schon auch so, dass Jugendarbeit ein ganz wichtiger Faktor ist für Integration, Inklusion gerade auch mit Flüchtlingen gut läuft. Ich glaube, dass wir da einen ganz großen Anteil tragen können.“²²⁴

Die Stadt Jena muss sich aktuell, wie viele andere Kommunen auch, mit einer Vielzahl von ankommenden Flüchtlingen auseinandersetzen. Zum 15.10.2015 waren in Jena insgesamt 959 Flüchtlinge und Asylsuchende registriert. Besonders interessant dabei ist, dass 60% von ihnen unter 27 Jahren und 29%

²¹⁶ vgl. Fachdienst Jugend & Bildung, Team JA/JSA Jena 2013, S. 5.

²¹⁷ SozArb. C.

²¹⁸ Polit. C.

²¹⁹ vgl. Scherr 1998, S. 245.

²²⁰ vgl. Klug 2003, S. 14.

²²¹ Leinenbach et al. 2009, S. 33.

²²² Lindner 2014, S. 203.

²²³ Verw. A.

²²⁴ Polit. D.

sogar unter 18 Jahren sind.²²⁵ Die Frage der Integration von Flüchtlingen wird die Kommune aller Voraussicht nach also die nächsten Jahre beschäftigen. Für die KJA in Jena bietet sich durch den Zustrom potentieller Adressat*innen eine einmalige Chance. Die Interviews zeigen, dass alle Befragten die KJA als Integrationsfaktor ansehen und finanzielle Spielräume dafür, wahrscheinlich auch durch entsprechende Bundes- und Landesmittel, durchaus vorhanden sind. Dennoch wird sich die KJA nicht darauf verlassen können darauf zu warten, dass die Prophezeiung von mehr Klientel und Geld einfach so in Erfüllung geht. Auch das Lamentieren über mehr und möglicherweise schwierige Arbeit ist nicht zielführend. Vielmehr braucht es konkrete Ideen und Konzepte zur Integration junger Flüchtlinge. Diese können als eine unter mehreren Argumentationsgrundlagen gegenüber Entscheidungsträger*innen förderlich sein. Dieser Punkt findet im Multiple-Streams-Ansatz Unterstützung, denn der Zuzug von Flüchtlingen stellt einen gesellschaftlichen Wandel dar, aufgrund dessen sich die Chance auf eine Änderung der öffentlichen Politik ergibt (siehe Kapitel 3.1.8).

9.12 Entscheider*innen kennen und einschätzen

Die Überraschung darüber, dass der Kürzungsvorschlag des JHA im Stadtrat nicht übernommen wurde und auch das Abstimmungsverhalten einzelner Politiker*innen zeigt, wie wichtig es ist die Entscheider*innen zu kennen und einzuschätzen. Vornehmlich auch, weil der Ansatz eigendynamischer politischer Prozesse von nicht vorhersehbaren Eigendynamiken ausgeht, ist es von hoher Bedeutung das Maß der Planbarkeit zu maximieren (siehe Kapitel 3.1.9). Um „den Handlungs- und Einflussspielraum von politischen Akteuren“²²⁶ sowie „(un-)wahrscheinliche Aktionen und Reaktionen Dritter abzuschätzen“²²⁷, bedarf es Akteursanalysen. Die Stakeholder-Kartierung ist ein möglicher Ansatzpunkt, um die relevanten Personen in politischen Prozessen in einen Überblick zu bringen.

Beispiel: Politische Vertreter*innen in Jena zu ausgewählten Themen der Kürzungsdebatte anhand von Interviewaussagen:

	Kürzungen	Kampagne	mehr Daten	Thema XY
Polit. A	+	-	+	
Polit. B	-	+	+	
Polit. C	+	-	+	
Polit. D	-	+	+	
Polit. E	0	0	+	

Tab. 3: Einfache Stakeholder-Kartierung – interviewte Politiker*innen zu Themen der Kürzungsdebatte

Eine differenzierte Form der Stakeholder-Kartierung beachtet zudem noch die Dimensionen Einfluss/Macht und Interesse am Thema. Exemplarisch dafür haben wir die im Jenaer Stadtrat vertreten Parteien kartiert. Die Dimensionen Einfluss/Macht wurde nach der Sitzverteilung im Stadtrat sowie der Besetzung entscheidender Stellen (Dezernat, JHA) betrachtet, die Dimension Interesse am Thema an-

²²⁵ vgl. Stadt Jena - Dezernat für Familie, Bildung und Soziales 2015, S. 3,5.

²²⁶ Benz/Rieger 2015, S. 134.

²²⁷ ebd.

hand einer Auswertung der letzten Kommunalwahlprogramme aus 2014 (siehe Kapitel 6.2) auf die quantitative und qualitative Nennung jugendrelevanter Themen. Eine differenzierte Stakeholder-Kartierung ist natürlich auch mit Einzelpersonen möglich.

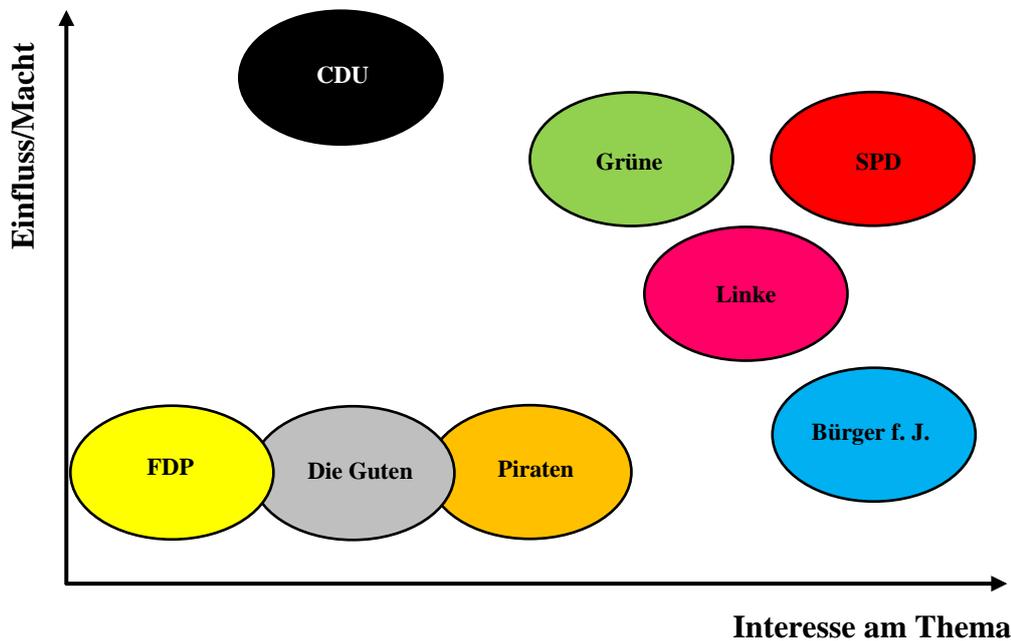


Abb. 11: Differenzierte Stakeholder-Kartierung – Parteien in Jena

9.13 Rechtslage/Klageweg prüfen

„Das ist immer so, dass man die freiwilligen Aufgaben anschauen muss, und ein Teil war dieses Mal eben auch der Jugendförderplan.“²²⁸

„Der Kinder- und Jugendförderplan fällt dem öfters zum Opfer, weil man davon ausgeht, dass die Kinder- und Jugendarbeit eine freiwillige Leistung ist. Und wo spart man nicht lieber, als in der vermeintlichen freiwilligen Leistung, die es natürlich nicht ist.“²²⁹

Die KJA befindet sich in einer ubiquitären Diskussion, deren Ende trotz vermeintlicher inhaltlicher Klarheit nicht in Sicht scheint. Die Rede ist von der Frage, ob die KJA eine kommunale Pflichtaufgabe oder eine freiwillige Leistung darstellt. Dieser Aspekt wurde in seinen Grundzügen bereits in Kapitel 5.4 angesprochen. Die einschlägigen Gesetzeskommentare sind sich einig, dass eine eindeutige objektive Leistungsverpflichtung des örtlichen Trägers besteht die KJA in bedarfsgerechtem Umfang zur Verfügung zu stellen bzw. durch freie Träger stellen zu lassen (Subsidiaritätsprinzip).²³⁰ Damit lässt sich zwar die Frage nach dem *ob* der Aufgabenerfüllung zweifellos beantworten, aber nicht unbedingt jene nach dem *wie*. Denn der bedarfsgerechte Umfang der Förderung lässt auf den ersten Blick Einschätzungs- und Entscheidungsspielräume zu. Allerdings werden diese zum einen „durch die Ergebnisse der Bedarfsfeststellungen nach § 79 [SGB VIII] und im Rahmen der Jugendhilfeplanung, an die der öffentliche

²²⁸ Polit. A.

²²⁹ SozArb. C.

²³⁰ vgl. u.a. Kunkel 2014, LPK-SGB VIII, § 11, Rn. 2; Schäfer in: Münder et al. 2013, FK-SGB VIII, § 11, Rn. 12; Fischer in: Schellhorn 2012, SGB VIII, § 11, Rn. 12.; Mrozynski 2009, SGB VIII, § 11, Rn. 2; Struck in: Wiesner 2011, SGB VIII, § 11, Rn. 4.

Träger im Wege der Selbstverpflichtung gebunden ist und der deshalb ggf. die erforderlichen Haushaltsmittel bereitstellen muss²³¹ eingeschränkt. Zum anderen werden Ermessensspielräume durch die Mussbestimmung des § 79 Abs. 2 Satz 2 SGB VIII determiniert. Die insgesamt bereitgestellten Mittel für die Kinder- und Jugendhilfe sind demnach vom öffentlichen Träger in dem Umfang zu leisten, dass Jugendarbeit nach den Qualitätskriterien des § 79 Abs. 2 SGB VIII gewährleistet werden kann²³² (es gibt dafür keinen gesetzlich festgelegten Prozentsatz, Ausnahme bildet das AG KJHG Berlin mit 10% und eine Empfehlung des 11. Kinder- und Jugendberichts mit 15% des Gesamtetats der KJH²³³). In der tangierenden Normierung des § 74 Abs. 3 Satz 1 SGB VIII ist die Ermessensentscheidung allerdings im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel zu fällen. Folglich wäre keine oder eine unzureichende Förderung bei nicht vorhandenen Haushaltsmitteln im Grunde möglich. Dies steht jedoch im Widerspruch zur Fundamentalnorm der bedarfsgerechten Aufgabenerfüllung des § 79 SGB VIII. Kunkel kommt deshalb zu der Einschätzung, dass § 74 Abs. 3 Satz 1 SGB VIII i.V.m. § 79 SGB VIII als ein normatives Gerundiv auszulegen ist und Haushaltsmittel in dem Umfang zur Verfügung gestellt werden müssen, der zur Erfüllung aller Aufgaben benötigt wird.²³⁴ Die relevanten Gerichtsurteile zeigen in diesem Zusammenhang ein ambivalentes Bild. So vertreten das VG Berlin²³⁵ und das OVG Schleswig-Holstein²³⁶ sowie in ähnlicher Weise das OVG Berlin²³⁷ die Ansicht, dass bei Erschöpfung der Haushaltsmittel kein Anspruch auf Förderung bestehe, ungeachtet der Tatsache, ob objektiv-rechtlichen Fördergeboten (s.o.) nachgekommen wird. Das BVerwG kommt hingegen zu der Einschätzung, dass das Haushaltsrecht keine anspruchsvernichtende Wirkung hat und der Förderanspruch durch fehlende Haushaltsmittel unberührt bleibt.²³⁸ Insofern der öffentliche Träger seiner Gesamtverantwortung nach § 79 Abs. 1 und seiner Gewährleistungspflicht nach § 79 Abs. 2 SGB VIII aufgrund mangelnder Haushaltsmittel nicht gerecht werden kann, verstößt die Haushaltssatzung gegen das höherrangige Recht des § 79 SGB VIII. Dabei liegt im Übrigen kein rechtswidriger Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung nach Art. 28 GG vor, da es in Bezug auf §§ 74, 79 SGB VIII eben nicht in der freien Entscheidung der Vertretungskörperschaft liegt, in welchem Umfang Haushaltsmittel der Jugendhilfe insgesamt zur Verfügung gestellt werden.²³⁹

Unter Berücksichtigung aller rechtlichen Normen „handelt [es] sich [bei der KJA] also keinesfalls um eine nur „bedingte Pflichtaufgabe“ oder gar um eine „freiwillige Aufgabe“, wie manche Landräte immer noch ihren Jugendhilfeausschüssen Glauben machen wollen“²⁴⁰. Es ist im konkreten Fall in Jena somit durchaus denkbar die kommunale Pflichterfüllung einzufordern. Dazu können zum einen als formloser Rechtsbehelf die Rechtsaufsichtsbeschwerde in Erwägung gezogen werden. In diesem Fall muss der Beschwerdeführer nicht in seinen eigenen Rechten verletzt sein. Zum anderen können als förmliche Rechtsbehelfe der Verpflichtungswiderspruch und die Verpflichtungsklage angestrebt werden. Beim Verpflichtungswiderspruch muss zunächst die Widerspruchsbefugnis des Adressaten nach § 42 Abs. 2 VwGO geklärt werden, ehe der verletzte Rechtsbereich des Adressaten definiert wird. Bei fehlender oder unzureichender Förderung eines freien Trägers kann er entweder aus § 74 Abs. 1 SGB VIII auf *Förderung dem Grunde nach* oder aus § 74 Abs. 3 SGB VIII auf *Ausübung fehlerfreien Ermessens* betroffen sein. Eine Rechtsverletzung des § 79 SGB VIII kann hingegen nicht unmittelbar geltend gemacht werden, ist aber im Zusammenhang mit § 74 SGB VIII zu prüfen. Im Übrigen ist der Widerspruchsbescheid innerhalb eines Monats nach Zugang des Bescheids beim Jugendamt einzulegen. Als weiterer Schritt kann nach Durchführung des Widerspruchsverfahrens eine Verpflichtungsklage beim Verwaltungsgericht forciert werden. Die Klagebefugnis ist entsprechend der Widerspruchsbefugnis. Grundsätzlich kann ein Mitglied des JHA nicht gegen einen rechtswidrigen Förderbescheid klagen, da

²³¹ Wabnitz 2003, S. 40.

²³² vgl. Tammen in: Münder et al. 2013, FK-SGB VIII, § 79, Rn. 16.

²³³ siehe dazu § 45 Abs. 2 Satz 4 KJHG Berlin; BMFSFJ 2002, S. 203.

²³⁴ vgl. Kunkel 2014, LPK-SGB VIII, § 79, Rn. 16.

²³⁵ vgl. VG Berlin, Urteil vom 14.06.1999.

²³⁶ vgl. OVG Schleswig-Holstein, Beschluss vom 23.01.2001.

²³⁷ vgl. OVG Berlin, Beschluss vom 13.10.1998 und vom 14.10.1998.

²³⁸ vgl. BVerwG, Urteil vom 17.07.2009.

²³⁹ vgl. BVerfG, Urteil vom 18.07.1967 und weitere Ausführungen zu § 8 Abs. 3 JWG.

²⁴⁰ Kunkel 2014, LPK-SGB VIII, § 11, Rn. 2.

jenes Mitglied durch den Bescheid nicht in eigenen Rechten verletzt wurde. Wird es jedoch in seinen Rechten als Mitglied des JHA verletzt, so kann durch die Feststellungsklage nach § 43 VwGO ein Kommunalverfassungsstreit geführt werden. Dies umfasst auch und vor allem die Beschneidung des JHA durch die Vertretungskörperschaft in seinen Rechten, insbesondere den Anhörungs- und Beschlussrechten. Eine Klage im Sinne des § 43 VwGO bedarf einer konkreten rechtlichen Beziehung zwischen einer Person und dem Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Die Feststellungsklage klärt jedoch nicht die Frage, ob der Träger der öffentlichen Jugendhilfe der Gewährleistungspflicht nach § 79 Abs. 2 SGB VIII nachgekommen ist. Dies wird ebenso wie die Rechtswidrigkeit einer Haushaltssatzung im Kontext einer Verpflichtungsklage überprüft.²⁴¹

9.14 Zusammenfassung

Durch die Interviews mit Politiker*innen, Verwaltungsmitgliedern und Sozialarbeiter*innen sowie dem Studium und der Analyse von Literatur/Theorien, Zeitungsartikeln, (Bürger-)Haushalt, Protokollen, Beschlüssen und diversen Internetdokumenten war es möglich 13 Handlungsempfehlungen für die KJA in Jena zu konzipieren. Aufgrund dieser Vielzahl ist eine Priorisierung in einer möglichen Umsetzung zu empfehlen. Hierbei ist es unserer Ansicht nach von Vorteil insbesondere den Punkt 9.10 *Lobbyarbeit/Politikberatung konzeptionieren* sowohl auf Interessenverbands- als auch Einrichtungsebene zu forcieren. In diesem Zusammenhang können oder sollten weitere Handlungsempfehlungen, wie beispielsweise die Punkte 9.6 *Regelmäßiger Austausch mit politischen Akteuren* oder 9.3 *Medien zielgerichtet einsetzen*, tangierend bearbeitet werden. Die fachlich fundierte Konzeptionierung der Lobbyarbeit schafft und erhöht für die KJA langfristig die Möglichkeit systematisch Einfluss auf Politik auszuüben und damit die eigenen Interessen besser zu implementieren und durchzusetzen.

Durch die Handlungsempfehlung *Rechtslage/Klageweg prüfen* ergibt sich für die KJA natürlich noch ein alternativer Weg. Sollte sie sich also allein darauf verlassen oder trotzdem an ihrer politischen Positionierung arbeiten? An dieser Stelle sei klar darauf verwiesen, dass mit einer Klage unter bestimmten Umständen der finanzielle Faktor zufriedenstellend gelöst werden könnte, durch eine konstante Politikberatung jedoch zum einen eine langfristige Einflussnahme auf die politischen Rahmenbedingungen ermöglicht wird, zum andern eben nicht nur ein einziger Aspekt, in diesem Fall die Einordnung als freiwillige Leistung oder Pflichtaufgabe und die damit verbundenen zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel, sondern mehrere Dimensionen in den Blick genommen werden können.

unverzichtbar	Lobbyarbeit konzeptionieren
	Austausch mit Politiker*innen
	Entscheidungsträger*innen kennen
	Kooperation mit Schulen
	Daten und Fachwissen
wichtig	Kompetenzen nutzen
	Kooperation mit Hochschulen
	Medien einsetzen

²⁴¹ vgl. Kunkel 2011, S. 5f.

sinnvoll	Konzepte für die Arbeit mit Geflüchteten
	Innovationen
denkbar	Klageweg prüfen
	Kampagne evaluieren

Tab. 4: Priorisierung der Handlungsempfehlungen

Die hier beschriebenen Ergebnisse in Form der Handlungsempfehlungen lassen sich ungeachtet, dass die Politikfeldanalyse in Jena durchgeführt wurde, in ihren Grundzügen auch auf andere Kommunen übertragen. Nur die Punkte 9.4 *Kampagne kritisch bewerten*, 9.8 *Kooperationen mit FSU und EAH anstreben* und unter Umständen 9.9 *Kooperation mit Schulen ausbauen* sind speziell an Jena gebunden. Doch insgesamt ist es sinnvoll, seine öffentlich wirksamen Aktionen zu evaluieren und den Anschluss an größere, forschende Institutionen zu suchen sowie, wenn nicht bereits geschehen, die ortsansässigen Schulen schärfer in den Blick zu nehmen.

10 Abschließende Betrachtung

Die vorliegende Politikfeldanalyse aus Jena ist zu begreifen als ein erster, vornehmlich noch testend-experimenteller Zugang zu den Optionen aktiverer Jugendpolitik-Gestaltung auf der kommunalen Ebene. Die kommunale Politikfeldanalyse hat für die KJA in Jena im Wesentlichen zwei Aspekte herauspräpariert: Zum einen konnte durch sie eine deduktive Verknüpfung der Jenaer Kürzungsdebatte mit politikwissenschaftlichen Theorien und Ansätzen erfolgen. Zum anderen und darauf aufbauend wurde es erstmals überhaupt möglich, die Grundlagen politischer Prozesse und Entscheidungen unter Einbezug relevanter Akteure und Institutionen besser als zuvor zu rekonstruieren, zu verstehen und (jugend-)politisches Handeln dementsprechend zielgenauer auszurichten. Der Blick hinter die Kulissen des politischen Geschehens und die Zusammenarbeit mit den relevanten politischen Akteuren mag ein zeitintensives, doch im Ergebnis also lohnenswertes Unterfangen für die KJA sein, um sich zu positionieren und so nicht nur selbst von politischen Entscheidungen beeinflusst zu werden, sondern diese aktiv mitzugestalten. Insgesamt ist festzuhalten, dass eine Politikfeldanalyse auch in der Sozialwissenschaft ihre Berechtigung, wenn nicht sogar ihre verpflichtende Existenz hat. Durch sie war es möglich die Rahmenbedingungen der KJA in Jena gezielt und planvoll zu untersuchen und somit Handlungsoptionen für eine lokale einmischende Jugendpolitik herauszuarbeiten.

Aufgrund des (noch) innovativen und experimentellen Charakters der vorliegenden Politikfeldanalyse sind vergleichbare Zugänge anzustreben, die den hiesigen Ansatz zu bestärken, konsolidieren und differenzieren vermögen. Während der Forschung wurde v.a. ein Punkt offensichtlich, welcher in weiteren Analysen ebenfalls konsequent verfolgt werden sollte: die Berücksichtigung aller relevanten Akteursgruppen in Abhängigkeit zur konkreten Fragestellung. Nur so können tatsächlich differierende Sichtweisen entstehen und ein annähernd objektives Bild der jeweiligen Situation nachgezeichnet werden. In weiteren aufbauenden Politikfeldanalysen wäre es denkbar den Blick vertieft auf die Seite der (Jenaer) Verwaltung, insbesondere die Finanzverwaltung, zu richten.

Diese Politikfeldanalyse stellt eine Grundlage dar, um einige weitere Fragestellungen, welche sich durch sie eröffnet haben, zu bearbeiten. Folgend einige Anregungen:

- Die Kampagne (v.a. Plakataktion und Podiumsdiskussion) wurde von den beteiligten Akteuren sehr unterschiedlich beurteilt, wobei die Meinungen von ‚absolut gelungen‘ bis ‚wirkungslos‘ gestaffelt waren. Von daher wäre eine Evaluation der Kampagne denkbar, um ihre Auswirkungen genauer zu ergründen und somit zukünftige Aktionen noch zielführender gestalten zu können. Dass die Kam-

pagne bereits einige Monate zurückliegt, dürfte die Evaluierbarkeit in diesem Fall allerdings erschweren. Da aber auch zukünftig Kampagnen seitens der KJA in Planung sind, sollte dieser Gedanke weiterverfolgt werden.

- Des Weiteren könnte sich eine detaillierte Analyse der Lobby(-arbeit) der KJA in Jena lohnen. Hierbei stellen sich insbesondere die Fragen, was von den Akteuren überhaupt als Lobbyarbeit angesehen wird, welchen Stellenwert sie aktuell einnimmt und welche Rolle dabei die AG Jugendarbeit innehat.

- Die Netzwerkarbeit wurde von allen Interviewpartnern als äußerst wichtiger Bestandteil in der KJA angesehen. Ebenso wie bei der Lobbyarbeit könnte herausgearbeitet werden, was in den einzelnen Einrichtungen unter Netzwerkarbeit verstanden und wie effektiv sie durchgeführt wird. Zu diesem Zweck wäre es denkbar eine soziale Netzwerkanalyse durchzuführen.

- Dem Jugendhilfeausschuss wurde in einem Interview seine „natürliche Autorität“²⁴² abgesprochen, außerdem wurde sein Kürzungsvorschlag im Stadtrat völlig übergangen. Diese beiden Aspekte führen für sich gesehen schon dazu, dass man sich fragen muss, welche Bedeutung dieses Gremium in der politischen Landschaft Jenas einnimmt. Für eine Analyse könnte man sich an der Untersuchung von Schneider, Beckmann und Roth orientieren, welche 2011 unter dem Titel „*Jugendhilfe: Ausschuss? Ein Gremium zwischen uneingelösten Versprechen und abgebremsten Möglichkeiten*“ im Verlag Barbara Budrich veröffentlicht wurde.

- Zu guter Letzt ist es insbesondere vorstellbar zu untersuchen, inwieweit die hier ausgesprochenen Handlungsempfehlungen für die KJA in der Praxis zum einen aufgenommen und zum anderen dann auch umgesetzt werden.

²⁴² Verw. A.

11 Abkürzungsverzeichnis

AG	Arbeitsgemeinschaft
AG KJHG	Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
BGBI	Bundesgesetzblatt
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BvF	abstrakte Normenkontrolle (Aktenzeichen des BVerfG)
DBSH	Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.
DJR	Demokratischer Jugendring
EAH	Ernst-Abbe-Hochschule Jena
FEVS	Fürsorgerechtliche Entscheidungen der Verwaltungs- und Sozialgerichte
FSU	Friedrich-Schiller-Universität Jena
GG	Grundgesetz
GVBl	Gesetz- und Verordnungsblatt
JA	Jugendarbeit
JAS	Jugendsozialarbeit an Schulen
JG	Junge Gemeinde
JHA	Jugendhilfeausschuss
JSA	Jugendsozialarbeit
JWG	Jugendwohlfahrtsgesetz
KIJ	Kommunale Immobilien Jena
KJA	Kinder- und Jugendarbeit
KJFP	Kinder- und Jugendförderplan
KJH	Kinder- und Jugendhilfe
KV	Kreisverband
MdL	Mitglied des Landtages
ORBIT	Organisationsberatungsinstitut Thüringen
OTZ	Ostthüringer Zeitung
OVG	Oberverwaltungsgericht
Polit.	Politiker*in
RsDE	Beiträge zum Recht der sozialen Dienste und Einrichtungen
SGB	Sozialgesetzbuch
SozArb.	Sozialarbeiter*in
SSB	Stadtsportbund
ThürKJHAG	Thüringisches Kinder- und Jugendhilfe Ausführungsgesetz
VbE	Vollbeschäftigteneinheit
Verw.	Verwaltungsmitglied
VG	Verwaltungsgericht
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
ZfJ	Zentralblatt für Jugendrecht
ZKJ	Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe

12 Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Politik-Zyklus.....	14
Abb. 2: Ver- und Entschuldungsentwicklung der Stadt Jena seit 1991	22
Abb. 3: Bürgerhaushalt 2014 – Entschuldung der Stadt Jena.....	23
Abb. 4: Bürgerhaushalt 2014 – Kreditaufnahmen für Investitionen.....	23
Abb. 5: Entwicklung von Erträgen und Aufwendungen der Stadt Jena seit 2000.....	24
Abb. 6: Ergebnisse der Jenaer Stadtratswahlen 2009 und 2014	26
Abb. 7: Chronologie der Kürzungsdebatte	32
Abb. 8: Die Kürzungsdebatte im Politik-Zyklus	33
Abb. 9: Plakat -Jugendzentrum- der AG Jugendarbeit Jena	36
Abb. 10: Plakat -Ferien- der AG Jugendarbeit Jena	36
Abb. 11: Differenzierte Stakeholder-Kartierung – Parteien in Jena	52

13 Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Institutionen der Kinder- und Jugendarbeit in Jena.....	21
Tab. 2: Einsparungen in den Dezernaten der Stadt Jena.....	24
Tab. 3: Einfache Stakeholder-Kartierung – interviewte Politiker*innen zu Themen der Kürzungsdebatte	51
Tab. 4: Priorisierung der Handlungsempfehlungen	55

14 Literatur- und Quellenverzeichnis

- AG Jugendarbeit Jena [Hrsg.] (o.J.): Finanzielle Jugendförderplanung für 2016. Online verfügbar unter <https://jugendarbeitjena.files.wordpress.com/2015/04/finanzielle-jugendfc3b6rderpla.jpg>, zuletzt geprüft am 18.04.2017.
- AG Jugendarbeit Jena [Hrsg.] (2014): Offener Brief der AG Jugendarbeit an die Jenaer Stadträte. Online verfügbar unter <http://www.jenapolis.de/2014/12/16/offener-brief-der-ag-jugendarbeit-an-die-jenaer-stadtraete/>, zuletzt geprüft am 10.06.2016.
- AG Jugendarbeit Jena [Hrsg.] (2015a): In den Ferien bin ich hier! Online verfügbar unter <https://jugendarbeitjena.files.wordpress.com/2015/04/egoschootera2.jpg>, zuletzt geprüft am 06.06.2016.
- AG Jugendarbeit Jena [Hrsg.] (2015b): Mein neues Jugendzentrum! Online verfügbar unter <https://jugendarbeitjena.files.wordpress.com/2015/04/jugendzentrum-a2.jpg>, zuletzt geprüft am 06.06.2016.
- AG Jugendarbeit Jena (2015c): Kürzungen in der Jugendarbeit rückgängig machen. In: *Jenapolis* 2015, 17.05.2015. Online verfügbar unter <http://www.jenapolis.de/2015/05/17/kuerzungen-in-der-jugendarbeit-rueckgaengig-machen/>, zuletzt geprüft am 04.04.2016.
- AG Jugendarbeit Jena/Jugendparlament/DJR Jena [Hrsg.] (2014a): Wahlprüfstein 2014 - Antwort: FDP KV Jena. Online verfügbar unter <http://jugendring-jena.de/wp-content/uploads/2014/05/WPS-Antworten-FDP.pdf>, zuletzt geprüft am 11.04.2016.
- AG Jugendarbeit Jena/Jugendparlament/DJR Jena [Hrsg.] (2014b): Wahlprüfsteine 2014 - Antwort: Bürger für Jena. Online verfügbar unter <http://jugendring-jena.de/wp-content/uploads/2014/05/WPS-Antworten-B%C3%BCrger-f%C3%BCr-Jena.pdf>, zuletzt geprüft am 11.04.2016.
- AG Jugendarbeit Jena/Jugendparlament/DJR Jena [Hrsg.] (2014c): Wahlprüfsteine 2014 - Antwort: CDU KV Jena. Online verfügbar unter <http://jugendring-jena.de/wp-content/uploads/2014/05/WPS-Antworten-CDU.pdf>, zuletzt geprüft am 11.04.2016.
- AG Jugendarbeit Jena/Jugendparlament/DJR Jena [Hrsg.] (2014d): Wahlprüfsteine 2014 - Antwort: KV Bündnis 90/Die Grünen Jena. Online verfügbar unter <http://jugendring-jena.de/wp-content/uploads/2014/05/WPS-Antworten-Gr%C3%BCne.pdf>, zuletzt geprüft am 11.04.2016.
- AG Jugendarbeit Jena/Jugendparlament/DJR Jena [Hrsg.] (2014e): Wahlprüfsteine 2014 - Antwort: SPD KV Jena. Online verfügbar unter <http://jugendring-jena.de/wp-content/uploads/2014/05/WPS-Antworten-SPD.pdf>, zuletzt geprüft am 11.04.2016.
- AG Jugendarbeit Jena/Jugendparlament/DJR Jena [Hrsg.] (2014f): Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl 2014. Online verfügbar unter http://jugendring-jena.de/wp-content/uploads/2014/04/Wahlpr%C3%BCfsteine2014_Kommunalwahl_Jena1.pdf, zuletzt geprüft am 11.04.2016.
- Baier, Florian (2013): Schulsozialarbeit und Offene Kinder- und Jugendarbeit. In: Deinet, Ulrich/Sturzenhecker, Benedikt [Hrsg.]: Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit. 4. Auflage. Wiesbaden: Springer VS, S. 401–406.
- Bandelow, Nils C. (2015): Adocracy Coalition Framework. In: Wenzelburger, Georg/Zohnhöfer, Reimut [Hrsg.]: Handbuch Policy-Forschung. Wiesbaden: Springer VS, S. 305–324.
- Barbehön, Marlon (2013): Kommunale politische Eliten und die Eigenlogik der Städte – Zur machtkonstitutiven Wirkung des Diskurses. In: Harm, Katrin/Aderhold, Jens [Hrsg.]: Die subjektive Seite der Stadt. Neue politische Herausforderungen und die Bedeutung von Eliten im lokalen Bereich. Wiesbaden: Springer VS, S. 273–293.
- Barbehön, Marlon/Münch, Sybille/Haus, Michael/Heinelt, Hubert (2015): Städtische Problemdiskurse. Lokalpolitische Sinnhorizonte im Vergleich. Baden-Baden: Nomos.

- Beckmann, Kathinka (2014): Zwischen Macht und Versäumnis: Der Jugendhilfeausschuss. In: Benz, Benjamin/Rieger, Günter/Schönig, Werner/Többe-Schokalla, Monika [Hrsg.]: Politik Sozialer Arbeit. Band 2: Akteure, Handlungsfelder und Methoden. Weinheim: Beltz Juventa, S. 62–72.
- Benz, Benjamin/Rieger, Günter (2015): Politikwissenschaft für die Soziale Arbeit. Eine Einführung. Wiesbaden: Springer VS.
- Berzen, Christian (2013): Rechtliche Grundlagen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit im Bundes- und Landesrecht. In: Deinet, Ulrich/Sturzenhecker, Benedikt [Hrsg.]: Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit. 4. Auflage. Wiesbaden: Springer VS, S. 617–628.
- Bisler, Wolfgang (2008): Zuflucht beim KJHG: Rettet das Recht die Kinder- und Jugendarbeit? In: Lindner, Werner [Hrsg.]: Kinder- und Jugendarbeit wirkt. Aktuelle und ausgewählte Evaluationsergebnisse der Kinder- und Jugendarbeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 51–63.
- Blum, Sonja/Schubert, Klaus (2009): Politikfeldanalyse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- BMFSFJ [Hrsg.] (2002): Elfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Online verfügbar unter <https://www.bmfsfj.de/blob/94598/92135291ed6ca273285998211782bfa1/prm-18653-broschure-elfter-kinder--und-j-data.pdf>, zuletzt geprüft am 03.06.2016.
- BMFSFJ [Hrsg.] (2013): 14. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Online verfügbar unter <https://www.bmfsfj.de/blob/93146/6358c96a697b0c3527195677c61976cd/14-kinder-und-jugendbericht-data.pdf>, zuletzt geprüft am 03.06.2016.
- Böhnisch, Lothar (1982): Der Sozialstaat und seine Pädagogik. Sozialpolitische Anleitungen zur Sozialarbeit. Neuwied, Darmstadt: Luchterhand.
- Bündnis 90/Die Grünen Jena [Hrsg.] (2014): Kommunalwahlprogramm 2014. Online verfügbar unter http://www.gruene-jena.de/userspace/TH/kv_jena/Bilder/Wahl_2014/Kommunalwahlprogramm_GRU_NE_2014_k.pdf, zuletzt geprüft am 11.04.2016.
- Bürger für Jena [Hrsg.] (2014): Wahlprogramm 2014-2019. Das Wahlprogramm 2014 in Stichpunkten. Online verfügbar unter <http://www.buerger-fuer-jena.de/>, zuletzt geprüft am 11.04.2016.
- CDU-KV Jena (2014a): Gespräche über Fortsetzung der Koalition in Jena erfolgreich. Online verfügbar unter <http://www.ju-jena.de/inhalte/1032907/aktuelles/66593/gespraeche-ueber-fortsetzung-der-koalition-in-jena-erfolgreich/index.html>, zuletzt geprüft am 10.04.2016.
- CDU-KV Jena [Hrsg.] (2014b): Wahlprogramm der CDU Jena zur Stadtratswahl 2014. Gemeinsam erfolgreich für Jena. Online verfügbar unter <https://www.epenportal.de/web/datapool/storage/files/101147/cduwahlprogramm2014.pdf>, zuletzt geprüft am 11.04.2016.
- CDU-KV Jena/SPD-KV Jena/KV BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Jena [Hrsg.] (2014): Koalitionsvereinbarung Jena 2014-2019. Online verfügbar unter https://www.epenportal.de/filemanager/storage/dokumente-27288/koalitionsvertrag-jena_2014-2019.pdf, zuletzt geprüft am 18.04.2017.
- Cloos, Peter/Königter, Stefan/Müller, Burkhard/Thole, Werner (2009): Die Pädagogik der Kinder- und Jugendarbeit. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.
- Deinet, Ulrich/Icking, Maria/Leifheit, Elisabeth/Dummann, Jörn (2010): Jugendarbeit zeigt Profil in der Kooperation mit Schule. Ergebnisse und Empfehlungen zur Kooperation von Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit mit Schulen. Opladen, Farmington Hills, Michigan: Verlag Barbara Budrich.

- Deinet, Ulrich/Müller, Katja (2013): Die Offene Kinder- und Jugendarbeit vor großen Herausforderungen. In: Deinet, Ulrich [Hrsg.]: Perspektiven sozialräumlicher Jugendarbeit. Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 12–24.
- Die Guten Jena [Hrsg.] (2014): Kommunalwahlprogramm. Online verfügbar unter <https://dieguten.noblogs.org/kommunalwahlprogramm/>, zuletzt geprüft am 11.04.2016.
- DIE LINKE Jena [Hrsg.] (2014): Jena gemeinsam gestalten. Programm zur Kommunalwahl 2014. Online verfügbar unter <http://www.die-linke-jena.de/fileadmin/KV-JEN/LINKE-Jena-2014.pdf>, zuletzt geprüft am 11.04.2016.
- Döbert, Frank: Nachbesserung nur "Mogelpackung": Stadtrat Jena gewährt 200 000 Euro für Jugendförderplan. In: *OTZ Jena*. Online verfügbar unter <http://jena.otz.de/web/jena/startseite/detail/-/specific/Nachbesserung-nur-8222-Mogelpackung-8220-Stadtrat-Jena-gewaehrt-200-000-Eur-884619166>, zuletzt geprüft am 12.10.2015.
- EAH Jena [Hrsg.] (2016): Entwicklung der Ernst-Abbe-Hochschule Jena. Online verfügbar unter <http://www.eah-jena.de/fhj/fhjena/de/fhj/portraet/daten/seiten/entwicklung.aspx>, zuletzt geprüft am 04.06.2016.
- Emanuel, Markus (2011): Freiwillige Leistung oder Pflichtaufgabe? 20 Jahre Missverständnisse in der Praxis über Leistungsansprüche aus dem SGB VIII. In: *ZKJ* (6), S. 207–212.
- Fachdienst Jugend & Bildung, Team JA/JSA Jena (o.J.a): Rahmenkonzept für Schulsozialarbeit in Jena. hrsg. von Stadt Jena. Online verfügbar unter http://www.jena.de/fm/1727/rahmenkonzeption_schulsozialarbeit.pdf, zuletzt geprüft am 10.06.2016.
- Fachdienst Jugend & Bildung, Team JA/JSA Jena (o.J.b): Rahmenkonzeption Streetwork in Jena. hrsg. von Stadt Jena. Online verfügbar unter http://www.jena.de/fm/1727/rahmenkonzeption_streetwork.pdf, zuletzt geprüft am 09.06.2016.
- Fachdienst Jugend & Bildung, Team JA/JSA Jena (2013): Rahmenkonzeption zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Jena. hrsg. von Stadt Jena. Online verfügbar unter http://www.jena.de/fm/1727/Rahmenkonzeption_OKJA%202013.292247.pdf, zuletzt geprüft am 09.06.2016.
- FDP-KV Jena [Hrsg.] (2014): Das Wahlprogramm der FDP Jena 2014-2019. Vernunft. Verstand. Verantwortung. Online verfügbar unter <http://de.slideshare.net/arne.petrich/wahlprogramm-fdp-jena-2014-2019>, zuletzt geprüft am 11.04.2016.
- Friebertshäuser, Barbara/Langer, Antje/Prenzel, Annedore [Hrsg.] (2013): Handbuch Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft. 4. Auflage. Weinheim, München: Beltz Juventa.
- FSU Jena [Hrsg.] (2016): Studierendenstatistik. Online verfügbar unter <https://www.uni-jena.de/Universitaet/Zahlen+und+Fakten/Zahlen+und+Fakten/Studierendenstatistik+.html>, zuletzt geprüft am 04.06.2016.
- Granovetter, Mark S. (1973): The Strength of Weak Ties. In: *American Journal of Sociology* (78), S. 1360–1380.
- Helferich, Cornelia (2011): Die Qualität qualitativer Daten. Manual für die Durchführung qualitativer Interviews. 4. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden.
- Herweg, Nicole (2015): Multiple Streams Ansatz. In: Wenzelburger, Georg/Zohlhöfer, Reimut [Hrsg.]: Handbuch Policy-Forschung. Wiesbaden: Springer VS, S. 325–353.
- Holtkamp, Lars/Grohs, Stephan (2012): Rahmenbedingungen kommunaler Jugendpolitik: Strukturen und Besonderheiten der kommunalen Ebene. In: Lindner, Werner [Hrsg.]: Political (Re)Turn? Impulse zu einem neuen Verhältnis von Jugendarbeit und Jugendpolitik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 177–192.

- Jann, Werner/Wegrich, Kai (2014): Phasenmodelle und Politikprozesse: Der Policy-Cycle. In: Schubert, Klaus/Bandelow, Nils C. [Hrsg.]: Lehrbuch der Politikfeldanalyse. 3. Auflage. München: De Gruyter Oldenbourg, S. 97–131.
- JHA Jena [Hrsg.] (2014a): Protokoll JHA/002/2014. Online verfügbar unter https://sessionnet.jena.de/sessionnet/buergerinfo/si0050.php?__ksinr=6224, zuletzt geprüft am 18.04.2017.
- JHA Jena [Hrsg.] (2014b): Protokoll JHA/003/2014. Online verfügbar unter https://sessionnet.jena.de/sessionnet/buergerinfo/si0050.php?__ksinr=6759, zuletzt geprüft am 18.06.2016.
- JHA Jena [Hrsg.] (2015a): Anlage 1 zur Beschlussvorlage 15/0458-BV: Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Jena 2016. Online verfügbar unter https://sessionnet.jena.de/sessionnet/buergerinfo//vo0050.php?__kvonr=6852, zuletzt geprüft am 18.06.2016.
- JHA Jena [Hrsg.] (2015b): Anlage 2 zur Beschlussvorlage 15/0458-BV – Finanzielle Untersetzung. Online verfügbar unter https://sessionnet.jena.de/sessionnet/buergerinfo//vo0050.php?__kvonr=6852, zuletzt geprüft am 25.04.2016.
- JHA Jena [Hrsg.] (2015c): Beschluss Nr. 15/0458-BV. Online verfügbar unter https://sessionnet.jena.de/sessionnet/buergerinfo//vo0050.php?__kvonr=6852, zuletzt geprüft am 18.04.2017.
- JHA Jena [Hrsg.] (2015d): Protokoll zur Sitzung JHA/004/2015. Online verfügbar unter https://sessionnet.jena.de/sessionnet/buergerinfo/si0050.php?__ksinr=6916, zuletzt geprüft am 10.06.2016.
- JHA Jena [Hrsg.] (2015e): überarbeitete Anlage 2 zum Beschluss des JHA Nr. 15/0458 am 1. Juli 2015. Online verfügbar unter https://sessionnet.jena.de/sessionnet/buergerinfo//vo0050.php?__kvonr=6852, zuletzt geprüft am 18.04.2017.
- Keller, Reiner (2011): Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms. 3. Auflage. Wiesbaden: Springer VS (Interdisziplinäre Diskursforschung).
- Klug, Wolfgang (2003): Mit Konzept planen - effektiv helfen. Ökosoziales Case Management in der Gefährdetenhilfe. Freiburg im Breisgau: Lambertus.
- Knill, Christoph/Tosun, Jale (2015): Einführung in die Policy-Analyse. Opladen & Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Knipping, Lioba (2015): Freie Träger in Jena begehren auf. In: *OTZ Jena*, 24.04.2015. Online verfügbar unter <http://jena.otz.de/web/jena/startseite/detail/-/specific/Freie-Traeger-in-Jena-begehren-auf-1556064225>, zuletzt geprüft am 17.04.2016.
- Knoepfel, Peter/Larrue, Corinne/Varone, Frédéric/Veit, Sylvia (2011): Politikanalyse. Opladen & Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich.
- Krause, Alexandra/Laux, Henning (2014): Die Gabelung zwischen qualitativer und quantitativer Sozialforschung: Wie forschen Soziologinnen und Soziologen? In: Lamla, Jörn/Laux, Henning/Rosa, Hartmut/Strecker, David [Hrsg.]: Handbuch der Soziologie. Konstanz, München: UVK Verlagsgesellschaft mbH, S. 61–79.
- Kruse, Jan (2014): Qualitative Interviewforschung. Ein integrativer Ansatz. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Kuckartz, Udo (2014): Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung. 2. Auflage. Weinheim: Beltz Juventa.
- Kunkel, Peter-Christian (2011): Gutachten zur Finanzierung der Jugendarbeit nach § 74 SGB VIII. Rechtsfehler und Rechtsbehelfe. Online verfügbar unter https://www.evangelische-jugend.de/fileadmin/user_upload/aej/Kinder-_und_Jugendpolitik/Downloads/Kinder-_und_Jugendarbeit/Rechtsanspruch/Prof_Kunkel_Gutachten_Finanzierung_der_Jugendarbeit_Aug_2011.pdf, zuletzt geprüft am 30.05.2016.

- Kunkel, Peter-Christian [Hrsg.] (2014): Sozialgesetzbuch VIII. Kinder- und Jugendhilfe. Lehr- und Praxiskommentar. 5. Auflage. Baden-Baden: Nomos.
- Lautenschläger, Arndt/Haase, Heiko (2014): Auswertung der Befragung zum Bürgerhaushalt in Jena. Beteiligungsverfahren 2014. hrsg. von Stadt Jena. Online verfügbar unter https://www.jena.de/fm/1727/Bericht_EAFHJ_BHH2014.pdf, zuletzt geprüft am 16.04.2016.
- Lautenschläger, Arndt/Seiffert, Monika (2009): Bürgerhaushalt in Jena. Auswertung der Bürgerbefragung 2009. hrsg. von Stadt Jena. Online verfügbar unter <https://www.jena.de/fm/41/Anlage%203%20Auswertung%20FH%20Vollversion.pdf>, zuletzt geprüft am 18.04.2017.
- Leinenbach, Michael/Nodes, Wilfried/Stark-Angermeier, Gabriele (2009): Grundlagen für die Arbeit des DBSH e.V. hrsg. von DBSH – Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. Online verfügbar unter https://www.dbsh.de/fileadmin/downloads/grundlagenheft_-PDF-klein_01.pdf, zuletzt geprüft am 29.03.2016.
- Lindner, Werner (2008): Kinder- und Jugendarbeit wirkt. Aber: wie und wo und warum genau? In: Lindner, Werner [Hrsg.]: Kinder- und Jugendarbeit wirkt. Aktuelle und ausgewählte Evaluationsergebnisse der Kinder- und Jugendarbeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 9–18.
- Lindner, Werner (2010): Soziale Arbeit zwischen reflexiver Re-Politisierung und Politikberatung. Kinder- und Jugendarbeit als exemplarisches Beispiel. In: *neue Praxis* (4), S. 345–358.
- Lindner, Werner (2012a): „All politics is local“ – Aktuelle Herausforderungen der Kinder- und Jugendarbeit auf kommunaler Ebene. Zugänge und Bausteine für eine lokale Politikfeldanalyse. In: *deutsche Jugend* 6/2012, S. 249–258.
- Lindner, Werner (2012b): Reflexivität in Lobbying und Medienstrategien für die Kinder- und Jugendarbeit. In: Lindner, Werner [Hrsg.]: Political (Re)Turn? Impulse zu einem neuen Verhältnis von Jugendarbeit und Jugendpolitik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 241–263.
- Lindner, Werner (2014): Repolitisierung der Sozialen Arbeit - pragmatische Zugänge und Suchstrategien in Politikgestaltung, Politikberatung und Lobbyarbeit. In: Bütow, Birgit/Chassé, Karl August/Lindner, Werner [Hrsg.]: Das Politische im Sozialen. Historische Linien und aktuelle Herausforderungen der Sozialen Arbeit. Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 193–205.
- Lindner, Werner (2016): Mit Daten Politik machen? Mit Daten Politik machen! Jugendberichterstattung und Jugendbefragungen als Instrumente (kommunaler) Jugendpolitik. In: *deutsche Jugend* 2/2016, S. 67–76.
- Mayer, Horst Otto (2013): Interview und schriftliche Befragung. Grundlagen und Methoden empirischer Sozialforschung. 6. Auflage. München: Oldenbourg.
- Mayring, Philipp (2002): Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zu qualitativem Denken. 5. Auflage. Weinheim: Beltz.
- Mayring, Philipp (2015): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 12. Auflage. Weinheim: Beltz.
- Mrozynski, Peter (2009): SGB VIII, Kinder- und Jugendhilfe. Kommentar. 5. Auflage. München: Beck.
- Münch, Sybille (2016): Interpretative Policy-Analyse. Eine Einführung. Wiesbaden: Springer VS.
- Münder, Johannes/Meysen, Thomas/Trenczek, Thomas/Eschelbach, Diana [Hrsg.] (2013): Frankfurter Kommentar zum SGB VIII. Kinder- und Jugendhilfe. 7. Auflage. Baden-Baden: Nomos.
- Münder, Johannes/Trenczek, Thomas (2015): Kinder- und Jugendhilferecht. Eine sozialwissenschaftlich orientierte Darstellung. 8. Auflage. Baden-Baden: Nomos.
- Obinger, Herbert (2015): Funktionalismus. In: Wenzelburger, Georg/Zohlnhöfer, Reimut [Hrsg.]: Handbuch Policy-Forschung. Wiesbaden: Springer VS, S. 35–54.

- Opielka, Michael (2008): Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven. 2. Auflage. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verlag.
- ORBIT e.V. [Hrsg.] (2015): Jenaer Kinder- und Jugendstudie 2014. Online verfügbar unter http://www.orbit-jena.de/fileadmin/media/downloads/2015/Gesamtbericht_Jugendstudie_Jena_inkl._Handlungsempfehlungen_stand_juni.pdf, zuletzt geprüft am 05.06.2016.
- Piratenpartei Deutschland KV Jena [Hrsg.] (2014): Kommunalwahlprogramm der Piraten Jena. Online verfügbar unter http://jena.wp-multisite.piraten-thueringen.de/files/2014/03/piraten_programm.pdf, zuletzt geprüft am 11.04.2016.
- Prenzel, Thorben (2007): Handbuch Lobbyarbeit konkret. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag.
- Reiter, Renate/Töller, Annette Elisabeth (2014): Politikfeldanalyse im Studium. Fragestellungen, Theorien, Methoden. Unter Mitarbeit von Björn Egner, Michael Böcher und Kathrin Loer. Baden-Baden: Nomos.
- Rieksmeier, Jörg (2007): Kampagnen. Beispiele für Gesamtkonzepte öffentlich-politischer Kommunikation. In: Rieksmeier, Jörg [Hrsg.]: Praxisbuch: Politische Interessenvermittlung. Instrumente, Kampagnen, Lobbying. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 137–142.
- Schellhorn, Walter [Hrsg.] (2012): SGB VIII. Kommentar. 4. Auflage. Köln: Hermann Luchterhand Verlag.
- Scherr, Albert (1998): Konzeptionen entwickeln. In: Deinet, Ulrich/Sturzenhecker, Benedikt [Hrsg.]: Handbuch Offene Jugendarbeit. 1. Auflage. Münster: Votum, S. 239–251.
- Schieck, Tilo (2015): Offene Antwort auf den offenen Brief des Demokratischen Jugendringes vom 20.05.2013 zur Podiumsdiskussion über den Jugendförderplan. Online verfügbar unter <http://www.anmut-blog.de/offene-antwort-auf-den-offenen-brief-des-demokratischen-jugendringes-vom-20-05-2013-zur-podiumsdiskussion-ueber-den-jugendfoerderplan/>, zuletzt geprüft am 04.04.2016.
- Schneider, Armin/Beckmann, Kathinka/Roth, Daniela (2011): Jugendhilfe: Ausschuss? Ein Gremium zwischen uneingelösten Versprechen und abgebremsten Möglichkeiten. Opladen, Berlin, Farmington Hills, Michigan: Verlag Barbara Budrich.
- Schneider, Volker/Janning, Frank (2006): Politikfeldanalyse. Akteure, Diskurse und Netzwerke in der öffentlichen Politik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schubert, Klaus/Bandelow, Nils C. (2014): Politikfeldanalyse: Dimensionen und Fragestellungen. In: Schubert, Klaus/Bandelow, Nils C. [Hrsg.]: Lehrbuch der Politikfeldanalyse. 3. Auflage. München: De Gruyter Oldenbourg, S. 1–24.
- SPD-KV Jena [Hrsg.] (2014): Kommunalwahlprogramm der SPD Jena 2014-2019. Online verfügbar unter <https://de.slideshare.net/arne.petrich/spd-jena-kommunalwahlprogramm-2014>, zuletzt geprüft am 11.04.2016.
- Stadt Jena [Hrsg.] (o.J.): Schuldenuhr. Online verfügbar unter http://www.jena.de/de/stadt_verwaltung/stadtverwaltung/dezernat2/fachbereich_finanzen/schuldenuhr/243236, zuletzt geprüft am 05.06.2016.
- Stadt Jena [Hrsg.] (2003): Hauptsatzung der Stadt Jena. Online verfügbar unter <https://www.jena.de/fm/694/a01.pdf>, zuletzt aktualisiert am 13.11.2014, zuletzt geprüft am 17.04.2016.
- Stadt Jena [Hrsg.] (2006): Wahlergebnisse der Oberbürgermeisterwahl 2006 in Jena. Online verfügbar unter <http://statistik.jena.de/statistik/wahl/wahl2006/erg.php>, zuletzt geprüft am 11.04.2016.
- Stadt Jena [Hrsg.] (2012): Wahlergebnisse der Oberbürgermeisterwahl 2012 in Jena. Online verfügbar unter <http://statistik.jena.de/statistik/wahl/wahl2012/erg.php>, zuletzt geprüft am 11.04.2016.

- Stadt Jena [Hrsg.] (2014a): Anlage 1A der Beschlussvorlage 14/0236-BV. Online verfügbar unter http://www.jena.de/de/stadt_verwaltung/stadtrat/sitzungskalender/243214, zuletzt geprüft am 04.04.2016.
- Stadt Jena [Hrsg.] (2014b): Anlage 4 der Beschlussvorlage 14/0236-BV. Online verfügbar unter http://www.jena.de/de/stadt_verwaltung/stadtrat/sitzungskalender/243214, zuletzt geprüft am 04.04.2016.
- Stadt Jena [Hrsg.] (2014c): Mandatsträger. Online verfügbar unter http://jena.de/de/stadt_verwaltung/stadtrat/mandatstraeger/243230, zuletzt geprüft am 11.04.2016.
- Stadt Jena [Hrsg.] (2015): Amtsblatt der Stadt Jena (26/15). Online verfügbar unter https://www.jena.de/fm/415/amt26_15.pdf, zuletzt geprüft am 04.04.2016.
- Stadt Jena - Dezernat für Familie, Bildung und Soziales (2015): Aktueller Stand zur Unterbringung und sozialen Betreuung von Asylsuchenden und Flüchtlingen in der Stadt Jena. hrsg. von Stadt Jena. Online verfügbar unter https://www.jenaer-nachrichten.de/images/PDF_Domumente/2015-10-21_Pr%C3%A4sentation%20Aktueller%20Stand%20Fl%C3%BChtlinge.pdf, zuletzt geprüft am 18.04.2017.
- Stadtrat Jena [Hrsg.] (2009a): Begründung zur Beschlussvorlage Nr. 09/0300-BV. Online verfügbar unter https://sessionnet.jena.de/sessionnet/buergerinfo//vo0050.php?__kvonr=3463&search=1, zuletzt geprüft am 16.04.2017.
- Stadtrat Jena [Hrsg.] (2009b): Beschlussvorlage Nr. 09/0300-BV. Online verfügbar unter https://sessionnet.jena.de/sessionnet/buergerinfo//vo0050.php?__kvonr=3463&search=1, zuletzt geprüft am 16.04.2017.
- Stadtrat Jena [Hrsg.] (2014a): Anlage 4 zur Beschlussvorlage Nr. 14/0236-BV. Konsolidierungsmöglichkeiten Freiwilliger Bereich. Online verfügbar unter http://www.jena.de/de/stadt_verwaltung/stadtrat/sitzungskalender/243214, zuletzt geprüft am 17.04.2016.
- Stadtrat Jena [Hrsg.] (2014b): Berichtsvorlage Nr. 14/0150-BE. Online verfügbar unter http://www.jena.de/de/stadt_verwaltung/stadtrat/sitzungskalender/243214, zuletzt geprüft am 17.04.2016.
- Stadtrat Jena [Hrsg.] (2014c): Beschlussvorlage Nr. 14/0236-BV. Online verfügbar unter http://www.jena.de/de/stadt_verwaltung/stadtrat/sitzungskalender/243214, zuletzt geprüft am 16.04.2016.
- Stark, Christian (2007): Politisches Engagement in der Sozialen Arbeit - ist die politische Sozialarbeit tot? Plädoyer für die Repolitisierung der Sozialarbeit. In: Lallinger, Manfred/Rieger, Günter [Hrsg.]: Repolitisierung Sozialer Arbeit. Engagiert und professionell. Stuttgart: Akademie der Diözese Rotenburg-Stuttgart (Hohenheimer Protokolle, 64), S. 69–82.
- Straßheim, Holger (2013): Vernetzung als lokale Krisenstrategie? Perspektiven der interpretativen Governance- und Verwaltungsforschung. In: Haus, Michael/Kuhlmann, Sabine [Hrsg.]: Lokale Politik und Verwaltung im Zeichen der Krise? Wiesbaden: Springer VS, S. 121–135.
- Stridde, Thomas (2015): Unterschriftenliste gegen Kürzungen der Jugendarbeit in Jena. In: *OTZ Jena*, 28.05.2015. Online verfügbar unter <http://jena.otz.de/web/jena/startseite/detail/-/specific/Unterschriftenliste-gegen-Kuerzungen-der-Jugendarbeit-in-Jena-1706664250>, zuletzt geprüft am 19.06.2016.
- Strübing, Jörg (2013): Qualitative Sozialforschung. Eine komprimierte Einführung für Studierende. München: Oldenbourg.
- Strübing, Jörg (2014): Grounded Theory. Zur sozialtheoretischen und epistemologischen Fundierung eines pragmatistischen Forschungsstils. 3. Auflage. Wiesbaden: Springer VS.

- Thüringer Landesamt für Statistik [Hrsg.] (o.J.): Stadtratswahl 2014 in Thüringen - endgültiges Ergebnis. Kreisfreie Stadt 053 Stadt Jena. Online verfügbar unter http://www.wahlen.thueringen.de/datenbank/wahl1/wahl.asp?wahlart=KW&wJahr=2014&zeigeErg=WK&auswertung=1&wknr=053&gemnr=&terrKrs=&gemteil=000&buchstabe=&Langname=&wahlvorschlag=&sort=&druck=x&XLS=&anzahlH=-1&Nicht_existierende=&x_vollbildDatenteil=&optik=&aktual=&ShowLand=&ShowWK=&ShowPart=, zuletzt geprüft am 18.04.2017.
- Thüringer Landesamt für Statistik [Hrsg.] (2015): Kommunalwahlen in Thüringen am 25. Mai 2014. Wahlen der Stadtrats- und Gemeinderatsmitglieder. Endgültige Ergebnisse. Online verfügbar unter http://www.statistik.thueringen.de/webshop/pdf/2014/29428_2014_01.pdf, zuletzt geprüft am 08.04.2016.
- Treib, Oliver (2015): Akteurzentrierter Institutionalismus. In: Wenzelburger, Georg/Zohlhöfer, Reimut [Hrsg.]: Handbuch Policy-Forschung. Wiesbaden: Springer VS, S. 277–303.
- Vorstand des DJR Jena (2015): Offener Brief an die Regierungskoalition der Stadt Jena. Online verfügbar unter <http://jugendring-jena.de/wp-content/uploads/2015/05/Offener-Brief-DJR-Jena.pdf>, zuletzt geprüft am 04.04.2016.
- Voss, Kathrin (2010): Grassrootscampaigning und Chancen durch neue Medien. In: *APuZ* (19), S. 28–33. Online verfügbar unter <http://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/32761/lobbying-und-politikberatung>, zuletzt geprüft am 10.06.2016.
- Wabnitz, Reinhard Joachim (2003): Recht der Finanzierung der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit. Ein Handbuch. Baden-Baden: Nomos.
- Wiesner, Reinhard (2011): SGB VIII. Kinder- und Jugendhilfe; Kommentar. 4. Auflage. München: Beck.

15 Rechtsquellen und Urteile

BVerfG 2. Senat, Urteil vom 18.07.1967, BvF 3-8/62, BVerfGE 22, 180.

BVerwG 5. Senat, Urteil vom 17.07.2009, BVerwG 5 C 28.08, BVerwGE 134, 206.

Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (AG KJHG) in der Fassung vom 27.04.2001 (GVBl. 2001, 134), letzte berücksichtigte Änderung: §§ 35 und 38 geändert durch Artikel XII des Gesetzes vom 15.12.2010 (GVBl. S. 560).

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23.12.2014 (BGBl. I S. 2438) geändert worden ist.

Das Achte Buch Sozialgesetzbuch – Kinder und Jugendhilfe – in der Fassung der Bekanntmachung vom 11.09.2012 (BGBl. I S. 2022), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28.10.2015 (BGBl. I S. 1802) geändert worden ist.

OVG Berlin 6. Senat, Beschluss vom 13.10.1998, 6 S 80.98. In: FEVS 1999 (49), S. 368ff.

OVG Berlin 6. Senat, Beschluss vom 14.10.1998, 6 S 94.98. In: FEVS 1999 (49), S. 368ff.

OVG Schleswig-Holstein 2. Senat, Beschluss vom 23.01.2001, 2 L 51/01. In: RsDE 2002 (52), S. 106.

Thüringer Kinder- und Jugendhilfe-Ausführungsgesetz (ThürKJHAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5.02.2009 (GVBl. 2009, 1), letzte berücksichtigte Änderung: § 5 geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 09.09.2010 (GVBl. S. 291, 292).

Verwaltungsgerichtsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 19.03.1991 (BGBl. I S. 686), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 21.12.2015 (BGBl. I S. 2490) geändert worden ist.

VG Berlin 20. Kammer, Urteil vom 14.06.1999, VG 20 A 2399. In: ZfJ 2000, S. 194ff.

16 Anhang

Leitfaden Interview (Politiker*innen).....	69
Leitfaden Interview (Praxisvertreter*innen)	71
Zusammenfassung und Systematisierung der reduzierten Interviews	73

Leitfaden Interview (Politiker*innen)

Im Rahmen eines Forschungs- und Entwicklungsprojekts des Masterstudiengangs Soziale Arbeit der Ernst-Abbe-Hochschule Jena führen wir, unter Begleitung von Herrn Prof. Dr. Werner Lindner, eine kommunale Politikfeldanalyse durch. Die Kinder- und Jugendarbeit und insbesondere die fiskalische Untersetzung des Kinder- und Jugendförderplans 2016-19 der Stadt Jena sind dabei von unserem zentralen Forschungsinteresse. Ziele der Untersuchung sind zum einen das umfassende Verstehen und Analysieren des Zustandekommens des Kinder- und Jugendförderplans 2016-19 aus verschiedenen Systemperspektiven auf kommunaler Ebene sowie zum anderen das Herausarbeiten möglicher Handlungsstrategien politischer Einflussnahme durch die Kinder- und Jugendarbeit in Jena.

Unser Gespräch wird aufgezeichnet, transkribiert und im Rahmen des Forschungs- und Entwicklungsprojekts ausgewertet und für dieses verwendet. Die Datenspeicherung erfolgt anonym und nach strengen Datenschutzkriterien. Am Ende des Forschungsprojekts werden die Daten vernichtet.

1. Schildern Sie bitte aus Ihrer Sicht das Zustandekommen der fiskalischen Untersetzung des Kinder- und Jugendförderplans 2016-19 der Stadt Jena. (für Politiker*innen)

- Ab wann wurde daran gearbeitet?
- Wer hat alles daran mitgewirkt?
- Welche Hindernisse/Probleme gab es?
- Inwieweit wurden Entscheidungsträger beraten?
 - In welchem Rahmen?
 - Durch welche Akteure?
- Wodurch und in welchem Maß wurden die Verhandlungen (noch) beeinflusst?
 - Demonstrationen, Plakate, Flyer, Podiumsdiskussionen etc.
 - Vertreter anderer Interessensgruppen
 - Daten/Zahlen, Statistiken/Prognosen
 - Wahlprogramme eingehalten/vernachlässigt, wer hat sich durchgesetzt
- Womit wurde der KJF (die Kürzungen) begründet?
 - Theoretische Grundlagen
 - Kürzungen in anderen Bereichen
 - Ist aus der KJA ein vergleichsweise geringer Widerstand zu erwarten?
 - Kinder u. Jugendliche ungefährlich (Kein Wahlrecht, wenig Machtverlust)

2. Welche Konsequenzen haben die finanziellen Aspekte des KJF 2016-19 für die Kinder- und Jugendarbeit in Jena und was für Schlüsse ziehen Sie daraus? (für Politiker*innen)

- Was bedeutet der KJF 2016-19 konkret für die kommunale Kinder- und Jugendarbeit?
- Welche Schlüsse ziehen Sie aus dem KJF 2016-19 für künftige Verhandlungen?
 - stärkerer Einbezug der KJA in den politischen Prozess
 - Beratung (Expertise)

3. Welche Möglichkeiten sehen Sie für die Kinder- und Jugendarbeit zukünftig ihre gesellschaftliche Position und politische Einflussnahme zu stärken?

- Wirkungsforschung als Argumentationsgrundlage für Zuwendungserhöhungen
- Nutzung von Medien
 - Transparenz

- positive Aufmerksamkeit
- Was kann die Kinder- und Jugendarbeit der Politik bieten?
 - Informationsaustausch
 - Garantien/Prognosen
- Netzwerke
 - interdisziplinäre AKs
 - Interessevertretungen schaffen klarere Strukturen/Ansprechpartner

4. Wie beurteilen Sie abschließend den finanziellen Rahmen des KJF 2016-19?

- positiv
 - keine unmittelbaren Einbußen im Vergleich zu KJF 2012-15
- negativ
 - § 11 SGB VIII – ausreichende Förderung der Jugendarbeit noch gewährleistet?
 - Bevölkerungsentwicklung (u.a. Flüchtlingsströme - Integrationsfaktor)
 - Minderung des Leistungsspektrums
- Welche Spielräume hätten noch ausgenutzt werden können?

Leitfaden Interview (Praxisvertreter*innen)

Im Rahmen eines Forschungs- und Entwicklungsprojekts des Masterstudiengangs Soziale Arbeit der Ernst-Abbe-Hochschule Jena führen wir, unter Begleitung von Herrn Prof. Dr. Werner Lindner, eine kommunale Politikfeldanalyse durch. Die Kinder- und Jugendarbeit und insbesondere die Finanzierung des Kinder- und Jugendförderplans 2016-19 der Stadt Jena sind dabei von unserem zentralen Forschungsinteresse. Ziele der Untersuchung sind zum einen das umfassende Verstehen und Analysieren des Zustandekommens des Kinder- und Jugendförderplans 2016-19 aus verschiedenen Systemperspektiven auf kommunaler Ebene sowie zum anderen das Herausarbeiten möglicher Handlungsstrategien politischer Einflussnahme durch die Kinder- und Jugendarbeit in Jena.

Unser Gespräch wird aufgezeichnet, transkribiert und im Rahmen des Forschungs- und Entwicklungsprojekts ausgewertet und für dieses verwendet. Die Datenspeicherung erfolgt anonym und nach strengen Datenschutzkriterien. Am Ende des Forschungsprojekts werden die Daten vernichtet.

1. Schildern Sie bitte aus Ihrer Sicht das Zustandekommen des Kinder- und Jugendförderplan 2016-19 der Stadt Jena. (Für Praxisvertreter*innen)

- Ab wann wurde daran gearbeitet/hatten Sie Kenntnis davon?
- Inwieweit waren Sie über Zwischenergebnisse informiert?
- Wie wurden Sie/haben Sie sich an der Ausarbeitung beteiligt?
- Inwieweit haben Sie versucht die Entscheidungsträger zu beeinflussen?
- Welche alternativen Beteiligungsformen sehen Sie für sich im Nachhinein?
- Warum wurde ihrer Meinung nach in der KJA gekürzt

2. Welche Konsequenzen hat der KJF 2016-19 für die Kinder- und Jugendarbeit in Jena und was für Schlüsse ziehen Sie daraus? (für Praxisvertreter*innen)

- Was bedeutet der KJF 2016-19 konkret für die kommunale Kinder- und Jugendarbeit?
- Welche Schlüsse ziehen Sie aus dem KJF 2016-19 für künftige Verhandlungen?
 - Politisierung der KJA
 - Politikberatung
 - auf welcher Basis? (Emotionen, Daten/Wirkungen, Garantien)
 - Protest (Demonstrationen, Plakate, Flashmobs etc.)
 - Solidarisierung mit der Klientel
 - Resignation
 - die KJA lässt das politische Geschehen weiter passieren

3. Welche Möglichkeiten sehen Sie für die Kinder- und Jugendarbeit zukünftig ihre gesellschaftliche Position und politische Einflussnahme zu stärken?

- Wirkungsforschung als Argumentationsgrundlage für Zuwendungserhöhungen
- Nutzung von Medien
 - Transparenz
 - positive Aufmerksamkeit
- Was kann die Kinder- und Jugendarbeit der Politik bieten?
 - Informationsaustausch
 - Garantien/Prognosen
- Netzwerke
 - interdisziplinäre AKs

- Interessevertretungen schaffen klarere Strukturen/Ansprechpartner

4. Wie beurteilen Sie abschließend den KJF 2016-19?

- positiv
 - keine unmittelbaren Einbußen im Vergleich zu KJF 2012-15
- negativ
 - § 11 SGB VIII – ausreichende Förderung der Jugendarbeit noch gewährleistet?
 - Bevölkerungsentwicklung (u.a. Flüchtlingsströme - Integrationsfaktor)
 - Minderung des Leistungsspektrums
- Welche Spielräume hätten noch ausgenutzt werden können?

Zusammenfassung und Systematisierung der reduzierten Interviews

Kategorie I: Ursachen der Kürzungsdebatte

Kategorie II: Prozess der Debatte

Kategorie III: Maßnahmen gegen die Kürzungen

Kategorie IV: Konsequenzen

Kategorie V: Kritik

Kategorie VI: Daten und Bedarfe

Kategorie VII: Zukunftsperspektive

Kategorie VIII: Potentiale der Kinder- und Jugendarbeit

Kategorie IX: Optimierungsvorschläge

Interview	Reduktion
SozArb. C	<p>Rahmenbedingungen der Kürzungsdebatte</p> <p>Die Kürzung des Budgets des Jugendförderplans 2016 hat fiskalische Gründe. Da der Jugendförderplan unter der Annahme steht eine freiwillige Leistung zu sein wurde er bereits mehrmals gekürzt. In der Kürzungsdebatte wurde zuerst die fiskalische Untersetzung diskutiert, ehe eine inhaltliche Auseinandersetzung erfolgte. Der erste Kürzungsvorschlag war für die Akteure der KJA in seinem Ausmaß durchaus überraschend. Eine dahingehende Planung der Kürzung ist den Vertreter*innen der KJA erst spät aufgefallen. Dieser Vorschlag hätte umfassende inhaltliche Einschnitte bedeutet. Die Fachpolitiker*innen und der Dezerent haben die möglichen Konsequenzen der Kürzung in ihre Fraktionen kommuniziert. Die inhaltliche Ausgestaltung des Jugendförderplans ist in der Verantwortung der Akteure der KJA, dem JHA und dem Unterausschuss. Die KJA hat ein vielseitiges Netzwerk. So hat die AG Jugendarbeit großen Einfluss im JHA und im Unterausschuss und es besteht ein generell positives und belastbares Verhältnis zwischen Politik, Verwaltung und KJA. Prinzipiell sind die Bedarfe die Basis der inhaltlichen Ausgestaltung. Die Bedarfe werden durch jährliche Qualitätsgespräche und –berichte mit der Verwaltung festgestellt und angepasst. Grundsätzlich werden in der KJA im Vergleich zu anderen Politikfeldern geringe Summen verhandelt.</p>
SozArb. C	<p>Gegenmaßnahmen</p> <p>Die Kampagne gegen die Kürzungen begann Ende 2014 und hatte einen aufklärenden Charakter, indem sie mögliche Folgen einer Kürzung öffentlich aufzeigte. Zudem wurden Eltern und Kinder ebenso wie Politiker*innen und die Öffentlichkeit, auch und vor allem über die Medien, für die Interessen der KJA sensibilisiert. Die gesamte AG Jugendarbeit war an der Kampagne beteiligt und hat sich geschlossen gegen die Kürzung ausgesprochen. Die Nutzung selbstgesteuerter Medien innerhalb der Kampagne hatte dabei einen positiven Einfluss auf die Debatte. Presseartikel haben die Realität hingegen oft verzerrt dargestellt, sodass die Glaubwürdigkeit der KJA in der Öffentlichkeit litt. Darüber hinaus fanden aufklärende und beratende Gespräche mit Entscheidungsträgern statt. Letztlich führte die Kampagne zur Reduzierung der Kürzungssumme und soll deshalb zukünftig ausgeweitet werden.</p>
SozArb. C	<p>Folgen der Kürzung</p> <p>Auf inhaltlicher Ebene bedeutet die Kürzung, dass die Jugendinformation gestrichen wurde und neue Projekte nicht in die Jugendförderplanung aufgenommen werden. Aktuelle Mehrbedarfe, auch durch junge Flüchtlinge, können so durch</p>

	<p>den Jugendförderplan nicht gedeckt werden. Es besteht die Befürchtung, dass daraus resultierende Mehrarbeit unentgeltlich geleistet wird. Zudem bedeutet die Organisation der Kampagne einen weiteren unbezahlten Mehraufwand. Die zeitlichen Ressourcen fehlen folglich in der inhaltlichen Arbeit. Darüber hinaus führt die Kürzungsdebatte zu Planungsunsicherheit. Letztlich erhöhen unterschiedliche Vorschläge zur inhaltlichen Ausgestaltung des Jugendförderplans auch die Konkurrenz zwischen den Einrichtungen der KJA.</p>
<p>SozArb. C</p>	<p>Optimierungsvorschläge Die Jugendförderplanung sollte sich grundsätzlich an den Bedarfen der Kinder und Jugendlichen orientieren. Dazu bedarf es mehr qualitative Daten in der KJA, da die politische Belastbarkeit von eigens erhobenen quantitativen Daten gering ist. Zudem sollten prinzipiell erst die inhaltlichen und dann die fiskalischen Auseinandersetzungen des Jugendförderplans stattfinden. Politiker*innen sollten, in Verbindung mit einer Verdeutlichung der professionellen Funktion der KJA, dafür sensibilisiert werden, dass die Deckung der Bedarfe der KJA eine Pflichtaufgabe einer Kommune ist. Ob Presseartikel die eigenen Interessen widerspiegeln oder nicht ist abhängig von den jeweiligen Medienvertreter*innen. Wünschenswert wäre zudem, dass die Standards der Rahmenkonzeption der KJA für alle Einrichtungen und Projekte umgesetzt werden. Dies und die Deckung von Mehrbedarfen würden eine finanzielle und personelle Aufstockung der KJA bedeuten.</p>
<p>Polit. A</p>	<p>Prozess der Debatte Der Jugendförderplan wurde bisher politisch stets vorsichtig behandelt. Kürzungen fielen vergleichsweise gering aus und Haushaltsaufstockungen bedeuteten auch immer Aufstockungen im Jugendförderplan. Dies führte letztlich zu einem hohen Standard der KJA in Jena. Infolge der Haushaltskonsolidierung kam es insbesondere zu Kürzungen von freiwilligen Aufgaben in allen Politikfeldern der Stadt Jena. Grundsätzlich ist die Jugendförderplanung an den Bedarfen orientiert und deshalb eine Mischform aus freiwilliger und Pflichtaufgabe. Zudem war ein Personalabbau in der Verwaltung geplant. Der Kürzungsvorschlag des Sozialdezernats für den Jugendförderplan sah eine Reduzierung des Budgets von 2,9 auf 2,6 Mio. € vor. Dieser Vorschlag war Folge einer vom Finanzdezernat übermittelten Planzahl, in der bestimmte Landesfinanzmittel keine Berücksichtigung fanden. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass der Haushalt für 2015/16 innerhalb weniger Wochen beschlossen werden musste und so teilweise pauschale Entscheidungen getroffen wurden. Da das vorgeschlagene Budget die Bedarfe nicht gedeckt hätte, war es fachlich nicht durchsetzbar, sodass diese Entscheidung nachträglich korrigiert wurde. Ausschlaggebend für diese Änderung waren die Hinweise der Fachpolitiker*innen und der Stadtverwaltung, nicht aber die Kampagne gegen die Kürzungen. Das Budget des Jugendförderplans 2016 umfasst nun dieselbe Summe wie im Vorjahr. Damit bleibt die Vielfalt der KJA erhalten. Die Tarifierung ist jedoch weiterhin ein Problem. Perspektivisch sind Aufstockungen aufgrund von Mehrbedarfen wahrscheinlich.</p>
<p>Polit. A</p>	<p>Kritik Die KJA hat nicht versucht die Politiker*innen mit sachlichen Argumenten zu überzeugen. Der JHA entscheidet stets im Interesse der beteiligten Träger, da sie selbst von ihren Beschlüssen profitieren. Darunter leidet ihre Glaubwürdigkeit in politischen Prozessen. Die AG Jugendarbeit vertritt nicht umfänglich die Interessen der KJA in Jena, da nur die Fortschreibung bereits geförderter Strukturen umgesetzt wird. Insgesamt werden die Bedarfe in der KJA zu wenig berücksichtigt und eine fachliche Fundierung wie eine kritische Auseinandersetzung mit</p>

	<p>den eigenen Interessen sind weder in der Argumentation der KJA noch der Politik vorhanden. Die Kampagne gegen die Kürzungen war überspitzt, realitätsfern und hat die Entscheidung nicht im Sinne der KJA beeinflusst. Sie löste eher eine Gegenreaktion bei den politischen Akteuren aus und führte zur Frontenbildung. Ebenso haben medial präsentierte Übertreibungen und Meinungen keinen politischen Einfluss. Im Weiteren sind die Grenzen zwischen Kultur- und Jugendarbeit teilweise unscharf und kann so Auswirkungen auf die Finanzierung von Projekten haben.</p>
Polit. A	<p>Möglichkeiten politischer Einflussnahme Die Jugendförderplanung sollte bedarfsgerecht erfolgen. Die Kinder- und Jugendstudie könnte dazu und zur Ableitung von Handlungsstrategien genutzt werden. Auch die bedarfsorientierte Zusammenarbeit der Träger ist wünschenswert. Ein Interessensaustausch zwischen KJA und Politik sollte weit vor relevanten Entscheidungen initiiert werden. Zudem sollte die KJA ihre gesellschaftliche Funktion und ihren Wert im politischen Prozess verdeutlichen. In diesem Zusammenhang kann die KJA auch gesellschaftliche Fragen aufgreifen und im politischen und öffentlichen Raum thematisieren. Medien können politische Akteure beeinflussen, wenn sie Fakten darstellen. Ebenso können Netzwerke auf Politik einwirken, da sie als Ansprechpartner dienen und viele Interessen bündeln. Sie sollten offen für neue Träger und Projekte sein. In Bezug auf die Diskussions- und inhaltliche Auseinandersetzungsform kann der Kulturbereich der Stadt Jena als good practice Beispiel angebracht werden.</p>
Polit. A	<p>Kommunikation Die Jugendförderplanung wird, bevor sie im Stadtrat aufkommt, im JHA vorbereitet. Die Stadträte erhalten entsprechende Vorlagen wenige Wochen vor den Sitzungen. Fraktionsinterne Gespräche sind optional aber wahrscheinlich. Fachpolitiker*innen sind in ihren Fraktionen in Bezug auf die KJA meinungsstiftend. Die Diskussionen im JHA und die allgemeine Finanzdebatte wurden nicht ausreichend miteinander kommuniziert. So ist auch der Finanzvorschlag des JHA im Stadtrat und den Fraktionen nicht beachtet worden. Grundsätzlich ist die Kommunikation zwischen der AG Jugendarbeit und der Politik nicht zielführend. Die Debatten zwischen KJA und Politik sollten in sachlicher Form und fachlich fundiert gestaltet werden. Dabei sollten datengestützte Erkenntnisse, Informationen und Bedarfe der KJA rechtzeitig, effektiv und effizient in einem nichtöffentlichen Rahmen den politischen Entscheidungsträgern präsentiert werden.</p>
Polit. E	<p>Wie funktioniert Kommunalpolitik? Da es bei Stadtratssitzungen zu keinen inhaltlichen Debatten mehr kommt, stellt der Jugendhilfeausschuss ein wichtiges Gremium für die KJA dar. Dort wird sie durch Vertreter*innen freier Träger, der AG Jugendarbeit und durch das Abstimmungsverhalten mindestens zweier Politiker*innen gut vertreten. Die anderen politischen Vertreter*innen sind teilweise mit den Thematiken des Jugendhilfeausschusses überfordert. Insgesamt durchdenken Politiker*innen ihre Entscheidungen zu wenig und stehen dann auch nicht zu ihnen.</p>
Polit. E	<p>Politische Einflussnahme Durch die Vertreter*innen der AG Jugendarbeit und freien Träger im Jugendhilfeausschuss kann die KJA politischen Einfluss nehmen. Insbesondere die Rolle der AG Jugendarbeit wird positiv hervorgehoben. Des Weiteren bedarf es Widerstand der KJA sowie der Aufklärung von politischen Vertreter*innen über die alltägliche Arbeit und substantielle Aspekte in einer Gesellschaft. Die Durchfüh-</p>

	<p>rung der Kampagne wird positiv bewertet, nicht aber deren Inhalt und Finanzierung. Eventuell kann der Weg über die Forschung und Professoren gewählt werden um Politikberatung durchzuführen.</p>
Polit. E	<p>KJA, was ist es/soll es sein?</p> <p>In der KJA kam es zu einem Paradigmenwechsel, die KJA selbst wird immer mehr verschult, Bildung genießt hohes Ansehen. Dies zeigt sich auch am hohen gesellschaftlichen Standing der Schule im Vergleich zum niedrigen Stellenwert der KJA. Die KJA sollte Kindern Freiraum zum Wachsen und Entwickeln geben, Schule macht genau das Gegenteil, indem sie den Kindern und Jugendlichen ihre natürliche Neugierde eindämmt. Die momentane KJA steht kurz davor, sich selbst abzuschaffen, die geringe Auslastung der Jugendzentren ist ein Indiz dafür. Deshalb ist es auch nachvollziehbar, dass gekürzt wurde. Der daraus entstehende Druck hemmt evtl. die Sozialarbeiter*innen, führt aber auch zu Innovationen. Alle fünf bis sieben Jahre steht ein Paradigmenwechsel an und aus etwas Schwachem kann etwas Starkes entwachsen. Die Straßensozialarbeit wurde ohne Debatten aufgelöst und besteht nur aufgrund von Verzicht anderer Träger auf finanzielle Mittel zum Teil fort. Jugendarbeit sollte auch das Verhalten Jugendlicher beobachten und analysieren, Politik sollte sich an diesen Erkenntnissen interessiert zeigen.</p>
Polit. E	<p>Finanzielle Aspekte der KJA</p> <p>Zur Finanzplanung werden immer zuerst die Bedarfe ermittelt. Die KJA zählt zu den freiwilligen Leistungen, weshalb sie in Konkurrenz zu anderen Trägern freiwilliger Leistungen um finanzielle Mittel steht. Und da eine positive Bilanz das Ziel ist, können nicht immer alle Wünsche erfüllt werden. Doch durch den so entstehenden Spardruck wird wirtschaftlicher und nachhaltiger gearbeitet, außerdem entstehen Innovationen. Allerdings kann der Druck auch negativ auf die Sozialarbeiter*innen wirken und in Hilflosigkeit und mangelnder Flexibilität enden. Momentan ist es so, dass auf vielen Wegen Gelder akquiriert werden können. Ist dies geglückt, dann wird nach den Adressaten für die nun finanzierten Projekte gesucht. Allerdings sollte es genau das Gegenteil der Fall sein: zuerst muss Interesse geweckt und Adressaten gefunden, danach die Finanzierung aufgestellt werden. Außerdem gibt es noch einen Fehler im System: Zum Ende des Jahres hin wird häufig noch unnötig Geld ausgegeben, das bis dahin nicht verwendet wurde aus Angst, im nächsten Jahr sonst geringere finanzielle Mittel zugesprochen zu bekommen.</p>
Polit. B	<p>Gründe für die Kürzungen</p> <p>Die Kürzungen im Jugendförderplan haben fiskalische Ursachen. Der politische Einfluss von Kindern und Jugendlichen ist gering. Da ein Großteil der betroffenen Klientel nicht wahlberechtigt ist, sind die Auswirkungen der Kürzungen auf die Machtverhältnisse für die regierenden Parteien überschaubar. Die Argumentation gegen die Kürzungen bzw. für den Erhalt und Ausbau der KJA ist moralisch geprägt. Die diversen (Arbeits-)Bereiche der KJA sind kaum miteinander vernetzt und stehen in finanzieller Konkurrenz zueinander. Im Vergleich zu anderen Kommunen in Thüringen ist die KJA in Jena gut ausgebaut.</p>
Polit. B	<p>Prozess der Kürzungsdebatte</p> <p>Es wurde zuerst die fiskalische Debatte geführt, ehe an der inhaltlichen Ausgestaltung des Jugendförderplans gearbeitet wurde. Die Kürzungen im Haushalt betreffen allesamt den sozialen Bereich. Im Zuge der Haushaltskonsolidierung wurde auch die Gewerbesteuer erhöht. Eine Kürzung bei den Jugendzentren sollte vermieden werden, da dies die Schließung einer Einrichtung zur Folge gehabt hätte. Die KJA argumentierte mit Nutzerzahlen. Jedoch ist die Bereitschaft</p>

	aus diesen Daten Handlungsbedarfe abzuleiten bei politischen Akteuren gering einzuschätzen. Es gibt einen konkreten Anlass den Jugendförderplan inhaltlich wie finanziell auszubauen.
Polit. B	<p>Was wurde gegen die Kürzungen gemacht?</p> <p>Der Jugendhilfeausschuss hat einen eigenen Vorschlag für den Jugendförderplan eingebracht, der auch Einsparungen beinhaltet. Durch die Kampagne gegen die Kürzungen wurde versucht öffentlich Druck auf die Politik aufzubauen, jedoch wurden die Entscheidungen hiervon nicht beeinflusst.</p>
Polit. B	<p>Vorschläge zur Stärkung des politischen Einflusses der KJA</p> <p>Die Politiker*innen können allgemein an den Wahlversprechen der vergangenen Legislaturperiode gemessen werden. Folglich können durch Wahlen immer neue politische Impulse gesetzt werden. Die KJA sollte Eltern als Netzwerkpartner erkennen und aktivieren, denn mit steigendem formulierten Bürgerwillen, steigt auch der Druck auf die politischen Akteure. Dabei kann es auch hilfreich sein, dass die KJA ihre Themen zum Stadtgespräch (Skandal) macht und sie politisch langfristig und regelmäßig platziert. Hierbei ist das gezielte Timing eine wichtige Komponente. In diesem Zusammenhang kann den Medien eine besondere Rolle zukommen, da sie die öffentliche Meinung prägen. Die Auswirkungen von politischen Entscheidungen sollte die KJA medial über mehrere Jahre kommunizieren. Interesse und Zielgruppe entscheiden über die Wahl des Mediums. Zudem sind die Medien auch außerhalb konkreter Anlässe zur Etablierung der eigenen Themen zu nutzen. Die Interessen der KJA sollten mit unabhängigen, verlässlichen und transparenten Daten fundiert werden. Daten sollten dabei aufbereitet und zusammengefasst werden. Politiker*innen nutzen zum Verständnis von Fachthemen und Daten Expert*innen oder andere Quellen. Es ist wichtig, dass aus Datenmaterial nachvollziehbare Schlussfolgerungen getroffen werden. Grundsätzlich ist es schwierig die KJA zu quantifizieren, da sie langfristige Effekte hat. Neben Daten sollten Fachkenntnisse, die falls möglich finanzielle Aspekte berücksichtigen, politischen Akteuren bereitgestellt werden. Ein systeminternes und -externes Netzwerk ist eine zentrale Einflussgröße auf politische Entscheidungen. Netzwerke müssen langfristig aufgebaut werden. Prinzipiell sollte die Stadt mehr kontinuierliche als einmalige Aktionen fördern und auf umfangreiche und kostenintensive Prestigeprojekte verzichten.</p>
Polit. B	<p>Folgen der Kürzungen</p> <p>Das Leistungsspektrum in der Schulsozialarbeit an Gymnasien wird reduziert. Dies wird dazu führen, dass die betroffenen Sozialarbeiter*innen die Differenz von Angebot und Nachfrage unbezahlt auffangen. Die Nutzerzahlen der Einrichtungen der KJA zeigen, dass deren Angebote gut angenommen werden. Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass die Kürzungen die Leistungsvielfalt der KJA mindern.</p>
SozArb. B	<p>Der Kürzungsprozess</p> <p>Im Normalfall wird bei der Erstellung des Jugendförderplans nach der Bedarfserhebung erst die inhaltliche und dann die finanzielle Untersetzung erarbeitet. In diesem Jahr war das Gegenteil der Fall, weshalb die finanzielle Debatte einen großen Raum eingenommen hat und die inhaltliche Untersetzung nicht nach wissenschaftlichen Standards erfolgte. Für die Bedarfsfeststellung werden u.a. die Jugendstudie und eine Jugendversammlung verwendet, allerdings werden diese, ebenso wie die ganze Bedarfserhebung, methodisch angezweifelt. Probleme gab es auch, da sich die Zahlen immer wieder änderten. Außerdem war die Zusammenarbeit von Verwaltung und AG Jugendarbeit eher durch Konflikte als Kooperation und von einem asymmetrischen Machtverhältnis geprägt. Der eigene</p>

	<p>Kürzungsvorschlag des Jugendhilfeausschusses wurde überraschenderweise im Stadtrat nicht übernommen. Der Umgang mit den Qualitätsberichten wird kritisiert. Insgesamt wäre eine gute Zeitplanung für die Erstellung eines Jugendförderplanes förderlich.</p>
SozArb. B	<p>Konsequenzen</p> <p>Mit der Kürzung des Jugendförderplans 2016 ist ein Minimum der Finanzierung erreicht, auch das Personal darf um keinen Fall mehr reduziert werden. Die Ausgestaltung der Kürzungen wurde unter allen Trägern gemeinsam beschlossen, so wurde in der schulbezogenen Jugendsozialarbeit und in der Schulsozialarbeit gekürzt, die Jugendinformation geschlossen und es gibt nach wie vor keine tarifgerechte und gleiche Bezahlung der Sozialarbeiter*innen, was dazu führt, dass diese in andere Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit abwandern werden und somit Fachlichkeit verloren geht.</p>
SozArb. B	<p>Politische Einflussnahme</p> <p>Soziale Arbeit genießt derzeit keine allzu gute öffentliche Anerkennung und hat demzufolge auch keine große Lobby. Um dennoch politischen Einfluss zu nehmen bedarf es der Anstrengung der Sozialarbeiter*innen, welche die politische Arbeit, insofern diese als Aufgabengebiet der Sozialen Arbeit definiert wird, neben ihrer alltäglichen Arbeit in den Einrichtungen als Mischung aus Ehrenamt, beruflicher Ausführung und Unterausschusstelle verrichten müssen. Hierbei kommt es auf eine latente Sensibilisierung der Öffentlichkeit, Politik und Presse an um ein positives Bild der KJA zu vermitteln und deren Auftrag darzustellen. Fraktionsgespräche, inoffizieller Austausch stellen hier Kommunikationswege dar, Fachpolitiker*innen in den einzelnen Fraktionen können als Ansprechpartner*innen dienen. Eine fachübergreifende Netzwerkarbeit stärkt hierbei die Soziale Arbeit und kann zum Ausbau der eigenen Fachlichkeit führen. Die direkte Vertretung der KJA in Jena in politischen Gremien wird positiv bewertet.</p>
SozArb. B	<p>Ideale KJA</p> <p>KJA ist dazu da, um Kindern und Jugendlichen einen geschützten Raum zu bieten, sich auszuprobieren. Hierbei sollte nicht zwischen geflüchteten Jugendlichen und Jugendlichen aus Deutschland unterschieden werden, denn sie alle sind Einzelpersonen mit ihren eigenen Ressourcen. Sie hat das Ziel der Mündigkeit aller ihrer Adressaten, weshalb die Sozialarbeiter*innen sowohl die jeweiligen gesetzlichen Grundlagen kennen, also auch ein Allgemeinwissen über Menschenrechte, Werte und politisches Alltagsgeschehen besitzen müssen. Wertevermittlung als Aufgabengebiet der KJA wird als kritisch betrachtet, da in der heutigen Gesellschaft ein zu heterogenes Wertesystem herrscht. Um Soziale Arbeit und Schule wieder mehr zu trennen und die Verschulung der Jugendlichen rückgängig zu machen bedarf es einer Neukonzeptionierung der Straßensozialarbeit, auch die Öffnungszeiten von Jugendzentren sind zu überdenken, doch bestehende Strukturen zu durchbrechen ist schwierig. Hierzu ist ein offener, ehrlicher und fachlicher Austausch zwischen allen betroffenen Akteuren der KJA nötig, denn nur das Ansprechen und Klären von Problemen und Schief lagen kann auch zu Verbesserungen führen.</p>
SozArb. B	<p>Zukünftige Debatte</p> <p>Die Verhandlungen für den neuen Jugendförderplan werden von der Evaluation der Jugendzentren und dem Landeshaushalt abhängig sein, man stellt sich auf harte Debatten ein.</p>
Polit. C	<p>Politische Einflussnahme</p>

	<p>Die Lobbyarbeit der AG Jugendarbeit wird positiv bewertet, insbesondere dann, wenn sie zukunfts- und lösungsorientiert und gemeinsam (nicht von einer Einrichtung allein) stattfindet. V.a. der letzte Punkt gilt auch für Netzwerkarbeit. Diese dient dem Meinungsaustausch und als Anknüpfungspunkt für Politiker*innen, mit welchen man im Austausch stehen sollte und die sich auch ein Bild der Arbeit vor Ort machen sollten. Austauschplattformen stellen Stadtteilkonferenzen, Podiumsdiskussionen und Workshops dar, wobei Studien und Daten als Argumentationsgrundlage genutzt werden sollten. Politik ist allgemein an aussagekräftigen Daten und Forschungen interessiert, wobei sich hier das Problem der Messbarkeit der KJA stellt. Werden Debatten zu emotional geführt, kann das zu einer geradezu gegenteiligen Haltung von Politiker*innen führen, was auch bei der, ansonsten positiv bewerteten, Kampagne teilweise der Fall war.</p>
Polit. C	<p>Prozess der Erarbeitung des Kinder- und Jugendförderplans Der diesjährige Kinder- und Jugendförderplan wurde erst finanziell, dann inhaltlich untersetzt, obwohl es eigentlich anders herum sein sollte. Dies war der Tatsache geschuldet, dass der Doppelhaushalt mit der Beendigung des Jugendförderplans zusammenfiel. Die inhaltliche Arbeit hat im Frühjahr/Sommer 2015 im Unterausschuss Jugendarbeit und in der AG Jugendarbeit begonnen. Sie baut auf die verschiedenen kommunalen Studien auf. Die Debatten über die Finanzierung waren sehr ausführend. Fraktionsgespräche durch die AG Jugendarbeit, interne Beratung durch eigene Fachpolitiker und Studien dienten als theoretische Grundlage. Die Debatten fanden unter der Vorgabe der Entschuldung des Jenaer Haushalts statt und durch die knappe Kassenlage waren Umverteilungen und Kürzungen notwendig. So hat die KJA 150.000 € von der Kultur erhalten. Man musste auf neue Bedarfe, Rahmenkonzeptionen und den alten Jugendförderplan eingehen und Prioritäten setzen. Letztlich war die fiskalische Untersetzung nicht endgültig und lies noch Chancen der Nachbesserung.</p>
Polit. C	<p>Konsequenzen Erste negative Konsequenzen der Kürzungen sind die Reduzierung der schulbezogenen Jugendsozialarbeit und Reduzierung auf 0,8 VbE in der Schulsozialarbeit an Gymnasien. Allerdings ist die Schulsozialarbeit immer noch breit aufgestellt. Positiv ist die tarifliche Angleichung zu nennen. Weitere Konsequenzen standen noch nicht fest, da auch die finanzielle Untersetzung noch nicht endgültig beschlossen war.</p>
Polit. C	<p>Flüchtlingsthematik Die KJA wird sich aufgrund junger Flüchtlinge als neue Adressaten konzeptionell neu aufstellen müssen. Finanziell gesehen bedarf es einer angebrachten Bezahlung der Sozialarbeiter*innen um Fachlichkeit garantieren zu können. Doch nicht nur in der KJA, in allen sozialen Bereichen werden fiskalische Lösungen nötig sein.</p>
Polit. C	<p>Sonstiges Langfristige Planung in der KJA ist besser als jährlich neu zu planen. Auf Wahlprogramme kann man sich nicht verlassen, da man immer Kompromisse eingehen muss. Spielräume offen zu lassen ist wichtig.</p>
SozArb. A	<p>Gründe für die Kürzung Aufgrund der finanziell angespannten Situation in Jena und dem Ziel der Entschuldung der Stadt wird eine von allen Fraktionen getragene Sparpolitik gefahren. Dies führt dazu, dass auch in der KJA gekürzt wird, da diese eine freiwillige Leistung der Stadt ist. Hinzu kommt, dass vom Fachbereich Finanzen anfänglich falsche Planzahlen vorgelegt wurden und einige Politiker*innen bis zuletzt nicht erkannt haben, dass in der KJA tatsächlich gekürzt wurde. Dies war auch deshalb</p>

	<p>möglich, da die KJA eine vergleichsweise schlechte Lobby genießt: nicht alle Kinder und Jugendlichen nehmen die KJA in Anspruch, die Eltern dienen nicht als Sprachrohr und die Adressaten selbst sind nicht wahlberechtigt. Die Lobby der Kita ist deutlich stärker, was auch dazu geführt hat, dass in diesem Bereich die Kitagebühren nur 7 statt 14% gestiegen sind und somit an einer anderen Stelle im Dezernat für Soziales mehr gekürzt werden musste.</p>
SozArb. A	<p>Eigener Kürzungsvorschlag Da klar war, dass auch in der KJA gespart werden muss, wurde ein eigener, letztlich für alle zufriedenstellender Kürzungsvorschlag erarbeitet. Er signalisierte zum einen ein Entgegenkommen gegenüber der Stadt, zum anderen war ein gut finanzierter Förderplan möglich. Außerdem beinhaltete er die Einhaltung der Rahmenkonzeption der Stadt Jena mit 3 VbE pro Jugendeinrichtung. Dieser Kürzungsvorschlag wurde im Jugendhilfeausschuss einstimmig angenommen, im Stadtrat dann jedoch gekippt. Damit hat niemand gerechnet, auch das Abstimmungsverhalten der AG Jugendarbeit Vertreter*innen, welche eine Doppelrolle innehaben, wurde falsch eingeschätzt. Es herrscht Empörung darüber, dass der eigene Fachausschuss so vom Stadtrat übergangen wurde.</p>
SozArb. A	<p>Politische Einflussnahme/Kampagne Durch die drei Vertreter*innen der AG Jugendarbeit im Jugendhilfeausschuss, durch Fraktionsgespräche, Presseartikel und eine Kampagne wurde versucht politischen Einfluss zu nehmen. Dies wird als erfolgreich bewertet, da es im Endeffekt mehr Mittel gab als anfänglich veranschlagt. Obwohl die Kampagne kräftezehrend und in einem kurzen Zeitraum stattfinden musste, haben alle Träger gut zusammengearbeitet und sich nicht durch unterschiedliche Interessen, persönliche/situationelle Betroffenheit oder Doppelrollen aus dem Konzept bringen lassen. Politische Einflussnahme ist außerdem durch Aufklärungsarbeit für Politiker*innen und Kooperationspartner im Rahmen von Gremien, Netzwerken, Fachkreisen und Fachtagungen möglich. Öffentliche Meinungsbildung durch die Nutzung von lokalen Medien. Für die Zukunft ist es wichtig weitere Befürworter der KJA zu finden und das Thema nicht zu überreizen um keine Abwehrhaltung zu produzieren. Die Lobby muss ausgebaut werden, allerdings gibt es hierzu noch keine Ansätze.</p>
SozArb. A	<p>Wünsche/Bild von KJA Es besteht der Wunsch nach einem klaren Bekenntnis für oder gegen die KJA in Jena, so dass man sich darauf einstellen kann, ebenso wie nach einem Bekenntnis zu Jugendlichen als Teil der Gesellschaft. Außerdem sollen verschiedene Bereiche des sozialen Sektors nicht gegeneinander ausgespielt werden. KJA sollte sich um ihre eigentliche Arbeit, ihre Adressaten kümmern, sie sollte sich nicht gegenüber der Politik rechtfertigen müssen. Für Forschung im Bereich der KJA, welche als Argumentationsgrundlage gegenüber Politiker*innen genutzt werden könnte, ist die Wissenschaft zuständig.</p>
SozArb. A	<p>Konsequenzen der Kürzungsdebatte Die Kürzungen in der KJA sind einschneidend: Abschaffung der Jugendinformation, einhergehend damit Verlust von Fachlichkeit; keine adäquate und unterschiedliche Bezahlung der Sozialarbeiter*innen; keine Gehaltsentwicklung, weshalb die Abwanderung von Fachkräften in besser bezahlte Bereiche möglich ist, wodurch Fachwissen verloren geht. Außerdem ist ein Vertrauensverlust in Jugendhilfeausschüsse und Parteien zu verzeichnen, ebenso wie die Annahme, dass es in der KJA nie zu einer Qualitätsentwicklung kommen wird, da man jährlich damit beschäftigt ist für mehr Geld zu kämpfen.</p>
SozArb. A	<p>Flüchtlingsthematik</p>

	Die Flüchtlingsthematik wird momentan eher als Legitimationsgrund neuer Kürzungen statt als Chance gesehen, dass die KJA als Integrationsfaktor wirken und somit mehr Gelder für neue Aufgaben bekommen könnte. Zudem gibt es Bedenken, inwieweit diese neuen Herausforderungen mit den momentanen personellen Ressourcen gestemmt werden können.
Verw. A	<p>Bewertung des politischen Einflusses der KJA</p> <p>Die Lobby der KJA, deren Vertretung im Stadtrat und die Kampagne werden positiv bewertet. Dem Jugendhilfeausschuss wird allerdings mangelnde Neutralität vorgeworfen, weshalb es ihm an natürlicher Autorität mangelt. Den freien Trägern wird vorgeworfen, nur die eigenen Projekte zu unterstützen. Probleme kann es aufgrund unterschiedlicher Denkweisen in Verwaltung und der AG Jugendarbeit geben. Dem Jugendparlament werden weder positive noch negative Aspekte zugeschrieben. Netzwerkarbeit als wichtiger Bestandteil der Lobbyarbeit ist aufgrund deren Wirkung als Argumentationsbasis zu vergrößern. Auch der Einsatz von Medien kann zielführend sein, solange er punktuell geschieht.</p>
Verw. A	<p>Gründe für die Kürzungen</p> <p>Aufgrund der angespannten Haushaltssituation in Jena und einer Umstellung in der Buchhaltung musste auch in der KJA gespart werden, weshalb es zu Kürzungen kam. Letztendlich war die Lage entspannter als angenommen.</p>
Verw. A	<p>Der Kürzungsprozess</p> <p>Die Verwaltung hat einen Finanzierungsvorschlag erarbeitet, welcher allerdings aufgrund der angespannten Haushaltssituation der Stadt nicht übernommen werden konnte. Es war offensichtlich, dass auch in der KJA gekürzt werden musste. Nachbesserungen gingen auf Kosten anderer sozialer Projekte, außerdem ist die Stadt für den Freistaat Thüringen in Vorleistung gegangen. Solche positive Entscheidungen zu Gunsten der KJA werden aber häufig übersehen. Für die inhaltliche Ausgestaltung der Kürzungen war der Jugendhilfeausschuss zuständig, wobei er auch keine Verhandlungsbereitschaft zeigte. Mögliche Alternativen wurden im Stadtrat und der Verwaltung nicht zu Ende gedacht. Im Frühjahr wird es aufgrund der Flüchtlingsthematik zu Korrekturen im Haushalt kommen.</p>
Verw. A	<p>Bedeutung empirischer Grundlagen in der KJA</p> <p>Die Bedarfserhebung sollte aufgrund empirischer Grundlagen erfolgen, wie z.B. Wirkungsforschung. Die Kinder- und Jugendstudie ist nur bedingt geeignet. Zudem müssen Standards der KJA regelmäßig überprüft werden.</p>
Verw. A	<p>Wünsche an die KJA</p> <p>Insgesamt werden der KJA positive Effekte zugeschrieben, v.a. eine enge Verbindung von Schule und KJA wird gelobt, momentan ist diese aber eher konfliktreich. Da Bildung nicht nur an Schulen vermittelt wird, bedarf es in diesen einer heterogenen Professionalität. Bildungsprozesse sollten sich an elterlichen Vorstellungen orientieren und partizipativ und unterstützend gestaltet werden. Da KJA Integrationseffekte hat und dies in Jena von hoher Bedeutung ist, kann sie zu einem gelungenen Zusammenleben und sozialer Gerechtigkeit in der Gesellschaft beitragen. Das Verhältnis Sozialarbeiter*in – Jugendlicher muss ausgeglichen sein und darf keine Gruppen bevorteilen.</p>
Verw. A	<p>Ausgestaltung des Kinder- und Jugendförderplans</p> <p>Der Kinder- und Jugendförderplan in Jena ist finanziell sehr gut umgesetzt. So gibt es eine flächendeckende Schulsozialarbeit und auch den Spielraum Gelder für neue Herausforderungen zu akquirieren. Die inhaltliche Ausgestaltung der Kürzungen wird kritisiert, weshalb es auch die Überlegung gibt, die Schuljugendarbeit aus dem Jugendförderplan zu nehmen.</p>
Verw. B	Interessensvertretung/Lobbyarbeit

	<p>Die Lobbyarbeit der KJA, insbesondere der AG Jugendarbeit wird positiv gewertet. Durch diese und die Vertretung im Jugendhilfeausschuss besitzt die KJA einen politischen Einfluss. Hier ist auch die Verwebung der politischen Ebene mit den Trägern hilfreich. Beratung durch Träger ist immer durch deren Interessen bestimmt und stets auf den eigenen Vorteil bedacht. Inwieweit einzelne Gruppierungen und Einrichtungen von der politischen Ebene Beachtung finden und welcher Bewertung sie unterliegen wird durch subjektive Einstellungen der politischen Akteure bestimmt. Gremiensitzungen bieten Anlaufpunkte um Aufmerksamkeit zu generieren.</p>
Verw. B	<p>Bedarfsfeststellung Da die KJA zu den freiwilligen Pflichtaufgaben gehört bedarf es einer Bedarfsfeststellung. Diese erfolgt in Zusammenarbeit mehrerer Gremien, wobei von der Verwaltung eine Planzahl vorgegeben wird, welche die Bedarfe widerspiegeln muss. Es werden unterschiedliche Analysen und partizipative Versammlungen genutzt, tatsächliche Wirkungsforschung ist zu teuer und schwierig. Die Anzahl der Jugendlichen fließt nicht in die Bedarfserhebung mit ein, allerdings muss die soziale Gerechtigkeit gefördert werden.</p>
Verw. B	<p>Der Kürzungsprozess Für die finanzielle Untersetzung des Kinder- und Jugendförderplans ist der Stadtrat zuständig. Dafür bringt normalerweise die Verwaltung einen Planungsvorschlag ein, welcher viele weitere Vorschläge berücksichtigt und dann von Politik und Trägern gemeinsam verabschiedet wird. Doch dieses Jahr wurde aufgrund der angespannten Haushaltslage und der Umstellung in der Buchhaltung keine Einigung erzielt. Die Kürzungen kamen überraschend und wurden nicht begründet, der eigene Kürzungsvorschlag des Jugendhilfeausschusses im Stadtrat nicht beachtet. Letztendlich gab es für 2016 die gleiche Summe wie 2015 was aufgrund gestiegener Ausgaben eine Kürzung darstellt. Der Jugendhilfeausschuss ist für die inhaltliche Ausgestaltung des Kinder- und Jugendförderplans zuständig und er hat versucht die Kürzungen auf die Bereiche KJA, Hilfen zur Erziehung und KiTa zu verteilen. Die Kürzung der Stellen der Jugendsozialarbeit an Schulen auf 0,8 VbE, die Verringerung der schulbezogenen Jugendsozialarbeit und die Streichung der Jugendinformation sind Konsequenzen der Kürzungen. Es war sehr schwer finanzielle Entscheidungen zu treffen und zukünftig sollte die inhaltliche Untersetzung wieder vor der finanziellen Untersetzung stehen.</p>
Verw. B	<p>Sonstiges Für die Bearbeitung der Flüchtlingsthematik stehen momentan keine neuen Gelder bereit. Interne Evaluationen dienen der Qualitätssicherung.</p>
Polit. D	<p>Kürzungsdebatte Der Jugendförderplan umfasst 2,5 Mio. €, wovon etwa 1 Mio. € aus Landesmitteln finanziert sind. Die Planzahl des Finanzdezernats war um 500.000 € geringer als die des letzten Jugendförderplans, obwohl steigende Personal-, Miet- und Betriebskosten sowie Mehrbedarfe einer Erweiterung der Finanzmittel des Jugendförderplans bedurft hätten. Der Anstieg der Landesfinanzmittel wurde in der Jugendförderplanung kalkuliert. Der erste Kürzungsvorschlag hätte massive Einschnitte im Leistungsspektrum der KJA bedeutet. Der JHA hat sich einstimmig gegen die Kürzungen ausgesprochen, jedoch wurde dieser Beschluss (Kürzungsvorschlag des JHA) vom Stadtrat abgelehnt. Es ist wahrscheinlich, dass im Vorfeld hierzu fraktions- und koalitionsinterne Gespräche stattgefunden haben. Die (Mehr-) Bedarfe der KJA wurden durch die Anmeldungen der Träger, Stadteilskonferenzen, Rücksprachen mit Vereinen, Einrichtungen und Gruppen, der</p>

	<p>Kinder- und Jugendstudie, Selbstevaluationen, die Jugendkonferenz und die Einschätzung der Fachkräfte ermittelt. Grundsätzlich hat die KJA eine vergleichsweise schwache Lobby und genießt kaum politische Wertschätzung. Zudem haben die betroffenen Kinder und Jugendlichen kaum politischen Einfluss.</p>
Polit. D	<p>Maßnahmen gegen die Kürzungen Die AG Jugendarbeit hat Politiker*innen, Praxisvertreter*innen und die Öffentlichkeit über die Kürzungspläne informiert und aufgeklärt. Diverse Maßnahmen, im Rahmen der Kampagne gegen die Kürzungen, unterschiedlicher Akteure haben die Politiker*innen beeinflusst. Die Kampagne war für die Sozialarbeiter*innen zeitintensiv und wurde von politischen Akteuren teilweise als übertrieben wahrgenommen. Dennoch konnte so eine Summenkürzung letztlich verhindert werden. Darüber hinaus wurde ein eigener Kürzungsvorschlag erarbeitet und befürwortet, der eine prozentuale Kürzung von 7% vorsah und sich damit an anderen Bereichen orientierte.</p>
Polit. D	<p>Konsequenzen Aufgrund von Mehrkosten bedeutet das gleiche Budget zum letzten Jugendförderplan eine Kürzung der Finanzmittel. Das hat zur Folge, dass die Jugendinformation geschlossen und die schulbezogene Jugendarbeit reduziert wird. Zudem können die Mitarbeiter*innen der offenen KJA nicht nach Tarif bezahlt und Mehrkosten wie bedarfe nicht unmittelbar gedeckt werden. Um dies auszugleichen wird zusätzliches Engagement der betroffenen Fachkräfte nötig sein. Das Ausmaß der Kürzungen im Jugendförderplan war den politischen Entscheidungsträgern nicht bewusst. Ein weiterer Nicht-Anstieg der Finanzmittel des Jugendförderplans wird einschneidende Konsequenzen haben.</p>
Polit. D	<p>Politische Verbesserungsvorschläge Die Entschuldung des Haushalts sollte flexibel gestaltet werden, um die Strukturen der KJA zu erhalten. Dafür spricht insbesondere, dass die notwendigen Finanzmittel in der KJA vergleichsweise gering sind. In den nächsten Verhandlungen soll die Planzahl im Unterausschuss Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit mitbeschlossen werden. Ebenso möchte die KJA einen eigenen Finanzierungsvorschlag vor dem der Verwaltung präsentieren und grundsätzlich soll die (rechtliche) Position des JHA im Stadtrat gestärkt werden. Eine längerfristige Jugendförderplanung würde mehr Raum für inhaltliche Auseinandersetzungen schaffen.</p>
Polit. D	<p>Potentiale der KJA In allen Fraktionen sitzen Vertreter*innen der KJA, die dort als Multiplikatoren fungieren können. Ebenso beeinflussen systeminterne und externe Netzwerke politische Debatten. Sie sollten langfristig aufgebaut und eingesetzt werden. Im Kontext der Kampagne gegen die Kürzungen erzielen bereichsübergreifende Aktionen eine größere Wirkung. Online-Kampagnen sollten dabei in reale Kampagnen eingebettet sein. Die Schulen sollten prinzipiell als Bündnispartner erkannt und genutzt werden. Die KJA hat langfristige Effekte, die Kosten sparen. Zudem vermittelt die KJA den Kindern und Jugendlichen partizipative und demokratische Kompetenzen. Politiker*innen sind grundsätzlich an Daten interessiert. Die KJA arbeitet verstärkt mit Nutzerdaten, deren Erhebung zum einen zeitintensiv und zum anderen politisch kaum belastbar ist. Alternative Dokumentationsformen sind erwünscht.</p>

**Zur Erläuterung von Farben und Streichungen siehe Kapitel 2.3 Forschungsdesign*